

aus  
politik  
und  
zeit  
geschichte

beilage  
zur  
wochen  
zeitung  
das parlament

Irmgard Karwatzki  
Politik zugunsten der Familie

Anke Martiny  
Plädoyer für eine  
realistische Familienpolitik

Norbert Eimer  
Liberale Familienpolitik

Michael Opielka  
Familienpolitik  
ist „Neue-Männer-Politik“

ISSN 0479-611 X

B 20/84  
19. Mai 1984

Irmgard Karwatzki; Sozialarbeiterin (grad.); seit 1976 Mitglied des Deutschen Bundestages und seit Oktober 1982 Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit.

Anke Martiny, Dr. phil., geb. 1939; Studium der Musikwissenschaft, Germanistik, Soziologie in Berlin, Wien, Göttingen; seit 1972 Mitglied des Deutschen Bundestages, Vorsitzende der Arbeitsgruppe Verbraucherpolitik der SPD-Fraktion und verbraucherpolitische Sprecherin der SPD.

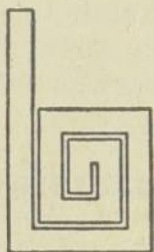
Zahlreiche Veröffentlichungen auf folgenden Gebieten: Verbraucherpolitik, Freizeit, geschlechtsdiskriminierende Werbung, Geschichte der Frauenbewegung, Frauen und Hochschule, Familie.

Norbert Eimer, Ingenieur grad., geb. 1940; seit 1976 Mitglied des Deutschen Bundestages, Kreisvorsitzender der F.D.P. in Fürth, Mitglied des Landesvorstandes in Bayern, Mitglied der Programmkommission der F.D.P.

Veröffentlichungen: Grundlagen und Standort des Liberalismus, in: liberal, (1983) 12.

Michael Opielka, Dipl. Päd., geb. 1956; Studium der Rechtswissenschaften, Erziehungswissenschaften und Psychologie in Tübingen und Zürich; seit 1983 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Bundestagsfraktion der GRÜNEN für allgemeine Sozialpolitik.

Veröffentlichungen u. a.: (zusammen mit Martin Schmollinger und Angelika Fohmann-Ritter, Hrsg.) Die Zukunft des Sozialstaats, Stuttgart 1984<sup>3</sup>; Die ökosoziale Frage, Frankfurt 1984 (im Erscheinen).



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion:

Holger Ehmke, Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Karl-Heinz Resch.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 62—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/46 04-0, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich einschließlich Mehrwertsteuer; bei dreiwöchiger Kündigungsfrist zum Quartalsende;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

## Politik zugunsten der Familie

### I. Familie als Voraussetzung für eine Gesellschaft der Mitmenschlichkeit

Das Fundament für eine Gesellschaft der Mitmenschlichkeit ist die Familie. Hier lernen die Menschen Verhaltensweisen, die unsere Gesellschaft prägen: Liebe und Vertrauen, Toleranz und Rücksichtnahme, Opferbereitschaft und Mitverantwortung." (Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl in seiner Regierungserklärung vom 4. Mai 1983)

den, die zusammen leben. Sie wird auch Kernfamilie genannt. Von unvollständigen Familien (Ein-Elternteil-Familie) ist die Rede bei einer zwei Generationen umfassenden Gruppe, bei der entweder nur die Mutter oder nur der Vater mit ledigen Kindern zusammen leben.<sup>1)</sup> Diese umfassende Definition von Familie wird auch hier zugrunde gelegt.

#### I. Befund

Die Familie ist heutzutage für viele Menschen gleichzeitig selbstverständlich und problematisch.

In einer im Frühjahr 1983 durchgeführten Umfrage des Hamburger SAMPLE-Instituts erklärten 83% aller Frauen und 70% aller Männer: „Für mich ist meine Familie das Wichtigste.“ Noch 1976 hatten bei einer Allensbach-Umfrage — allerdings bei einem anderen Wortlaut der Frage — 36% aller Männer und 37% aller Frauen behauptet, „daß man keine Familie braucht, um wirklich glücklich zu sein“. Auch bei jungen Leuten haben — trotz neuer Formen des Zusammenlebens — Ehe und Familie ihre überragende Bedeutung als Lebensperspektive nicht verloren. In Umfragen nennen etwa  $\frac{3}{4}$  der jungen Menschen als ihr zentrales Lebensziel: Ich möchte Kinder haben und ein glückliches Familienleben führen.

#### 2. Definition

Die Sachverständigenkommission zur Erstellung des 3. Familienberichts der Bundesregierung ist in ihrem im Juli 1978 vorgelegten Bericht von folgender Definition der Familie ausgegangen: Von Familie wird gesprochen, „wenn durch Geburt und/oder Adoption von Kindern aus der Ehe eine biologisch-soziale Kleingruppe zusammenlebender Menschen entsteht. Die familialen Kleingruppen können unterschiedliche Größen, Strukturen und Organisationsformen haben“. Es wird zwischen vollständigen und unvollständigen Familien unterschieden. „Die vollständige Familie ist eine aus zwei Generationen bestehende Gruppe von Eltern und ihren ledigen Kin-

#### 3. Der Wert der Familie

Die Familie hat einen Eigenwert, der sich aus den Bedürfnissen der menschlichen Person ableiten läßt. Sie verliert im Bewußtsein der Menschen an Wert, wenn einzelne ihre Beziehung zur Familie auf eine individualistisch-privatistische Sichtweise verkürzen. Die Familie wird gefährdet durch ein „individualistisches Autonomiedenken“<sup>2)</sup>, bei dem sie sich „mit ihren Bindungen und Verbindlichkeiten, ihren Leistungen und Lasten mit den Bedürfnissen nach privatistischer Selbstverwirklichung als unverträglich erweist“<sup>3)</sup>.

Eine solche Sichtweise der Familie würde auch die soziale Vernetzung der Familie und die über die Familie hinausgehende Verantwortungsbereitschaft beeinträchtigen.

Die Familie darf nicht nur danach definiert werden, welche Funktionen sie in der Gesellschaft wahrnimmt. Gesamtgesellschaftliche Rationalität und Funktionalitätsgesichtspunkte dürfen nicht entscheidender sein als die Bedürfnisse des Menschen. Aus einer Position heraus, die besagt: Die Familie muß vorrangig gesamtgesellschaftliche Anforderungen erfüllen, wird oft die Auffassung vertreten, Erziehung müsse weitestgehend aus der Familie herausgelagert werden, damit keine „schichtenspezifische Sozialisation“ zustande kommt. Ganz abgesehen davon, daß Familie nicht auf Erziehung reduziert werden

<sup>1)</sup> Bundestags-Drucksache 8/3120 vom 20. 8. 1979, S. 23.

<sup>2)</sup> M. Wingen, Vorüberlegungen zu einer Typologie familienpolitischer „Grundmuster“, in: Leitbilder für Familie und Familienpolitik, hrsg. von Rosemarie von Schweitzer, Berlin 1981, S. 23.

<sup>3)</sup> E. Pankoke, Ausbruch aus der Isolation, in: Die Neue Ordnung, (1984) 1, S. 24—33, hier: S. 29.

kann, ist dazu zu sagen, daß das Wichtigste für einen Menschen und seinen späteren Weg in die Gemeinschaft die Erfahrung von Angenommensein und Liebe durch seine „Bezugsperson(en)“ ist. Diese Aufgabe kann (nicht nur, aber doch in besonders geeigneter Weise) in der und durch die Familie erfüllt werden. Am eindrucklichsten wird die Wechselwirkung zwischen familialen und außerfamilialen Sozialisationsleistungen durch das Ergebnis einer wissenschaftlichen Untersuchung in den Vereinigten Staaten belegt: Nur für Maßnahmen, bei denen es gelang, die Eltern in den Förderungsprozeß der Kinder mit einzubeziehen, ließen sich dauerhafte Erfolge feststellen<sup>4)</sup>.

Mit diesen Forschungsergebnissen sind alle Bestrebungen, durch eine möglichst frühe und umfassende Herausnahme der Kinder aus ihrer Familie mehr Gleichheit zu realisieren, stark relativiert worden<sup>5)</sup>.

Die Familie ist die wichtigste Gemeinschaft für die personale Entfaltung des Menschen. In der Familie finden Menschen in den unterschiedlichsten Ausprägungen des Familienlebens ihren Raum für ein sinnerfülltes Leben in mitmenschlicher Gemeinschaft: Hier können Geborgenheit, Angenommensein, Anerkennung, gegenseitige Hilfe und Verantwortung füreinander und für andere erfahren werden. Die gesicherte Beständigkeit der Beziehung macht die Familie fähig, auch Belastungen durchzuhalten, ohne daß dadurch die personale Zuwendung sofort in Frage gestellt wird.

„Unser Leitbild ist die partnerschaftliche Familie, die geprägt ist von der Partnerschaft zwischen Mann und Frau, zwischen Eltern und Kindern.“<sup>6)</sup> Eine partnerschaftliche Ehe und Familienstruktur entspricht unserer demokratischen Gesellschaftsverfassung.

Partnerschaft in der Ehe bedeutet, daß Mann und Frau sich gegenseitig in ihrem eigenen Wert anerkennen, füreinander verantwortlich sind und ihre Aufgaben in Familie, Beruf, Gesellschaft und Freizeit gleichberechtigt vereinbaren. In der Familie können sowohl Partnerschaft als auch persönliche Freiheit und

Solidarität verwirklicht und gelebt werden. Im Rahmen der individuellen Lebensplanung kann Familie Belastungen, aber auch Bereicherungen und Entlastungen mit sich bringen. Allerdings: Gemeinsam lassen sich diese Aufgaben leichter erfüllen. Vater und Mutter tragen gemeinsam und im gleichen Maße die Verantwortung für ihre Kinder.

Für das Kind ist die Familie die erste und wichtigste Gemeinschaft.

Kinder haben Anspruch auf eine Welt, in der sie sich wohl fühlen. Eine gute, glückliche Erziehung ist ohne ein starkes Gefühl von Zugehörigkeit zwischen dem Kind und einem oder mehreren Erwachsenen unmöglich. Kinder brauchen Liebe und Stabilität in den Beziehungen zu den wichtigsten Erwachsenen in ihrer Umgebung, d. h. sie brauchen feste Bezugspersonen. Dies kann die Familie in besonders hervorragender Weise bieten. Die Atmosphäre der Emotionalität, der Geborgenheit und der Hinwendung ist allein in der Lage, dem Kind erste Sicherheit gegenüber sich selbst und anderen und damit die notwendige Gemeinschaftsfähigkeit für später zu vermitteln. In der Familie müssen wertbezogene selbstbewußte Persönlichkeiten aufgebaut werden. Dadurch wird für den einzelnen das Fundament gelegt, so daß er sich auch in größeren Lebenskreisen zurechtfinden und schwierige Lebenssituationen durchstehen kann. Familie ist schon in dem, was sie für die Privatheit von Menschen leistet, bedeutsam für die Gesellschaft.

Die Bedeutung der Familie läßt sich folgendermaßen darstellen:

1. Die Familie vermittelt grundlegende und wichtige Werte,

2. Familie ist gelebtes menschliches Miteinander mit all seinen Chancen und Möglichkeiten, aber auch seinen Problemen. In der Familie kann Solidarität eingeübt werden: untereinander, zwischen den Generationen und nach außen. Gleichberechtigung und Partnerschaft lassen sich in der Familie verwirklichen und für jedes Familienmitglied erfahren.

3. Personale Eigenständigkeit und Gemeinschaftsfähigkeit sind nicht nur Ziele der Erziehung, sondern auch wichtig für jeden Erwachsenen. Diese Eigenschaften werden in der Familie erworben und bestätigt.

4. Die Familie erzieht und prägt Menschen, die sich auch in größeren Gemeinschaften, in der Gesellschaft zurechtfinden können.

<sup>4)</sup> Vgl.: E. Bronfenbrenner, Wie wirksam ist kompensatorische Erziehung? Stuttgart 1974.

<sup>5)</sup> F.-X. Kaufmann/A. Herlth/K. P. Strohmeier, Sozialpolitik und familiale Sozialisation. Zur Wirkungsweise öffentlicher Sozialleistungen, Band 76 der Schriftenreihe des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit, Stuttgart u. a. 1980, S. 32.

<sup>6)</sup> Bundeskanzler Helmut Kohl in seiner Regierungserklärung vom 13. 10. 1982.

## II. Grundlagen für Familienpolitik

### 1. Familienpolitik im gesellschaftlichen Wertesystem

Unter Familienpolitik werden im allgemeinen Maßnahmen der Träger der Familienpolitik verstanden, die Leistungen, die in der Familie und durch die Familie erbracht werden bzw. erbracht werden sollen, fördern und dadurch auch gesellschaftliche Ordnungsvorstellungen verwirklichen<sup>7)</sup>.

Als Träger der Familienpolitik kommen staatliche und nichtstaatliche Organisationen in Frage. Familienpolitik ist immer eingebunden in das gesellschaftliche Wertesystem. Die familienpolitischen Ziele werden durch gesellschaftliche Wertvorstellungen geprägt. Insbesondere die Anerkennung verschiedener freier Organisationen als wesentliche Träger der Familienpolitik entspricht einem pluralistischen Gesellschaftsverständnis.

Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung (Art. 6 [2] GG), die Sicherung und Förderung von Ehe und Familie ist damit ein grundgesetzlich abgesicherter Ordnungsauftrag für das gesamte soziale Leben.

Für eine an demokratischen und pluralistischen Prinzipien orientierte Familienpolitik folgt daraus, daß sie viele Formen von Familie und Gestaltungsmöglichkeiten des Familienlebens zuläßt. Dagegen ist es nicht Aufgabe des Staates, der Regierung, einzelne Familienformen anderen gegenüber in besonderer Weise zu fördern. Aufgabe der Familienpolitik ist es vielmehr, Bedingungen und Voraussetzungen zu schaffen, die es Eltern oder Alleinerziehenden mit Kindern, aber auch Großeltern und sonstigen Familienangehörigen ermöglichen, ihr Leben in der Familie so zu gestalten, wie es ihren Vorstellungen entspricht.

Familienpolitik geht jedoch bei der hier zugrunde gelegten Auffassung von Familie noch über die Sicherung der Funktionstüchtigkeit der Familie hinaus. Es gibt einen wichtigen Bereich von Eigenbedeutung der Familie für die Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit. Dieser Bereich — der im Kapitel I beschrieben wurde — ist dem gesellschaftlichen Beziehungssystem, in dem sich die Familie be-

findet, vorgelagert. Auch diesen Bereich gilt es zu fördern und zu pflegen.

Familienpolitik muß sich mit der Frage auseinandersetzen, inwieweit familiäre Leistungen von der Gesellschaft übernommen werden, welche Berechtigung die Politik dazu hat, ob sie dazu verpflichtet ist. Das Leitprinzip bei der Ausgestaltung von Familienpolitik sollte das Subsidiaritätsprinzip sein: den Familien wird Hilfe geboten, ihre Aufgaben zu erfüllen. Die Familienpolitik muß für Rahmenbedingungen sorgen, die ein Zusammenleben von Menschen in der Familie und die Erfüllung von Aufgaben durch die Familie fördern. Wenn Aufgaben nicht mehr in der Familie erfüllt werden können, müssen freie oder staatliche Träger mit ihren Möglichkeiten zur Verfügung stehen.

Familienpolitik ist keine partielle Interessenpolitik, sondern eine zentrale gesellschaftspolitische Aufgabe für die Verwirklichung des Gemeinwohls. Das bedeutet auch, daß Familienpolitik nicht auf einige wenige Maßnahmen beschränkt sein kann, sondern in vielen Bereichen der Politik Verbesserungen für Familien angestrebt werden müssen. Die Familienpolitik wird ein Schwerpunkt der Gesellschaftspolitik der Zukunft sein müssen. Ohne eine Stärkung der Familie läßt sich eine Gesellschaft der Mitmenschlichkeit nicht verwirklichen.

Familienpolitik ist sowohl, was die Durchsetzung der Interessen der Familien in der Politik, als auch, was die unterschiedlichen Wertmaßstäbe bei der inhaltlichen Ausgestaltung der Familienpolitik betrifft, auf Familienverbände und andere freie Träger angewiesen.

### 2. Familienpolitik als soziale Ordnungspolitik

Der gesellschaftliche Funktionsverlust der Familie gegenüber der Familie in der vorindustriellen Gesellschaft wird von Familiensoziologen folgendermaßen beschrieben: Es handelt sich um

- den Verlust an Sozialbeziehungen, die über die Kernfamilie hinausgehen
- den Verlust an familienzentrierter Geselligkeit (an die Freizeit-Industrie und das Fernsehen)
- den Verlust an Selbstversorgung und der Einheit von Wohn- und Arbeitsplatz

<sup>7)</sup> Vgl. Handlungsfeld Familie, 152 Empfehlungen zur Familienpolitik, hrsg. vom Landesfamilienrat Baden-Württemberg 1983, hier S. 39 f.

— den Verlust der Altenfürsorge, aber auch der Leistungen der Alten (der Großeltern) für Kindererziehung und Beaufsichtigung

— den Verlust der Fürsorge- und Pflegeleistungen

— den Verlust der Erziehungs- und Ausbildungsfunktionen (an Kindergarten, Schule und Betrieb)<sup>8)</sup>.

Dies erschwere es der Familie zunehmend, die übrigen Funktionen befriedigend zu erfüllen.

Ebel u. a.<sup>9)</sup> nennen als Funktionen der (historisch neuen) privatisierten Kleinfamilie die „bewußte Zuwendung zu Kindern und (die) ... persönliche Vertrautheit und Intimität („Geborgenheit“).

Der Familie obliegen im Bereich der Sozialleistungen Funktionen, die sie oft als Lückenbüßerfunktionen empfindet, da sie in Notfällen und Krisensituationen die überlebensnotwendigen Dienstleistungen erbringen muß. Familienpolitik, von einem ordnungspolitischen Ansatz aus gesehen, bedeutet, die Probleme, die mit der Erfüllung familiärer Aufgaben in der Familie und der Übertragung familiärer Leistungen an gesellschaftliche Organisationen zusammenhängen, zu beleuchten. Die Familie muß mit der individuellen Lebensplanung des Menschen kompatibel sein, deshalb geht es darum, Strategien anzubieten, die es den Menschen ermöglichen, Lebenspläne aufzustellen, in denen die Familie ihren Platz hat.

### 3. Familienpolitik unter Beachtung der Lebenszyklen von Familien

Die Lebenszyklen der Familie und die sich in diesen Situationen ergebenden Probleme sind Ansatzpunkte für die Politik.

#### a. Familienpolitik für die Eltern-Kindfamilien

Spricht man über diesen Bereich, so ist auch hier an die stark unterschiedliche Struktur dieser Familien zu denken. Insbesondere ist auf die Familie, in der nur ein Elternteil vorhanden ist, hinzuweisen.

Von 8,2 Mio. Familien mit Kindern unter 18 Jahren sind 0,9 Mio. Familien mit alleinstehenden Erwachsenen. In 782000 Familien ist dies eine Frau und in 145000 Familien ein Mann<sup>10)</sup>.

Folgende Problemsituationen scheinen mir für die Familien mit (kleinen) Kindern besonders relevant zu sein:

— Die jungen Eltern stehen im Spannungsfeld zwischen Familie und Erwerbsleben.

— Die Arbeitswelt ist nicht familiengerecht gestaltet.

— Die Hausarbeit ist bei Erwerbstätigkeit beider Ehepartner ungleich verteilt: Oft sind die Männer nicht bereit, ihren Anteil an der Hausarbeit zu leisten, so daß die Frauen einer echten Doppelbelastung ausgesetzt sind.

— Die Wohnverhältnisse sind oft nicht auf ein Zusammenleben einer Familie mit mehreren (auch älteren) Kindern, eventuell auch auf das Zusammenleben von drei Generationen ausgerichtet.

— Eine familienfreundliche Umwelt, Möglichkeiten des gemeinsamen Familienurlaubs, Freizeitmöglichkeiten, bei denen auch Eltern mit kleinen Kindern eine Chance haben, mitzumachen, gehören zur Infrastruktur, die den Familien geboten werden sollte, an der es aber vielfach noch fehlt.

b. Die Familie mit erwachsenen Kindern

#### b. Die Familie mit erwachsenen Kindern

Mit dem Abschied der Kinder aus der Familie beginnt eine Zeit (die 1970 bei 21 Jahren liegt), in der Mann und Frau allein die Kernfamilie bilden. Interessant ist folgende Vergleichszahl: 1900 betrug die Zeit der „Gattenfamilie“ nur fünf Jahre. Daran läßt sich erkennen, daß die Probleme in diesem Lebensabschnitt teilweise neu sind.

Ehepartner — praktisch sind das heutzutage nur Frauen —, die seit Heirat oder Geburt des ersten Kindes keiner Berufstätigkeit nachgegangen sind und eventuell noch nicht einmal eine Berufsausbildung absolviert haben, fühlen sich plötzlich leer, unausgefüllt, sie haben keine festen, sie zeitlich und geistig ausfüllenden Aufgaben mehr.

Familienpolitik muß Beiträge dazu leisten, diesen Frauen eine Wiedereingliederung in den Beruf möglich zu machen. Ihnen müssen,

<sup>8)</sup> Vgl. z. B. Ebel/Eickelpasch/Kühne, Familie in der Gesellschaft, Gestaltung — Standort — Funktion Band 204 der Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung, Bonn 1983, S. 85—122.

<sup>9)</sup> Vgl. Ebd., S. 185.

<sup>10)</sup> Statistisches Bundesamt, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. FS 1, Reihe 3, Haushalte und Familien 1982, Stuttgart-Mainz 1983, S. 14.

wenn sie das wollen, ausreichend Möglichkeiten zum ehrenamtlichen Engagement in Verbänden, bei freien Trägern karitativer Hilfe, im politischen Bereich gegeben werden.

### c. Das „Alter“

In die Zeit der Kernfamilie mit erwachsenen Kindern fällt in der Regel auch die Zeit, in denen der/die berufstätigen Ehepartner in das Renterleben eintreten. Sie sind dann oft erst 58 oder 60 Jahre alt, bringen eine große Lebenserfahrung und oft noch sehr gute Gesundheit mit.

Die Verkürzung der Lebensarbeitszeit und die längere Lebenserwartung führen zu neuen Anforderungen an das Alter. Dabei besitzt die Freizeit einen bedeutenden Stellenwert und muß sinnvoll ausgefüllt werden. Die gesellschaftliche Stellung dieser Menschen muß neu definiert werden. Die alten Menschen wollen ihr Leben aktiv gestalten. Sie besitzen ein neues Bewußtsein und sind nicht mehr passiv. Die Gesellschaftspolitik muß das

beachten und das Alter positiv miteinbeziehen.

Auch hier gilt es, den Menschen sinnvolle Betätigungsmöglichkeiten zu eröffnen. Die große Lebenserfahrung und das Wissen der älteren Menschen dürfen nicht brachliegen.

### d. Die Pflegebedürftigkeit

Krankheit oder Pflegebedürftigkeit im Alter bilden neue Belastungssituationen für den einzelnen und auch für die Familien. Oft ergibt sich für pflegebedürftige ältere Menschen die Möglichkeit der Pflege durch Kinder oder Ehegatten in der Familie. Dem ist grundsätzlich Vorrang vor staatlicher Pflege im Heim zu geben, da dann die Menschen in ihrer familiären Situation bleiben können, in der sie sich heimisch und behaglich fühlen.

Jedoch, und hier spielt das erwähnte Subsidiaritätsprinzip eine entscheidende Rolle, muß die Familie in die Lage dazu versetzt werden.

## III. Problemfelder der Familienpolitik — Die Politik der Bundesregierung —

Es gibt zentrale Bereiche, die die Leistungsfähigkeit der Familie, das Leben der Menschen in den Familien und die Vereinbarkeit von Familie mit anderen Elementen der individuellen Lebensplanung beeinflussen. Auf einige dieser Bereiche wird nun eingegangen.

### 1. Materielle Hilfen für die Familie

„In unserem Lande gibt es zwei Klassen: die Leute mit Kindern und die Kinderlosen. Die einen haben mehr Arbeit, die anderen haben mehr Geld.“<sup>11)</sup>

Die Lebensbedingungen der Bürger werden heute durch staatliche Einflüsse wie z. B. Steuern, Sozialabgaben, Subventionen und Transferzahlungen wesentlich beeinflußt. Damit sind auch die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Familien in unserer Gesellschaft weitgehend bestimmt durch die Art und Weise, wie Familien im Steuerrecht, in den Sozialgesetzen und beim Kindergeld behandelt werden. Fragen, wie gerecht die Be-

handlung von Familien in diesen Gesetzen ist oder ob Familien sich benachteiligt fühlen, hängen eng damit zusammen, wie sich die Situation anderer Bevölkerungsgruppen wie z. B. Alleinstehender oder der Ehepaare ohne Kinder im Vergleich mit Familien darstellt.

Eine Analyse der Situation von Familien in der Bundesrepublik Deutschland unter diesen Gesichtspunkten ergibt eine Reihe von Defiziten der Sozial- und Gesellschaftspolitik zu Lasten der Familie:

— Viele Familien in unserem Land erreichen kein bedarfsgerechtes Einkommen und schon gar nicht ein dem der Ehepaare ohne Kinder vergleichbares Einkommen. Das bedeutet konkret, daß sich viele Familien in schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen befinden und sich gegenüber Ehepaaren ohne Kinder benachteiligt fühlen. Das verstößt angesichts der Bedeutung und der Leistung, die Familien für die Zukunft unserer Gesellschaft erbringen, gegen das Gebot sozialer Gerechtigkeit. Der Facharbeiter mit 3 Kindern z. B., der ein Jahreseinkommen von 30 000 DM hat, begreift es nicht, daß er gleich hohe Abzüge hat wie sein kinderloser Arbeitskollege.

<sup>11)</sup> E. Dessai, Auf dem Weg in die kinderlose Gesellschaft, Reinbeck 1979.

— Früher haben viele Frauen nach der Heirat ihre Erwerbstätigkeit auch dann aufgegeben, wenn sie keine Kinder hatten. Die meisten Ehepaare ohne Kinder lebten wie die Familien von einem einzigen Einkommen. Heute dagegen sind bei jüngeren Ehepaaren ohne Kinder beide Partner erwerbstätig. Wenn sich Eltern, die mit ihren Kindern zusammen von einem Einkommen leben, also z. B. drei oder vier Personen von einem Einkommen statt zwei Personen von zwei Einkommen, mit ihnen vergleichen, müssen sie feststellen, daß der Abstand im Pro-Kopf-Einkommen erheblich ist. In dieser Situation befindet sich die Mehrheit der Familien. Schon beim ersten Kind gibt die Hälfte der Mütter ihre Erwerbstätigkeit auf. Gerade zu dem Zeitpunkt, in dem zusätzliche Kosten entstehen, vermindert sich das Einkommen der Eltern.

— Die Zeitspanne, in der Eltern für ihre Kinder finanziell zu sorgen haben, hat sich verlängert. Die Ausbildung dauert heute länger: Die Schulpflicht endet nicht mehr mit dem achten, sondern erst mit dem zehnten Schuljahr; der Anteil eines Jahrgangs, der die Hochschule oder Fachschule besucht, hat sich seit 1960 um das zweieinhalbfache vergrößert.

Früher haben viele Kinder nach Abschluß der Lehre zum Einkommen der Familie beigetragen. Das ist immer mehr zurückgegangen. Statt dessen müssen heute weit mehr Eltern noch lange, nachdem ihre Kinder erwachsen sind, Zeiten der Ausbildung finanzieren.

— Solange Eltern für ihre Kinder sorgen müssen, sind sie bei der Lohn- und Einkommensteuer benachteiligt. Während sonst die Faktoren berücksichtigt werden, die zu einer Verminderung der steuerlichen Leistungsfähigkeit führen, werden Belastungen durch den erforderlichen Aufwand für den Lebensunterhalt und für die Betreuung von Kindern kaum berücksichtigt. Die Belastung des Einkommens durch die Steuer ist deshalb bei Eltern, die für ihre Kinder zu sorgen haben, wegen deren geringerer Leistungsfähigkeit, höher als bei anderen.

— Ein kinderloses Ehepaar wird künftig meist zwei volle Renten haben, während Eltern mit einer Rente auskommen müssen oder die zweite Rente durch die wenigen Versicherungsjahre sehr gering ist. Diejenigen, die für Kinder wirtschaftlich Verzicht geleistet haben, müssen zugunsten der Kinderlosen eine geringere Alterssicherung in Kauf

nehmen, obwohl es ihre Kinder sind, die das Bruttosozialprodukt erarbeiten, aus dem die Renten und Pensionen aller finanziert werden.

— Trotz der dargestellten Benachteiligung von Familien sind Förderungsmaßnahmen für Familien in den letzten Jahren in Bund, Ländern und Kommunen erheblich gekürzt worden. Damit sind Familien, die beim Ausbau des Sozialstaates das Schlußlicht bildeten, bei den Einsparungen als erste zur Kasse gebeten worden. Von den Kürzungsmaßnahmen in einzelnen Bundesländern sind z. B. folgende Bereiche betroffen: Familienbildungsmaßnahmen, Familienerholung und Familienferien, Familienberatung und andere Maßnahmen der Familienhilfe. In den Kommunen werden Familien z. B. besonders belastet durch Verteuerung der Benutzung kommunaler Einrichtungen und durch den Wegfall von Sondertarifen für Familien.

Die in diesen Punkten deutlich werdende gesellschaftspolitische Schieflage zu Lasten der Familien muß durch ein neues Gleichgewicht der Gesellschaftspolitik, das Familien gerecht behandelt und ihnen die zukommenden Entfaltungsräume sichert, abgelöst werden.

Die Bundesregierung sieht in der Familienpolitik eine Schwerpunktaufgabe mit absoluter Priorität.

Die wirtschaftliche Benachteiligung der Familie muß durch eine umfassende Reform und einen weiteren Ausbau des Familienlastenausgleichs korrigiert werden. Das geht allerdings nicht zum Nulltarif. Dafür müssen Milliarden eingesetzt werden. Wir wollen erstens eine spürbare steuerliche Entlastung für die Familie. Zweitens muß darüber hinaus das Kindergeld für solche Familien erhöht werden, die ein zu geringes Einkommen haben, so daß sich deswegen eine steuerliche Entlastung nicht oder kaum auswirkt. Drittens schließlich müssen junge Familien besonders gefördert werden. Deshalb stellt sich für mich die Einführung eines Erziehungsgeldes von 600 DM monatlich für ein Jahr als besonders vordringlich dar.

Der Familienlastenausgleich soll wieder in Form des dualen Systems von Steuererleichterungen und direkten Zahlungen an Familien gestaltet werden. Dadurch wird gleichzeitig der Tatsache Rechnung getragen, daß einerseits Bürgern, die ihre Unterhaltungspflicht gegenüber ihren Kindern aus eigenem Einkommen bestreiten können, dies durch Steuererleichterungen besser ermöglicht wird.



Zum anderen wird dafür gesorgt, daß derjenige, dessen Einkommen in der unteren Proportionalzone des Steuertarifs liegt, und der seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit nach nicht in der Lage ist, seine Kinder angemessen zu unterhalten, durch sozialen Transfer in Form des Kindergeldes dazu in die Lage versetzt wird. Steuererleichterungen unterstreichen die Eigenverantwortlichkeit des Bürgers und erkennen seine eigene Leistung an, während Kindergeldzahlungen stärker die Verpflichtung des Sozialstaates zum Ausdruck bringen, allen Vätern und Müttern unabhängig von ihrem Einkommen eine angemessene Versorgung ihrer Kinder zu garantieren.

Wer Kinder großzieht, leistet damit auch einen wichtigen Beitrag für die Zukunft unserer Gesellschaft und zur Festigung der Drei-Generationen-Solidarität. Deshalb sind Erziehungsjahre in der Rentenversicherung für den Elternteil, der sich der Erziehung seiner Kinder widmet, einzuführen, sobald die Finanzlage des Staates dies zuläßt.

## 2. Familie und Arbeitswelt

### *Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf*

Arbeitswelt und Familien stehen in einem besonderen Spannungsfeld, wobei die Arbeitswelt heute das Familienleben und die Beziehungen der einzelnen Familienmitglieder untereinander stark beeinflusst. Die Arbeitswelt d. h. Arbeitszeit und Arbeitsort prägen das Leben in der Familie. Physische und/oder psychische Belastungen in der Arbeitswelt beeinflussen auch das Befinden und Verhalten der Familienmitglieder.

Auch heute noch ist der Status des Menschen entscheidend durch seine außerhäusliche Erwerbstätigkeit bestimmt. Wir brauchen eine Neubewertung und Ausweitung des Begriffs „Arbeit“. Das tägliche Familienleben, die Arbeit in der Familie ist als „Arbeit“ anzuerkennen. Es ist selbstverständlich schwer, eine bezahlte berufliche Tätigkeit auf dem Arbeitsmarkt und nichtentlohnte Arbeit im Haus in ein vernünftiges Verhältnis zu setzen. Wichtig ist dabei: Die Familie muß als Arbeitsplatz für Männer, Frauen und Kinder anerkannt werden<sup>12)</sup>.

Gerade vor dem Hintergrund der bevorstehenden tiefgreifenden Veränderungen des Arbeitslebens ist es angebracht, über den Wert in der Familie geleisteter Arbeit nachzudenken.

<sup>12)</sup> Vgl.: Handlungsfeld Familie, (Anm. 7), S. 67.

Eltern sollen frei darüber entscheiden können, wie sie ihre Aufgaben in Familie und Beruf untereinander aufteilen, ob sie sich Haushalt, Kinderbetreuung und Beruf teilen, oder ob sie sich dafür entscheiden, daß sich ein Elternteil ganz auf die Familie und der andere ganz auf den Beruf konzentriert. Maßnahmen für diejenigen Frauen und Männer, die sich ganz auf die Familie konzentrieren, sind ebenso unverzichtbar, wie Maßnahmen für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Man muß weg von einer Ideologie, die besagt, daß Frauen — und auch Männer — sich vorrangig im Beruf verwirklichen können. Männer und Frauen muß auch die Chance zur Verwirklichung in der Familie gegeben werden. Deren Bedeutung muß höher bewertet werden als bisher.

### *a) Gestaltung des Arbeitslebens unter familienpolitischen Gesichtspunkten.*

Der Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit hat eine Untersuchung zum Thema „Familienfreundliche Gestaltung des Arbeitslebens“<sup>13)</sup> durchführen lassen, in der die flexiblere Gestaltung der Arbeitszeiten als besonders dringlich herausgestellt wird.

Für vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer sind die Arbeitszeiten heute noch überwiegend relativ starr festgelegt; die Übernahme von Familienaufgaben in der arbeitsfreien Zeit ist häufig dadurch erschwert, daß die Zeitstrukturen der familienbezogenen Einrichtungen (z. B. Kindergärten, Schulen, Geschäfte) mit der Arbeitszeit praktisch nicht abgestimmt sind.

Dies gilt teilweise auch für Teilzeitbeschäftigte. Deshalb ist es notwendig, Alternativen zu den derzeit weitgehend starren Arbeitszeiten zu entwickeln, damit Eltern künftig eine partnerschaftliche Aufgabenverteilung in Familie und Beruf möglich ist.

Dazu müssen wir uns nicht an der Vollzeitbeschäftigung orientieren, da diese Beschäftigungsform Eltern vielfach nur die Möglichkeit läßt, sich für eine schwerpunktmäßige Übernahme der Aufgaben in der Familie einerseits und im Beruf andererseits durch Mutter und Vater zu entscheiden. Veränderte Arbeitszeitformen könnten in der Auswei-

<sup>13)</sup> C. Born/Chr. Volmer, Familienfreundliche Gestaltung des Arbeitslebens, Band 135 der Schriftenreihe des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit, Stuttgart u. a. 1983.

tung der Teilzeitarbeitsmöglichkeiten einschließlich verstärkter Angebote zur Arbeitsplatzteilung und in einer stärkeren Arbeitszeitflexibilisierung bestehen. Unter dem Aspekt der Gleichberechtigung ist es jedoch unerlässlich, diese Arbeitszeitformen so auszugestalten, daß sie sowohl für Männer wie für Frauen attraktiv sind. D. h. in erster Linie, daß die Entlohnung, die Urlaubsansprüche und Sachleistung proportional zur geleisteten Arbeitszeit zu bemessen sind und daß die reduzierte Arbeitszeit hinsichtlich der Arbeitsbedingungen, der Arbeitsinhalte und der Aufstiegschancen nicht prinzipiell eine Schlechterstellung des Arbeitnehmers nach sich ziehen darf.

Die Bundesregierung bereitet z. Z. einen Gesetzentwurf zur Förderung der Beschäftigung vor. Hiernach soll Teilzeitarbeit durch einen besseren arbeitsrechtlichen Schutz auch für solche Arbeitnehmer attraktiv gemacht werden, die heute vollzeitbeschäftigt sind, aber an Teilzeitarbeit interessiert sind. Außerdem sollen Arbeit auf Abruf im Rahmen kapazitätsorientierter variabler Arbeitszeit und Arbeitsplatzteilung auf sozialverträgliche Formen beschränkt werden.

Für den öffentlichen Dienst wird z. Z. in den Gesetzgebungsorganen ein Gesetzentwurf beraten, nach dem die Möglichkeiten der Teilzeitbeschäftigung und der langfristigen Beurlaubung der Beamten erweitert werden sollen. Für die Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes soll künftig das Beschäftigungsförderungsgesetz gelten.

#### *b) Flankierende Maßnahmen zur Erleichterung des Familienlebens*

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muß darüber hinaus durch Maßnahmen, die das Familienleben unterstützen, ermöglicht werden. Folgende Probleme sind hier aufzuzeigen:

- das Fehlen geeigneter Betreuungseinrichtungen für Kinder,
- das Bedürfnis kranker Kinder nach ganz tägiger Betreuung.

Lösungsmöglichkeiten liegen hier bei Kinderbetreuungseinrichtungen und bei weitergehenden Regelungen für die Freistellung von erwerbstätigen Eltern kranker Kinder.

Auch die Bereitstellung von Familienhilfen z. B. Sozialstationen, kann hier einen Beitrag zur Verbesserung des Familienlebens leisten.

#### *c) Maßnahmen für nichterwerbstätige Frauen und Männer zur beruflichen Wiedereingliederung.*

Es geht hier um die Frage, wie es denjenigen Frauen und auch Männern, die zugunsten der Familie den Beruf unterbrechen, gelingen kann, während dieser Zeit ihre berufliche Qualifikation zu erhalten. Da bisher noch zu wenig Erkenntnisse zur konkreten Ausgestaltung notwendiger Maßnahmen vorliegen, hat die Bundesregierung eine Untersuchung zum Thema: „Verbindung zur Berufswelt während der Familienphase“ in Auftrag gegeben. Die Untersuchung soll einen Überblick darüber geben, auf welche Weise Frauen oder auch Männer, die sich ganz oder überwiegend der Kindererziehung widmen, ihre Berufskennnisse aufrechterhalten können, und welche weitergehenden Maßnahmen erforderlich sind.

Darüber hinaus wird es auch um die Chancen dieser Gruppen gehen, nach Abschluß der Familienphase wieder in das Berufsleben zurückzukehren. Auch hier kommen einerseits Fortbildungsmaßnahmen in Betracht, andererseits geht es auch um organisatorische Maßnahmen, die es den Männern oder Frauen erleichtern, sich schrittweise den Erfordernissen im Berufsleben neu anzupassen.

### **3. Die Wohnbedürfnisse der Familien**

Familienorientierte Wohnungen, d. h. Wohnungen, in denen auch kinderreiche Familien und/oder Drei-Generationen-Familien ihren Platz haben, müssen Ziel einer Politik sein, die auf eine Verbesserung der Wohnumwelt für Familien hinausläuft. Bei einer familienorientierten Wohnungspolitik müssen die Belange kinderreicher und einkommensschwacher Familien Vorrang haben.

Wohnungsbaupolitische Maßnahmen sollten so ausgestaltet sein, daß sie jungen Familien helfen, denn solange die Kinder noch klein sind, sind ja Wohnraumbedarf und die qualitativen Anforderungen an die Wohnung (Möglichkeiten für Kinder zu toben) besonders groß.

Die Bundesregierung muß trotz des Wohngeldes auch zukünftig davon ausgehen, daß es weiterhin eine große Zahl von Haushalten geben wird, die es schwer hat, im Wettbewerb auf dem Wohnungsmarkt zu bestehen: Dies sind insbesondere die jungen und kinderreichen Familien und Familien ausländischer Arbeitnehmer sowie Alleinstehende mit Kindern.

In seiner Regierungserklärung vom 4. Mai 1983 hat der Bundeskanzler auf die besondere Bedeutung des sozialen Wohnungsbaus und des Wohngeldes in der sozialen Marktwirtschaft aufmerksam gemacht. Es müssen alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, diese Instrumente gezielt einzusetzen und damit Wohnungsnot vorrangig dort zu beseitigen, wo sie am drängensten ist. Die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen sind hier besonders gefordert. Entsprechend der Regierungserklärung vom 13. Oktober 1982 sollen Förderungsmaßnahmen des Wohnungsbaus auch dazu beitragen, daß wieder häufiger mehrere Generationen unter einem Dach leben können, wenn sie dies wollen.

Zum Wohnen gehört auch die Wohnumwelt. Für die Kinder ist sie als Spiel- und Lebensraum unentbehrlich. Die Wohnumwelt darf nicht nur Verkehrsraum sein, sondern muß auch auf die Belange derjenigen, die in dieser Umwelt leben, hin gestaltet werden. Positiv ist hier schon die Abkehr vom Bau riesiger Betonklötze zu bemerken. Heute wird kleinräumiger und vielgestaltiger gebaut. Das ist auch menschlicher und sehr zu begrüßen.

Die neuen Kommunikationstechnologien können eine Rückverlagerung von Arbeitsplätzen in die unmittelbare Nähe des Wohnbereichs möglich machen. Hierdurch kann Frauen und Männern für einige Jahre eine Arbeit in der unmittelbaren Nähe ihrer Kinder ermöglicht werden.

Eng mit den Wohnverhältnissen und der Wohnumwelt hängt auch die Befriedigung des Bedürfnisses vieler junger Leute zusammen, in Gemeinschaften zu leben, die über die traditionelle Kleinfamilie hinausgehen. Dieses Bedürfnis ist gerade von der Alternativbewegung immer deutlich gemacht worden. Ich halte solche Erweiterungen des Familienlebens für denkbar und wünschenswert, sei es, indem mehrere Familien in größeren Wohn- und Haushaltseinheiten zusammenleben, sei es, indem die Großeltern wieder stärker in die Familien einbezogen werden. Damit können Familien auf Dauer größere Entfaltungschancen gewinnen.

#### *4. Schutz des ungeborenen Lebens*

Ungeborenes Leben ist die schwächste Form des menschlichen Lebens; es kann daher besonderen Schutz beanspruchen.

Die hohe Zahl der Schwangerschaftsabbrüche stellt eine Herausforderung an unsere Familien- und Sozialpolitik dar. Fast 80% der ge-

meldeten Schwangerschaftsabbrüche werden mit einer „sonstigen schweren Notlage“ begründet.

Frauen, die sich wegen ihrer Schwangerschaft in Not sehen oder diese für die Zukunft befürchten, muß geholfen werden. Ihnen muß ein anderer Ausweg eröffnet werden als der Schwangerschaftsabbruch. Sie müssen die Gewißheit haben, daß sie dem Kind, das sie zur Welt bringen, Geborgenheit und Sicherheit bieten können.

Auch wenn klar ist, daß unter der Indikation einer „sonstigen schweren Notlage“ sehr vielfältige Ursachen und Begründungen für einen Schwangerschaftskonflikt ineinander fließen und im Einzelfall eine sehr komplexe Situation gegeben sein kann, dürfen wir uns nicht der Verantwortung entziehen, Hilfen dort zur Verfügung zu stellen, wo sie möglich sind und Entscheidungssituationen verändern können. Aus allen Untersuchungen über Ursachen und Begründungen für einen Schwangerschaftsabbruch geht hervor, daß neben Partnerschaftsproblemen und Einflüssen der nächsten Umgebung der Frau insbesondere wirtschaftliche Schwierigkeiten ausschlaggebend sind. Hinzu kommt die Angst, Versorgung und Betreuung eines Kindes nicht zu bewältigen.

Die Bundesregierung hat den Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung einer Stiftung „Mutter und Kind — Schutz des ungeborenen Lebens“ auf den Weg gebracht, für die in diesem Jahr 25 Mio. DM und in den folgenden Jahren je 50 Mio. DM im Bundeshaushalt bereitgestellt werden. Diese Stiftung ist eine Möglichkeit, werdenden Müttern schnell und unbürokratisch zu helfen. Sie ist ein besonders geeignetes Instrument, Hilfen bereit zu stellen, die auf die individuelle Not der werdenden Mütter zugeschnitten sind und die in dieser Situation gewährt oder zugesagt werden. In Betracht kommen neben Hilfen zur Erstattung des Kindes oder zur Beschaffung, Einrichtung oder Erhaltung einer familiengerechten Wohnung auch Hilfen zur Haushaltsführung während der Schwangerschaft und nach der Geburt, vor allem Hilfen durch Familienpflegerinnen für körperlich oder seelisch belastete Mütter, schließlich auch Hilfen zur Betreuung des Kindes, etwa für alleinstehende Frauen, die auch nach der Geburt ihres Kindes erwerbstätig sein wollen oder müssen.

Die Bundesregierung sieht in der Stiftung einen Baustein einer neuen Politik für die Fa-

milien. Die Stiftung allein wäre jedoch ein Torso. Sie bedarf der Ergänzung insbesondere durch die Einführung eines Erziehungsgeldes, Anerkennung von Zeiten der Kindererziehung in der Rentenversicherung und vieles mehr.

## 5. Familienpolitik als Politik für die Frauen

Frauen sind in Familie und Beruf noch immer benachteiligt. Auch die geringe politisch-gesellschaftliche Teilhabe von Frauen bildet ein Problem. Traditionelle Rollenvorstellung und die durch ungleiche **Aufgabenverteilung** in der Familie verursachte **Doppelbelastung** in Familie und Beruf stehen **einer** angemessenen und erforderlichen **Mitwirkung** am öffentlichen Leben entgegen. **Diese** Probleme müssen auch bei der **Formulierung** einer Familienpolitik mitbedacht werden.

Unsere freiheitliche Gesellschaft **kennt** kein allgemeinverbindliches Leitbild **der** Frau, weder das der Hausfrau noch das **der** berufstätigen Frau.

Immer mehr Frauen sehen im Beruf einen ebenso selbstverständlichen Teil ihrer Lebensplanung wie in der Familie. Sie erwerben eine berufliche Ausbildung und arbeiten in Berufen, die früher den Männern vorbehalten waren. Arbeit ist nicht nur die Arbeit im Beruf: auch die Arbeit in der Familie ist verantwortungsvolle, harte und gesellschaftlich anerkennenswerte Arbeit. Selbstverwirklichung ist nicht nur im Beruf, sie ist auch in der Familie möglich.

Eine Familienpolitik, wie sie hier dargestellt wurde, ist auch eine Politik für die Frauen. Sie ist geprägt durch die Prinzipien

- Gleichberechtigung
- Partnerschaft
- Wahlfreiheit.

Gerade für die Frau war und ist Familie oft nicht mit anderen Aspekten der Lebensgestaltung vereinbar, z. B. mit dem Ziel einer durchgehenden oder aber jedenfalls nach einer Familienzeit fortgeführten Berufstätigkeit.

Der wichtigste Punkt und der entscheidende Schritt für mehr Partnerschaft, Wahlfreiheit und Modelle zur sinnvollen Vereinbarkeit von Familie und Beruf — für Mann und Frau — ist eine Änderung der Einstellung des Mannes. Er muß seine Verantwortung für Familientätigkeit und Hausarbeit genau so anerkennen, wie die Frau es tut.

Es ist erforderlich, die traditionelle Aufgabenverteilung innerhalb der Familie zugunsten einer partnerschaftlichen Aufgabenteilung zu ändern. Es darf nicht länger eine Forderung bleiben, sondern muß Realität werden, daß sich die Eltern die Aufgaben in der Familie und die Verantwortung für die Familie teilen und auch Väter ebenso selbstverständlich wie Mütter Aufgaben der Kinderbetreuung, Kindererziehung und Haushaltsführung übernehmen. Nur so kann wirkungsvoll die Doppelbelastung der erwerbstätigen Frau abgebaut werden.

Der Ehepartner, der sich für die Arbeit in der Familie entscheidet, darf nicht gesellschaftlich benachteiligt werden (Ansehen der Hausarbeit), finanziell diskriminiert werden (hier helfen Rentenjahre und Erziehungsgeld) und nicht von allen beruflichen Möglichkeiten ausgeschlossen werden (hier sind Teilzeitarbeitsplätze und Wiedereingliederungshilfen von Bedeutung).

Eine familienfreundliche Gestaltung des Arbeitslebens nutzt den Frauen, die bisher wegen zu geringer Möglichkeiten der Vereinbarung von Familie und Beruf — trotz ihres Berufswunsches — auf die Berufsausübung verzichten mußten. Insbesondere tragen Maßnahmen auf diesem Gebiet auch dazu bei, daß Väter eine Zeitlang nicht oder halbtags erwerbstätig sein können, sich also Mann und Frau die Zeit für die Betreuung der Kinder teilen können.

Die Gleichstellung von Hausfrauen und erwerbstätigen Frauen bei Leistungen aus dem Mutterschaftsurlaubsgesetz ab 1. Januar 1987 und die Einführung eines Erziehungsgeldes für Frauen oder Männer werden dazu führen, daß die oftmals bestehenden finanziellen Zwänge abgebaut werden, die beide Ehepartner veranlassen, erwerbstätig zu sein, obwohl einer viel lieber beim Kind bleiben würde.

Die Anerkennung von Erziehungsjahren in der Rentenversicherung für den Elternteil, der sich der Erziehung seiner Kinder widmet, wird insbesondere den Frauen, die ja zum größten Teil die Erziehungsarbeit leisten, zugute kommen.

Die Bundesregierung hat bereits erste Maßnahmen verwirklicht, die die Situation der Frauen in der Rentenversicherung verbessern. Die Wartezeit für Altersruhegelder wurde von 15 auf fünf Jahre verkürzt. Dadurch können Millionen junger Frauen mit einem eigenständigen Rentenanspruch in die

Ehe gehen. Zeiten der Kindererziehung werden bereits bei den Voraussetzungen für die Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrente und damit erstmals in der gesetzlichen Rentenversicherung berücksichtigt.

Eine Politik für die Frau fängt in der Familie an! Die Familienpolitik kann und muß Entwicklungen unterstützen, die die Rollenfixierung der Frau durch die Gesellschaft verhindern.

— Die Hausmann- und Vaterrolle muß genau so anerkannt werden, wie die Tätigkeit der Hausfrau und Mütter in der Familie.

— Eine Betonung des Partnerschaftsgedankens und die Ermöglichung von mehr part-

nerschaftlichem Verhalten in der Familie führt dazu, daß bei den Kindern, die bisher oftmals noch von den Eltern übernommenen Vorstellungen einer fixierten Rollenverteilung von Mann und Frau abgebaut werden, eine wichtige Voraussetzung für die Verwirklichung von wirklicher gesellschaftlicher Gleichberechtigung der Frau.

Gerade in der jüngeren Generation ist eine wachsende Bereitschaft zur gleichberechtigten und partnerschaftlichen Arbeitsteilung in Familie und Beruf feststellbar. Diese Tendenzen müssen und können durch eine Familienpolitik, die die Interessen aller Partner in der Familie berücksichtigt, gefördert werden.

#### IV. Vorrang für Familienpolitik

In unserem Land gibt es seit Jahren eine Auseinandersetzung über den Wert und die Stellung der Familie. Der Strukturwandel in unserer Gesellschaft, die ständig wachsende Aufgabenteilung in allen Bereichen unseres Zusammenlebens haben die Familien vor immer neue Probleme gestellt. Hinzugetreten sind Gesellschaftsanschauungen, welche die Familie grundsätzlich in Frage stellen, sie als Hindernis bei der Verwirklichung ihrer Ziele ansehen. Diese Erscheinungen und die daraus resultierenden Symptome machen eine konsequente Familienpolitik erforderlich.

Die Familienpolitik hat, richtig verstanden, enge Beziehungen zur Frauen-, Jugend- und Bildungspolitik, Wohnungsbau-, Städtebau- und Umweltpolitik, Arbeitsmarkt-, Rechts- und Finanzpolitik, Verkehrs- und Gesundheitspolitik. In allen diesen Bereichen müssen Belange der Familie berücksichtigt werden, wenn wir das Ziel einer familien- und kinderfreundlichen Gesellschaft erreichen wollen.

Die neue Bundesregierung, die zunächst die Konsolidierung des ihr in desolater Verfas-

sung hinterlassenen Haushalts in Angriff nehmen mußte, hat die Weichen dafür gestellt.

Die Einführung eines Erziehungsgeldes und Anerkennung von Erziehungszeiten in der Rentenversicherung sind zwei Elemente einer grundsätzlich neuen Konzeption der Familienpolitik. Sie sollen zusammen mit einer grundlegenden Reform des Familienlastenausgleichs die Benachteiligungen abbauen, denen Familien in den vergangenen 15 Jahren ausgesetzt waren.

Erst diese Mosaiksteine zusammengenommen, die sowohl die wirtschaftliche Entlastung von Familien beinhalten als auch die Frauen sozial absichern, die Erziehung des Kindes auf eine solide Basis stellen, die Wahlfreiheit der Eltern praktisch ermöglichen, bilden die Grundlage für die Politik, die eine gesellschaftlich gesunde Entwicklung von Familien möglich macht. Die Bedeutung der Familie für den einzelnen wie auch für die Gesellschaft insgesamt steht im Mittelpunkt der Politik dieser Bundesregierung.

## Plädoyer für eine realistische Familienpolitik

---

„Die Gesellschaft wandelt sich — der Gesetzgeber antwortet — oft zu spät und als Mann“<sup>1)</sup>

---

Familienpolitik steht heutzutage hoch im Kurs. Kaum eine Tageszeitung oder Zeitschrift, die auf sich hält, geht an diesem Thema vorbei, und kaum ein Tag vergeht, ohne daß nicht Regierungsmitglieder, Männer der Kirche, Verbandspolitiker oder solche der Opposition sich zu diesem Thema äußern. Es bleibt dabei allerdings fraglich, ob all diese Äußerungen, die meistens in der Analyse oder im conjunctivus potentialis stecken bleiben, tatsächlich dazu beitragen, die Lebenswirklichkeit von Familien im Alltag zu verbessern.

Zwei Gründe vor allem verhindern wirksame Folgerungen der analytischen und „Man könnte, müßte, sollte doch“ — Bemühungen. Der erste: Zum Thema Familie äußern sich überwiegend Männer, die eher der Großvätergeneration als der der Väter angehören. Zudem handelt es sich um Männer, die sich nicht einmal jene elf Minuten an Werktagen mit ihren Kindern abgeben, welche die Statistik für den erwerbstätigen Durchschnittsvater ermittelt hat; ob sie daneben jenen organisatorischen Mindestbeitrag zum Funktionieren des Familienlebens leisten, den der deutsche Durchschnittsvater erbringt, mag dahingestellt bleiben, denn dafür hat der Vielbeschäftigte sein Sekretariat.

Dieser berufsmäßige Vorkämpfer für alte oder neue familienpolitische Ideale kann seine Ideen überhaupt nur dann mit einem Hauch Realismus anreichern, wenn ihn die tolerante Gattin beim Frühstück oder am späten Abend über das gerade Laufende in der eigenen Familie informiert hält, ihn am Wochenende von allen familiären Lästigkeiten abschirmt, aber freudig alles akzeptiert, was der Politprofi geneigt ist, in seine familiären Beziehungen zu investieren. Dafür darf die Gattin gewiß sein, daß ihr im gesellschaftlichen Alltag höchstes Lob gezollt wird: Dies erlebt der professionelle Familienpolitiker schließlich am eigenen Leib: *Seine* Familie würde ohne die Vollzeithausfrau und -mutter nicht funktionieren. Was ihn zu dem Schluß

verleitet, sein Familienleben entspräche der gesellschaftlichen Norm.

Der zweite Grund: Auf die Familie und die Familienpolitik ist exemplarisch anwendbar, was Physiker seit Werner Heisenberg für ihre Wissenschaftsdisziplin erkannt haben: Wir leben nicht in einem Universum aus monokausal und mechanisch aufeinander bezogenen Einzelteilen, sondern unsere Welt ist ein vernetztes Ganzes. Alles hängt mit allem zusammen, jeder Teil erklärt sich nur aus dem größeren Zusammenhang. Ähnlich wie bei der Ökologiepolitik durchläuft unsere Gesellschaft zur Zeit auch bei der Familienpolitik eine tiefgreifende Krise der Wahrnehmung. Der Physiker Fritjof Capra drückt dies so aus: „Wenn wir natürliche oder gesellschaftliche Phänomene betrachten, die äußerst kompliziert miteinander verknüpft, verbunden, vernetzt sind, dann merken wir bald . . ., daß wir mit unseren linearen Denk- und Sprachvorgängen und linearen mathematischen Methoden an Grenzen stoßen. Je nicht-linearer, je komplexer, je vernetzter die Wirklichkeit wird, desto unmöglicher wird es, sie rational zu erfassen. — Das rationale Bewußtsein ist eben auf die Erkenntnis linearer Zusammenhänge beschränkt. Das Intuitive dagegen nicht, und daher fällt es uns wesentlich leichter, komplexe Zusammenhänge intuitiv zu erfassen. Man muß kein Wissenschaftler sein, um ökologisch zu denken. Es ist im Gegenteil sogar hilfreich, wenn man kein Wissenschaftler ist. Für die Erfassung größerer Zusammenhänge sind Intuition und emotionale Erfahrung ungleich geeigneter.“<sup>2)</sup>

Für „Intuition“ und „emotionale Erfahrung“ sind nach allgemeiner Ansicht Frauen geeigneter als Männer; die werden zur Familienpolitik aber kaum gehört.

---

<sup>1)</sup> Elisabeth Schwarzhaupt in einem Aufsatz zum Thema „Witwenversorgung“, zit. nach: A. Kohleiss, Sie heiratet ja doch, Freiburg 1983, S. 123.

<sup>2)</sup> Zit. nach „Psychologie heute“, Juli 1983, S. 38.

Auf diesem Feld sind wir von einem dem komplexen Phänomen Familie gerecht werdenden, politischen Handlungsinstrumentarium noch weit entfernt. Hier geht es immer

noch nach dem alten Muster: wer A sagt, muß auch B sagen, und wenn er B nicht sagen kann oder will, ist er selbst daran schuld.

## I. Wo steht die Familie in der Gesellschaft?

„Die arbeitsteilige Industriegesellschaft hat das Leben der Menschen räumlich und seelisch auseinandergerissen — in *Familie und Beruf*, in Arbeit und Freizeit. Familie als Ort der Geborgenheit, der Gefühle und der mitmenschlichen Zuwendung, Beruf als Ort der Leistung, der Effizienz, der kalten, sachlichen Rationalität.

Diese Teilung des Lebens, die es in der vorindustriellen Gesellschaft nicht gab, und die es in der nachindustriellen Gesellschaft so nicht geben muß, hat z. B. die Familie schwer in Mitleidenschaft gezogen. Es waren nicht, wie Konservative glauben, „emanzipatorische“ Reden, die der Familie schaden, sondern die Imperative der Industriegesellschaft.“<sup>3)</sup>

Diese Position — daß Familie als Teil der Industriegesellschaft und von deren Bedingungen geprägt in der heutigen Form existiert — wird von vielen Familienpolitikern im gesamten gesellschaftspolitischen Spektrum geteilt<sup>4)</sup>: Familie ist das Ergebnis gesellschaftlicher Entwicklungen und in dieser Form heute vor allem geprägt durch die Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern und durch die Ungleichheit, mit der Hausarbeit und Erwerbsarbeit bewertet werden. In der vorindustriellen Zeit waren Arbeit und Leben, d. h. Öffentlichkeit und Privatsphäre nicht getrennt; heute sind sie es, und dies hat Folgen für alle Familienmitglieder.

Wie aber wird Familie definiert? Die Sachverständigenkommission des 3. Familienberichtes<sup>5)</sup> formuliert folgendermaßen: „Die Kom-

mission spricht von ‚Familie‘, wenn durch Geburt und Adoption von Kindern aus der Ehe eine biologisch-soziale Kleingruppe zusammenlebender Menschen entsteht. Das ist die ‚Normalfamilie‘, von ihr gibt es Abweichungen verschiedener Art, z. B. die ‚Familie‘, die aus einer alleinstehenden Mutter besteht oder in der ein verwitweter Vater mit Kindern zusammenlebt.“

Von dieser Unterscheidung zwischen der „Familie“ und der „Normalfamilie“ weicht die SPD in ihrer Definition nach dem Parteitagbeschuß von 1977 deutlich ab<sup>6)</sup>. Dort heißt es nämlich: „Die SPD bejaht die Ehe und Familie und sieht in ihnen erstrebenswerte Formen des Zusammenlebens. Familien sind auf Dauer angelegte Lebensgemeinschaften eines oder mehrerer Erwachsener mit einem oder mehreren Kindern.“

Beide Definitionen anerkennen jedenfalls das Vorhandensein von Kindern als konstituierendes Element der Familie.

Die Theoretiker streiten sich darüber, ob die Familie als ein gesellschaftliches Teilsystem eher gesellschaftliche Vorgänge widerspiegelt und sozusagen in der Kleinform das Konfliktpotential abbildet, das die Gesellschaft im Großen kennzeichnet, während die Gegenposition hierzu behauptet, daß die Familie in ihrer unbestreitbar vorhandenen Ausrichtung auf Privatheit und Intimität eine Art *Gegenstruktur* zur Gesellschaft verkörpert. Hier wird unterstellt, Gesellschaft und Familie entwickelten sich weitgehend unabhängig voneinander und — unter besonderen Belastungen — sogar gegeneinander.

Ich stütze mich auf die „Arbeitshilfen für die politische Bildung“ zum Thema „Familie in der Gesellschaft“<sup>7)</sup>. Hier wird als Lernziel heraus-

<sup>3)</sup> W. Dettling, Die CDU und die Alternativen — entfernte Verwandte?, in: U. Fink (Hrsg.), Keine Angst vor Alternativen, Freiburg 1983, S. 64.

<sup>4)</sup> Ich stütze mich auf: H. Ebel/R. Eickelpasch/E. Kühne (Hrsg.), Familie in der Gesellschaft, Gestaltung — Standort — Funktion, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 204, Bonn 1983; J. Beyer/F. Lamott/B. Meyer (Hrsg.), Frauenhandlexikon, Stichworte zur Selbstbestimmung, München 1983; C. Pust/P. Reichert/A. Wenzel u. a., Frauen in der BRD, Hamburg 1983; G. Erler/M. Jäckel/J. Sass, Mütter zwischen Beruf und Familie, München 1983.

<sup>5)</sup> „Die Lage der Familien in der Bundesrepublik Deutschland“ — 3. Familienbericht — Bericht der

Sachverständigenkommission der Bundesregierung, Drucksache 8/3121, S. 13.

<sup>6)</sup> Beschlüsse zur Familienpolitik — Parteitag Hamburg 1977, veröffentlicht in: Aktuelle Informationen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands Nr. 1, Januar 1979, S. 10.

<sup>7)</sup> Siehe Fußnote 4, S. 123ff.

gestellt: „Erkennen des spezifischen Umweltverhältnisses der Familie als gesellschaftliches Teilsystem.“ Richtig an der theoretischen Grundlage dieses Arbeitsmaterials ist sicher die Feststellung, daß die privatisierte Kleinfamilie den familialen „Normaltypus“ der Moderne darstellt. Dieses Strukturmuster „Kleinfamilie“ entfaltet gesellschaftsweit eine höchst prägnante Leitbild- und Orientierungsfunktion. Spezialisiert ist diese moderne Kleinfamilie „auf die Funktionsbereiche der frühkindlichen Sozialisation und des intimen Zusammenlebens“<sup>8)</sup>.

Dabei betonen die Autoren der Arbeitsmaterialien: „Die für die privatisierte Kleinfamilie charakteristischen Formen der bewußten Zuwendung zu Kindern und der persönlichen Vertrautheit und Intimität (Geborgenheit) sind historisch neue Phänomene. Sie entsprechen spezifischen Erfordernissen der modernen differenzierten Gesellschaft.“

Sicher ist es so, daß einer starken Beanspruchung des Individuums durch Wirtschaft, Gesellschaft und Staat ein Rückzug auf die Privatheit der Familie korrespondiert. Dies darf allerdings nicht zu der unhistorischen Folgerung verleiten, daß die Familie eine „Gegenstruktur“ zur Gesellschaft zu etablieren vermöchte, denn die Abhängigkeit der Familie vom Gelderwerb, von der Arbeitsmarktsituation, vom staatlichen Rechtsschutz, von der gesellschaftlichen Entwicklung durch wachsende Industrialisierung und Verstädterung und von vielem anderem mehr bleibt andererseits offenkundig.

Der Standpunkt von der Familie „als Gegenstruktur“ geht auch von einem statischen Gesellschaftsbild aus, in dem sich staatliche Eingriffe in den Innenbezirk von Ehe und Familie nur als hoheitliche Akte bei offensichtlichem Versagen und Scheitern der Familie rechtfertigen. Diese autoritäre Sichtweise spiegelt sich besonders wider in der Antwort auf Fragen nach staatlicher Hilfestellung gegenüber den Familien; von den Betroffenen und ihrer kleinen Lobby wird dies kritisiert: wer ist schon gern Bittsteller!

In solcher Analyse, wenn es denn eine ist, ist auch ein gewisser theoretischer Bruch nicht zu verkennen. Wenn beispielsweise Kurt Bie-

<sup>8)</sup> A. a. O., S. 134.

denkopf es als ein „Gebot der Stunde“ bezeichnete, ein „Subsidiaritätsgesetz für die neue soziale Ordnung“ zu entwickeln, dann stellt er die Familie als zentralen Punkt dieser Überlegungen heraus: „Ausgangspunkt für die inhaltliche Reform der sozialen Ordnung muß der Grundsatz der Subsidiarität sein: Daß die Gemeinschaft nur solche Risiken übernehmen soll, die der einzelne oder die kleinere Einheit, vor allem die Familie, unter zumutbaren Bedingungen nicht tragen können. Was für die Wirtschaft der ‚Wettbewerb‘, ist für die Sozialordnung die Subsidiarität.“<sup>9)</sup>

Hier wird also ganz konkret und ganz direkt die Familie in einen vom Staat gesetzten Rahmen eingebaut und eingeplant. Als „Gegenstruktur“ ist dies wohl kaum möglich! Diese Gegenstruktur nimmt aber Norbert Blüm mit seinen von der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) durchgesetzten Leitsätzen zur Familie „Die sanfte Macht der Familie“ in Anspruch, wo es in munterer Verquickung konservativer Positionen mit alternativem Unbehagen und auch „postindustriellen“ Werten beispielsweise heißt: „Liebe, Güte und Zärtlichkeit, die besonderen Wesensmerkmale der Mutter und des familiären Zusammenlebens, sind in die Idylle der eigenen vier Wände eingesperrt. Auf den privaten Haushalt beschränkt, entwickeln sie jedoch nicht die Kraft eines sozialen Gegengewichts gegen die Kälte der Effizienz, mit der Technik, Naturwissenschaft und Wirtschaft die Gesellschaft überziehen. Auch die Mutterfeindlichkeit und Lieblosigkeit mancher moderner Emanzipationsbewegungen ist nur die Folge der Mutterfeindlichkeit der technokratischen Gesellschaft.“

Familie und industriell-technokratische Leistungswelt sind nach den Blümschen Vorstellungen also Gegensätze. Mag man dem Gedanken der Subsidiarität immerhin eine gewisse Logik von Analyse und daraus abgeleiteter Therapie nicht absprechen — selbst wenn man die Position nicht akzeptiert — so entbehren die Blümschen Thesen völlig der analytischen Grundlage — was aber nicht heißt, daß etwa keine politischen Folgerungen aus dieser Hypothese gezogen würden!

<sup>9)</sup> K. Biedenkopf: Die Chance der Krise nutzen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 10. Oktober 1981.



## II. Wo steht die Familienpolitik?

„Nirgends brauchen wir eine Wende mehr als in der Familie und in der Familienpolitik“ — mit diesem Zitat von Kardinal Höffner auf der Frühjahrsversammlung der Deutschen Bischofskonferenz war keineswegs Beifall für die Politik der Bonner Koalition gemeint, sondern ausdrücklich Kritik. Diese Kritik teilen andere eher konservative Gremien, wie beispielsweise der Bayerische Landesfrauenausschuß. Angesprochen ist dabei — wie der Journalist Robert Leicht es ausdrückt — „ein unausgegorenes Gemenge aus ‚familienpolitischer‘ Rhetorik und aus keineswegs nur rhetorischen Kürzungen in den sozialen Leistungsprogrammen sowie aus den übrigen Maßnahmen zur Etatkonsolidierung“<sup>10)</sup>.

Drei Komponenten wirken zusammen, der Familienpolitik zu einem neuen Stellenwert zu verhelfen. Da ist zunächst die Frage des Lastenausgleichs zwischen Familien mit Kindern bzw. Junggesellen oder Ehepaaren ohne Kinder. Unbestreitbar haben die Familien mit Kindern durch die Sparmaßnahmen der CDU/CSU/FDP-Regierung Milliarden an staatlichen Zuschüssen verloren: Das Kindergeld, die staatliche Bildungsförderung, die Wohngeldförderung, die Erhöhung der Mehrwertsteuer, die Kürzung beim Arbeitslosengeld und bei der Sozialhilfe und viele andere Maßnahmen mehr haben Familien mit Kindern in zahllosen Fällen vor existentielle Schwierigkeiten gestellt. Kürzungen in dieser Form waren familienpolitisch nicht zu rechtfertigen; um so größer wird jetzt der Druck, zunächst ein „Notprogramm für die Familie“ — wie der Deutsche Familienbund es fordert —, sodann aber einen gerechten Familienlastenausgleich zu schaffen.

Der zweite Grund ist bevölkerungspolitischer Natur: Wenn es bei der derzeitigen geringen Kinderfreudigkeit bleibt, dann wird es im Jahre 2000 noch 52 Millionen und im Jahre 2030 nur noch 38 Millionen Deutsche in der Bundesrepublik geben. Im internationalen Vergleich liegt die Bundesrepublik mit dieser Geburtenrate an letzter Stelle, wenngleich es den Trend zu weniger Kindern in den anderen wohlhabenderen Industrieländern ebenso gibt.

Die Furcht, die Deutschen könnten aussterben, treibt merkwürdige Blüten. Zwar gibt es

keine methodisch verlässlichen Statistiken über einen Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Familienförderung und Geburtenhäufigkeit, aber das schreckt die Aktivisten unter den Bevölkerungspolitikern nicht ab. Auch wollen sie nicht akzeptieren, daß sich solche Lockvogel-Angebote nach den Erfahrungen anderer Länder bestenfalls über fünf Jahre hinweg auswirken.

Ein zweites irrationales Argument kommt nämlich hinzu: daß die Rentenzahlungen nicht gesichert sein könnten. Diese Furcht sieht allerdings von zwei entscheidenden Faktoren ab: daß Auszahlungen der Rentenversicherung an Rentner eng verknüpft sind mit Einzahlungen der aktiven Bevölkerung; angesichts der auf dem Arbeitsmarkt festzustellenden und für die Zukunft zu befürchtenden Entwicklung kann aber niemand dem Baby von heute prognostizieren, daß es in 25 Jahren einen Arbeitsplatz findet und Beiträge an die Rentenversicherung leisten kann. Zweites Gegenargument: Es könnten noch andere Faktoren dazu führen, daß wir unser System der Rentenfinanzierung umstellen müssen, weil nämlich die Belastungen der erwerbstätigen Generation einerseits durch die Erziehung von Kindern, andererseits durch Beiträge an die Rentenversicherung so groß zu werden drohen, daß diese Erwerbstätigen zum Leben nicht mehr genug zur Verfügung haben. Jedenfalls ist es schon heute so, daß das Ehepaar Huber ohne Kinder sich ein feines Leben macht, während das Ehepaar Meier mit zwei Kindern bei gleichem Einkommen auf vieles verzichten muß und sich auch vertretbare Wünsche — Urlaub, eine größere Wohnung, eine teure Ausbildung — oft nicht erfüllen kann.

In die bevölkerungspolitische Argumentation fließen sogar noch archaische Vorstellungen über den Zusammenhang von liberal gehandhabtem Schwangerschaftsabbruch und der Bevölkerungsentwicklung hinein. Da sind sie dann wieder, diese Bilder, die einen Embryo eigentlich als in den Uterus gepflanzten Homunkulus sehen, mithin als Ausdruck männlicher Macht.

Familienpolitisch ist es eine Bankrotterklärung, wenn unser Staat 1,5 Billionen DM an Bruttosozialprodukt erwirtschaftet, zur selben Zeit aber 350 Millionen beim Mutterschaftsurlaubsgeld und 980 Millionen beim Kindergeld einspart, und auf der anderen Seite eine

<sup>10)</sup> R. Leicht, Familienpolitik voller Widersprüche, in: Süddeutsche Zeitung vom 19. März 1984.

Stiftung „Mutter und Kind“ mit 50 Millionen DM ins Leben ruft, was den 90 000 Frauen im Jahr, die aus sozialen Gründen eine Schwangerschaft abbrechen, wie Hohn erscheinen muß. Zumal sie zum Stifter auch noch als Bittstellerin kommen müssen — ohne Rechtsanspruch und mit nur minimaler Aussicht auf wirkungsvolle Hilfe.

Der dritte Grund, die Familienpolitik anders zu bewerten als vor einem Jahrzehnt, sind die erheblichen sozialpolitischen und arbeits-

marktpolitischen Änderungen. Unsere Gesellschaft lebt zur Zeit mit einer Zahl von mehr als zwei Millionen weiblichen und männlichen Arbeitslosen, und der langfristige Trend deutet eher auf eine Zunahme denn auf eine Abnahme hin.

Unter diesem Vorzeichen vollzieht sich ideologisch eine Aufwertung der Familienarbeit — gekoppelt mit einer Rücknahme sozialstaatlicher Leistungen, die wir bereits feststellten.

### III. Politisches Handeln und Betroffenheit klaffen immer mehr auseinander

Gerade in der Familienpolitik ist entgegen allen erklärten Absichten in der Vergangenheit immer festzustellen gewesen, daß der Staat in die Familien „hineinregiert“. Das ging weit über die akzeptierten Normen hinaus, wonach staatliche Zuständigkeit für Schulpflicht, familiären Lastenausgleich, Schutz der Rechte des Kindes gegenüber den Eltern unbestritten ist. In den fünfziger und sechziger Jahren wirkte sich das „Hineinregieren“ vor allem bei jenen Familien aus, die der Norm von der „privatisierten Kleinfamilie“ nicht entsprachen — ledige Mütter, geschiedene Frauen mit Kindern, kinderreiche Familien, Kinder aus bildungsfernen Schichten; sie waren schlecht dran. In den siebziger Jahren eröffnete staatliches „Hineinregieren“ auch den vormals benachteiligten Gruppen die Beteiligung an Bil-

dungs- und Freizeitmöglichkeiten, wirtschaftlichem Wohlstand und beruflichem Aufstieg. Jetzt scheint sich erneut ein Schwenk anzubahnen.

Immer war und bleibt aber das staatliche Handeln für die Familien in der Gefahr, ein stellvertretendes Handeln zu sein — gewissermaßen an den Ansprüchen der Betroffenen vorbei. Um dieser Gefahr zu entgehen, sollte sich die derzeitige und die künftig betriebene Familienpolitik stärker auf das abstützen, was sie in der Gesellschaft tatsächlich vorfindet. Die ideologieverdächtigen Ansatzpunkte der amtierenden Familienpolitiker gehen als hoffnungslos veraltet an den Betroffenen vorbei. „Familien sind anders“ — wie ein Buchtitel sagt.

### IV. Ausgehen von dem, was ist

„Das Familienleben und die Kindererziehung in Familien funktioniert nicht gemäß dem technisch-monetären Modell einer Maschine, die bei Entwurf einiger Münzen ihre Produktionsqualität hebt. Man hat allerdings gelegentlich den Eindruck, daß solche Maschinen zumindest in den Köpfen von Politikern existieren...“<sup>11)</sup>

#### 1. Welche Schlüsse lassen Statistiken zu?

Die möglichen Lebensformen der bundesdeutschen Bevölkerung sind im Laufe der letzten Jahre erheblich vielfältiger geworden.

<sup>11)</sup> K. Wahl/G. Tüllmann/M.-S. Honig/L. Gravenhorst, Familien sind anders, Hamburg 1980, S. 254.

So leben heute nur noch 36 Prozent der Bevölkerung in einer „Familie“, die aus Vater, Mutter und Kind(ern) besteht. Ehemals finanziell abhängige Personengruppen — seien dies nun Jugendliche, alleinstehende erwerbstätige Frauen oder Rentner(innen) — haben heute die Möglichkeit zu eigenverantwortlicher Lebensführung, das heißt auch: einem eigenen Haushalt. Innerhalb der letzten 20 Jahre stieg der Anteil der Ein-Personen-Haushalte an allen Haushalten von 20,6 Prozent auf 30,2 Prozent. In West-Berlin sind über die Hälfte aller Haushalte Ein-Personen-Haushalte, ihr Anteil beträgt in Hamburg schon weit mehr als 40 Prozent. Zu 70 Prozent sind diese Ein-Personen-Haushalte Frauenhaushalte, wobei in unserem Zusammenhang

besonders berücksichtigt werden muß, daß im Unterschied zu den sechziger Jahren, wo es Normalfall war, daß eine junge Frau aus dem Elternhaus direkt in die Ehe ging, heute viele junge Frauen das Elternhaus verlassen, um einen eigenständigen Haushalt zu gründen. So sind heute die Hälfte aller alleinlebenden Erwerbstätigen Frauen.

Ebenso wie die Entwicklung zugunsten des Ein-Personen-Haushaltes eine erhebliche Veränderung des gesellschaftlichen Gefüges in der Bundesrepublik zur Folge hat, sind die Folgen der veränderten inneren Zusammensetzung von Mehr-Personen-Haushalten beachtenswert. Von allen Mehr-Personen-Haushalten waren über 30 Prozent Ehepaare ohne Kinder, das heißt: bestanden aus *einer* Generation: mehr als 60 Prozent waren Haushalte mit *zwei* Generationen, aber nicht einmal drei Prozent waren Drei-Generationen-Haushalte.

In der offiziellen Familienstatistik werden auch Ehepaare ohne Kinder als Familie gewertet. Die Ausarbeitung „Frauen in Familie, Beruf und Gesellschaft“, Ausgabe 1983 des Statistischen Bundesamtes kommt dabei zu folgenden Zahlen: „Im Mai 1981 lebten im Bundesgebiet 22,8 Millionen Familien, von denen die überwiegende Zahl (66,6 Prozent) aus Ehepaaren bestand. Bei etwas mehr als der Hälfte der Familien (52,2 Prozent) handelte es sich um solche, in denen keine ledigen Kinder lebten.“ In schlichten Worten heißt dies: *in nicht einmal der Hälfte aller als Familie registrierten Haushalte gibt es Kinder.*

Immerhin gibt es 1,6 Millionen Ein-Eltern-Haushalte, davon 1,4 Millionen alleinstehende Mütter, das sind 84 Prozent aller Ein-Eltern-Haushalte. Schränkt man diese Zahl ein auf die Ein-Eltern-Familien mit Kindern unter 18 Jahren, so bleiben 870 000 Alleinerziehende über, davon sind 141 000 Väter.

Zur Einkommenssituation: Von allen Mehr-Personen-Haushalten hatten 36,8 Prozent nur einen Einkommensbezieher, 63,2 Prozent aber zwei und mehr Einkommensbezieher; hier gehen sowohl die erwerbstätigen Ehepartner wie auch erwerbstätige Kinder in die Statistik ein. Spricht man nur von Ehepaaren, so waren von 15,2 Millionen Ehepaaren im Mai 1981 in 5,5 Millionen Fällen (36,2 Prozent) beide Ehepartner erwerbstätig. 1977 waren in 38 Prozent der Ehen mit Kindern unter 15 Jahren beide Ehepartner erwerbstätig, und dabei lag bei weit mehr als der Hälfte dieser Familien das monatliche Nettoeinkommen der Frauen

unter 1 000 DM. Die Statistik weist aus, daß die Erwerbsquote der Mütter um so höher liegt, je geringer das Nettoeinkommen des Haushaltsvorstandes ist. Verdient dieser weniger als 1 250 DM (Bezugszeit: 1978), dann waren 70 Prozent der Mütter erwerbstätig.

Von Arbeiterhaushalten läßt sich sagen, daß das Gesamteinkommen bei 30 Prozent aus Einkünften weiterer Familienmitgliedern besteht, bei Beamten- und Angestelltenhaushalten liegt dieser Anteil nur bei 24 Prozent.

Die Haushaltssituation der Familien wird einerseits durch das Haushaltseinkommen, andererseits aber — und dies ist vermutlich entscheidender — durch die Existenz von Kindern geprägt. In bezug auf die Anzahl der Kinder differiert das ausgabefähige Einkommen von Familien mit Kindern unter 18 Jahren nur geringfügig. „Da das Haushaltseinkommen nicht entsprechend der Kinderzahl zunimmt, bedeutet jedes Kind zunächst auch eine Einschränkung im Lebensstandard. Das Pro-Kopf-Einkommen nimmt mit steigender Familiengröße ab. In kinderlosen Familien entfallen 1979 auf jeden Ehepartner durchschnittlich 1 280 DM im Monat, Ehepaare mit einem Kind verfügen je Familienmitglied über 1 100 DM und in großen Familien mit fünf und mehr Kindern stehen jeder Person nur 895 DM zur Verfügung. Arbeitnehmerehepaare mit Kindern liegen um 22 Prozent, Arbeiterfamilien mit fünf und mehr Kindern sogar um 40 Prozent unter dem durchschnittlichen Einkommen.“<sup>12)</sup>

Ein-Eltern-Familien haben übrigens ein bedeutend unter dem Durchschnitt liegendes Einkommen, und finanziell am schlechtesten gestellt sind ledige Mütter: 1977 bezogen 193 000 Familien „Hilfe zum Lebensunterhalt“, und davon waren 71 Prozent Ein-Eltern-Familien.

Eine sehr zugespitzte und streckenweise auch äußerst ironische Darstellung, was Kinder kosten, gibt Claus Leggewie<sup>13)</sup> in einem sehr lesenswerten Aufsatz, der eine Fülle wichtiger Daten enthält: in Preisen von 1980 hat man nach Berechnungen des „Deutschen Familienverbandes“ für die Erziehung und Ausbildung eines Kindes zwischen 130 000 und 420 000 DM zu veranschlagen; Arbeiterkinder kosten im Durchschnitt monatlich 377 DM,

<sup>12)</sup> C. Pust u. a., a.a.O. (Anm. 4), S. 128

<sup>13)</sup> C. Leggewie, Lieb und Teuer. Eine Nachwuchs-kostenanalyse, in: Kursbuch 72, Die neuen Kinder, Juni 1983, S. 95 ff.

Beamtenkinder aber 500 DM und die Kinder Selbständiger gar 526 DM. (Dabei merkt der Autor kritisch an, daß Alleinerziehende, Witwen und geschiedene und getrenntlebende Frauen den geringsten Anspruch auf Unterhaltszahlungen, Kinder- und Wohngeld haben, obgleich doch klar ist, daß sie die höchsten Zuschüsse für die Kindererziehung benötigen).

## 2. Der Familienalltag in der Statistik

Nach wie vor ist die Berufsrealität eines Facharbeiters im Grunde auf einen Mann zugeschnitten, der nicht nur weitgehend von Hausarbeit und Kindererziehung entlastet ist, sondern der darüber hinaus auch davon ausgehen kann, daß für ihn gesorgt wird, wenn er abends müde nach Hause kommt. So weist eine Infas-Untersuchung von Ehepaaren aus, daß Männer zusätzlich zu ihrer Berufstätigkeit für die Familie drei Aufgabenbereiche übernehmen: Reparaturen, Autowaschen und geschäftlichen Briefwechsel; die Frauen — auch dann, wenn sie teil- oder vollerwerbstätig sind — übernehmen den Rest: Einkaufen, Zubereitung der Mahlzeiten, waschen, bügeln, nähen, aufräumen, und der Kanon erweitert sich noch, wenn Kinder zu versorgen sind. Dementsprechend weist eine Repräsentativbefragung des Instituts für Demoskopie in Allensbach im Januar 1977 nach, daß der von Frauen subjektiv als Freizeit empfundene Tagesabschnitt um durchschnittlich 13 Prozent niedriger liegt als bei Männern.

Die Familie ist für den Mann ein weitgehend arbeitsfreier Raum. Helge Pross hat in ihrer Untersuchung über „Die Wirklichkeit der Hausfrau“ im Jahr 1975 ermittelt, daß Väter sich am Einkaufen nur zu 9 Prozent, am Kochen zu 3 Prozent, am Abspülen, Waschen, Putzen zu 2 Prozent beteiligen. Die Untersuchung „Mütter zwischen Beruf und Familie“ des Deutschen Jugendinstituts kommt zu

dem Ergebnis, daß der Anteil von Männern an der geleisteten Hausarbeit bei unter 20 Prozent liegt<sup>14)</sup>.

Was nun die männliche Jugend angeht, so kommt die Shell-Studie „Jugend 1981“ zu dem Ergebnis, daß 91 Prozent der 15- bis 24jährigen jungen Männer noch nie gewaschen haben, 70 Prozent noch nie gekocht, 65 Prozent noch nie geputzt, und nur 40 Prozent räumen selbst ihr eigenes Zimmer auf. Nur 12 Prozent der jungen Männer spülen regelmäßig Geschirr.

Auch dann, wenn Mütter ganztätig erwerbstätig sind, übernehmen zwar die Töchter einen Großteil der Hausarbeit, nicht aber die Väter oder Brüder<sup>15)</sup>.

Im Mai 1981 waren 10,2 Millionen Frauen erwerbstätig, was einer Erwerbsquote von 38 Prozent entspricht. Dabei kamen auf 100 erwerbstätige Frauen 174 Kinder. Bei den Arbeitnehmerinnen mit Kindern (3,6 Millionen) überwog die Ein-Kind-Familie (51,9%). Der Anteil der Zwei-Kinder-Familie betrug 35 Prozent und der Anteil der Arbeitnehmerinnen mit drei und mehr Kindern 13,1 Prozent. Die als Selbständige oder mithelfende Familienangehörige tätigen Frauen mit Kindern hatten im Durchschnitt mehr Kinder. Für all diese Familien — die besonderen Probleme der Berufstätigkeit von Frauen werden weiter unten behandelt — stellt sich das Problem der Kinderversorgung, das in Deutschland besonders drängend ist, weil hier die Schule mittags endet. In großem Umfang — so weist eine Repräsentativerhebung des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit von 1975 aus — sind die Eltern auf private Lösungen zur Betreuung ihrer Kinder angewiesen. Die Betreuung der Schulkinder ist besonders problematisch, weil das staatliche Angebot nicht ausreicht; deshalb streben viele Mütter vormittags eine Teilzeitbeschäftigung an.

## V. Exkurs: Frauen sind mehr als das Herz der Familie

Auch heute ist die Welt der Frauen noch vorwiegend die Welt der Familie, obgleich ein großer Teil der Frauen, wie die Statistik nachweist, nicht, noch nicht oder nicht mehr in Familien lebt. Frauen, die hauptberuflich Mutter sind, werden in diesem Beruf durchschnittlich nur ein Viertel ihres Lebens gebraucht. Dies rechtfertigt, sich mit der Situa-

tion der Frauen im Rahmen einer familienpolitischen Darlegung gesondert zu befassen.

<sup>14)</sup> H. Pross, Die Wirklichkeit der Hausfrau, Hamburg 1975; G. Erler/M. Jäckel/J. Sass, Mütter zwischen Beruf und Familie, München 1983.

<sup>15)</sup> Zit. nach der Untersuchung „Mädchen 82“, hrsg. von der Redaktion Brigitte, September 1982, S. 18.

Die meisten Frauen leben in familiären Bindungen und wollen diese nicht missen; das durchschnittliche Heiratsalter bei Frauen hat sich seit 1960 nahezu nicht verändert. Allerdings ist der zeitliche Abstand von der Eheschließung bis zur Geburt des ersten Kindes größer geworden, die Zahl der in einer Ehe geborenen Kinder hat sich seit 1967 drastisch verringert — der sogenannte „Pillenknick“ —, außerdem ist die Zahl der Ehescheidungen erheblich gewachsen.

Rechtlich hat sich die Position der Frau in der Familie erheblich verbessert: ihr Wort in Erziehungsfragen gilt genauso viel wie das des Vaters, die Verteilung der familiären Lasten zwischen Gelderwerb und Erziehungspflichten wird ihr zumindest vom Gesetzgeber nicht mehr diktiert, die Ehe als Zugewinnsgemeinschaft ist unumstritten, der Zugewinnsausgleich erstreckt sich seit der Reform des Scheidungsrechtes auch auf Altersversorgungsansprüche. Schließlich: ledige Mütter wurden verheirateten rechtlich gleichgestellt in der Beziehung zu ihren Kindern, und deutsche Mütter wurden deutschen Vätern insoweit gleichgestellt, als sie in gemischtnationalen Ehen ihre deutsche Staatsangehörigkeit auch auf die Kinder vererben können. Hinter all diesen gesetzlichen Fortschritten hinkt die Entwicklung des gesellschaftlichen Bewußtseins je nach Bildungsstand und politischer Konstitution mehr oder weniger beachtlich hinterher.

Halten wir fest: Die Frauenarbeit hat in der Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik ihren Charakter deutlich verändert: von 100 erwerbstätigen Frauen sind heute nahezu 90 als Lohnarbeiterinnen beschäftigt, gegenüber 59 im Jahre 1950; nur noch 8 von 100 Frauen arbeiten als mithelfende Familienangehörige, während es 1950 noch mehr als 30 waren. Erwerbstätige Frauen haben heute ein höheres Durchschnittsalter als früher. Die Quote bei den 15- bis 20jährigen Frauen fiel wegen der verlängerten Bildungszeiten erheblich ab; die Quote der 20- bis 25jährigen Frauen blieb zwischen 1960 und 1980 relativ konstant, stark zugenommen hat die Erwerbstätigkeit der Altersgruppe zwischen 25 und 50 Jahren; in dieser Gruppe sind rund 53% der Frauen heute erwerbstätig.

Den Verschiebungen in der Altersstruktur entsprechen verständlicherweise Veränderungen im Familienstand der erwerbstätigen Frauen. Während 1950 nur etwas mehr als ein Fünftel der verheirateten Frauen erwerbstätig war, waren es im Jahr 1980 knapp 39% (in

absoluten Zahlen: 5,8 Millionen verheiratete Frauen). Heute kann man sagen, daß rund zwei Drittel aller erwerbstätigen Frauen verheiratet sind; fragt man allgemein nach familiären Verpflichtungen, müßte man die geschiedenen und verwitweten Frauen hinzurechnen und erhielte dann einen Prozentsatz von 70, was bedeutet, daß der weit, weit überwiegende Teil erwerbstätiger Frauen darüber hinaus familiäre Verpflichtungen hat.

44% aller erwerbstätigen Frauen im Jahr 1980 hatten Kinder unter 18 Jahren zu versorgen, dabei lag die Erwerbstätigenquote von Müttern mit Kindern unter 3 Jahren bei 33,5%, mit Kindern unter 6 Jahren bei 36% und mit Kindern zwischen 6 und 15 Jahren bei 43,28%<sup>16)</sup>.

Grob unterteilt kann man die Erwerbstätigkeit von Frauen im Hinblick auf ihre familiären Verpflichtungen drei etwa gleich großen Gruppen zuordnen: Ein Drittel aller Frauen scheidet nach der Geburt von Kindern aus dem Erwerbsleben aus, ein weiteres Drittel nimmt den gesetzlichen Mutterschutz und den Mutterschaftsurlaub in Anspruch, kehrt aber unmittelbar danach in das Erwerbsleben zurück, das dritte Drittel schließlich unterbricht wegen der Phase der Kindererziehung für mehr oder minder lange Zeit die Erwerbstätigkeit. Nur rund 7% aller Frauen in der Bundesrepublik sind in ihrem Leben nie erwerbstätig gewesen.

Noch ein weiterer Trend ist interessant: Die durchschnittliche Dauer der Unterbrechung von Erwerbstätigkeit hat deutlich abgenommen: weit mehr als die Hälfte der Frauen kehrt nach weniger als fünf Jahren wieder in den Beruf zurück, viele allerdings — soweit dies der Arbeitsmarkt gestattet — nehmen dann eine Teilzeitbeschäftigung auf.

Alle Statistiken weisen aus, daß unter den Gründen, weshalb Frauen ihre Erwerbstätigkeit beibehalten oder nach relativ kurzer Pause wieder aufnehmen, der finanzielle Aspekt die wichtigste Rolle spielt: Neben der Sicherung des Lebensstandards spielt die eigene Alterssicherung eine entscheidende Rolle, d. h. die Ehe wird nicht mehr als „Versorgungseinrichtung“ bewertet; dies ist den Frauen angesichts der Scheidungsquote inzwischen zu riskant.

Schließlich spielt der Beruf natürlich auch für die Selbstbestätigung der Frauen eine wich-

<sup>16)</sup> All diese Zahlen entstammen dem Buch „Frauen in der BRD“, S. 14ff.

tige Rolle; Kontakte zur Umwelt, eigenes Geld, ein eigener Kollegen- und Freundeskreis, darauf möchten viele Frauen nicht mehr verzichten.

Wie wichtig den Frauen für ihr eigenes Selbstverständnis, für ihre persönliche Zufriedenheit und damit auch für das Klima, das die Frauen in ihren Familien erzeugen oder verbreiten, die eigene Erwerbstätigkeit ist, bestätigen die Aussagen arbeitsloser Frauen. Nach einer einschlägigen Untersuchung<sup>17)</sup> beurteilen annähernd zwei Drittel arbeitslos gewordener Frauen ihre Erwerbstätigkeit als einen wichtigen Gradmesser für die Einschätzung der eigenen Leistungsfähigkeit.

Genauso wie sich die Erwerbstätigkeitsstatistik der Frauen verändert hat, zeigt die Bildungsstatistik ein gründlich verändertes Bild: Der Anteil der Schülerinnen liegt inzwischen bei fast 54% an den Realschulen, bei annähernd der Hälfte an den Gymnasien; von 1960 bis 1978 hat sich der Anteil der Frauen an den Abiturienten um mehr als 11% erhöht: 1978 betrug er 47%, und weibliche Studienanfänger gab es 1978 44%.

Einrichtungen des zweiten Bildungsweges muß man hinzuzählen: Frauen nahmen an den Abendgymnasien zwischen 1960 und 1979 von 18 auf 51% zu, in den Kollegs von 16 auf 42%. Erhöht hat sich auf allen beruflichen Ebenen der Anteil der Frauen mit abgeschlossener Berufsausbildung.

Alle Untersuchungen, die sich mit der Bildungs- und Berufssituation junger Frauen beschäftigen, weisen eindeutig aus, daß von einer schulischen Diskriminierung der jungen Frauen heute nicht mehr gesprochen werden kann — jedenfalls bis zum Eintritt der BaföG-Kürzungen nicht gesprochen werden konnte. Die Schwierigkeiten für junge Frauen beginnen bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz und bei der Suche nach qualifizierten Arbeitsplätzen: Hier haben sie eindeutig die schlechteren Karten — trotz besserer Schul- und Bildungsabschlüsse und trotz hartnäckiger Suche.

Ohne Frage ergeben sich aus der gestiegenen Müttererwerbstätigkeit Folgen hinsichtlich der berufsmäßigen und der Rollen-Orientierung der nachwachsenden Generation. Solche Veränderungen ergeben sich auch aus dem

<sup>17)</sup> A. Gnegel/G. Mohr, Wenn Frauen ihren Arbeitsplatz verlieren, in: Mohr/Rummel/Rückert (Hrsg.), Frauen. Psychologische Beiträge zur Arbeits- und Lebenssituation, München 1982, S. 95

gestiegenen Bildungsniveau der jungen Frauen heute. Zwar ist — wie der 6. Jugendbericht „Verbesserung der Chancengleichheit von Mädchen in der Bundesrepublik Deutschland“ ausweist — die Datenlage zur Situation der Mädchen insgesamt unzureichend. Aber einige einschlägige Untersuchungen geben doch Anhaltspunkte dafür, welche Erwartungen junge Frauen in unserer Gesellschaft hinsichtlich ihrer Zukunft haben<sup>18)</sup>. Die in diesen Untersuchungen im Mittelpunkt stehende Altersgruppe der Mädchen umfaßt ziemlich genau die geburtenstarken Jahrgänge. Diese Altersgruppe hatte am stärksten von der Bildungsexpansion profitiert und wird nun — ebenfalls am stärksten — von den Streichungen der Ausbildungsförderung und von den verschlechterten Ausbildungs- und Arbeitschancen der jungen Generation in Mitleidenschaft gezogen.

Mit welchen Erwartungen sieht diese Generation der Zukunft entgegen? Wie geht sie ihr Leben an? Unter der Überschrift „Bedeutung des Berufs für Mädchen“ sagt dazu der 6. Jugendbericht (Seite 40): „Mädchen planen eine qualifizierte Berufstätigkeit als festen Bestandteil in ihr Leben ein ... Einen sicheren Arbeitsplatz halten genauso viel Männer wie Frauen im Alter von 15 bis 30 für wichtig/sehr wichtig, beruflichen Erfolg sehen 61% der Befragten als für Männer und Frauen gleichermaßen bedeutsam.“

Die neue Verunsicherung der Mädchen wächst also daraus, daß sie fürchten, trotz ausgeprägter Bildungs- und Berufsmotivation keinen dieser Vorbildung entsprechenden zufriedenstellenden Arbeitsplatz zu finden.

Diese gezielte Suche nach einem zufriedenstellenden Beruf bedeutet für die jungen Frauen allerdings keineswegs, daß sie eindeutig und nur auf den Beruf fixiert wären. Eher ist das Gegenteil richtig: ein Leben ohne Familie und ohne Kinder möchten sich die jungen Frauen nicht vorstellen.

Eine Fremdbetreuung ihrer Kinder lehnen sie — zunächst in der Theorie — eindeutig ab.

<sup>18)</sup> Abgesehen von den von der Kommission des 6. Jugendberichtes erbetenen Expertisen handelt es sich um folgende Untersuchungen: G. Seiden Spinner/A. Burger, Mädchen 82, Hamburg 1982; Infratest Sozialforschung, Veränderungen in der Motivationsstruktur Jugendlicher und junger Erwachsener, Untersuchung (1982) im Auftrag des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit; Jugendwerk der Deutschen Shell, Jugend 81. Lebensentwürfe, Alltagskulturen, Zukunftsbilder, Hamburg 1981.

Eine Fremdbetreuung ihrer Kinder lehnen sie — zunächst in der Theorie — eindeutig ab. Allerdings ist der Glaube, daß Kinder die Mutter rund um die Uhr brauchen, nur bei denjenigen jungen Frauen ausgeprägt, die selbst Mütter haben, die ausschließlich Familienfrauen sind.

Viele junge Frauen kritisieren, daß ihre eigene Mutter sich nur für die Familie „abgerackert“ hat; das wollen sie selbst anders machen. Sie gehen dabei auch davon aus, daß ihr zukünftiger Partner sich an der Familienarbeit beteiligt. Die Gleichung „Mann gleich Beruf“ wollen sie nicht akzeptieren, eine gleichberechtigte Partnerschaft ist ihnen wichtig.

Für die Gesellschaft stellt sich in diesem Punkt die Frage, wie sie so konkrete Erwartungen der nachwachsenden Frauengenera-

tion in den bereitgestellten Möglichkeiten berücksichtigt. Zur Zeit kann von einer wie auch immer gearteten Berücksichtigung keine Rede sein: Mädchen sind von den eingeschränkten Maßnahmen der Bildungsförderung weit stärker betroffen als Jungen; Mädchen sind auch von den gekappten Chancen auf dem Arbeitsmarkt weit stärker betroffen; die Durchlässigkeit zwischen Familienleben und Erwerbsarbeit ist nicht angewachsen, sondern eher geschrumpft; die außerhäusliche Hilfestellung, um Beruf und Familie besser zu vereinbaren, hat sich nicht verbessert; der familiäre Finanzrahmen, um Frauen nach einer Phase der Familienorientierung den Wiedereinstieg in das Berufsleben zu erleichtern, hat sich stark verengt; und ideologisch propagieren die Schamanen einer neuen Mütterlichkeit im grünen wie im konservativen Lager „die sanfte Macht der Familie“.

## VI. Das Hineinwirken gesellschaftlicher Umstände in die Familie

Von vielen Faktoren, die auf das Leben in der Familie einwirken, war bereits die Rede. Am einschneidendsten neben den rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen wirken sich mit Sicherheit die Gesetzmäßigkeiten der Industriegesellschaft aus. Zugespitzt könnte man fragen, warum eigentlich der Lebensraum und der Lebensrhythmus von Familien so überwiegend von den Forderungen der Industriegesellschaft bestimmt sein muß? Wäre nicht das Umgekehrte zumindest denkbar, daß das, was der Familie bekommt, in die Bedingungen der Industriegesellschaft einmündet oder daß zumindest ein besserer Ausgleich zwischen diesen beiden Bereichen geschaffen wird?

Wir beklagen die „mutterlose Gesellschaft“ und müßten ebenso die „vaterlose Familie“ beklagen. Beide Seiten würden viel gewinnen, wenn es gelänge, Beruf und Familie hinsichtlich ihrer Existenzbedingungen aufeinander zuzuführen.

Die Bedingungen der Industrieproduktion schreiben die Arbeitsabläufe vor: Viele sind schematisch und einseitig. Der nur einseitig geforderte Mensch reagiert mit Abstumpfung und Ermüdung; alle empirischen Untersuchungen zeigen, daß sein Freizeitverhalten meist die berufliche Eintönigkeit fortsetzt. In diesem Zusammenhang kommt der Auffächerung des Medienangebotes durch Videorecor-

der, Satellitenfernsehen, Kabelfernsehen, Bildschirmtext etc. große Bedeutung zu, weil diese Entwicklung den Wunsch nach weiterem Konsum, aber auch die Flucht in weiteren Konsum verstärkt, statt Impulse zu aktiver Freizeitgestaltung zu geben oder zu verstärken.

Wünsche, aus der Eintönigkeit der Arbeits- und Konsumwelt „auszusteigen“, finden sich mannigfach: In allen westlichen Industrieländern und auch bei uns gibt der Alkoholkonsum Anlaß zu ernster Sorge, weil im Zusammenhang damit die Gewalt in der Familie insbesondere gegenüber Frauen und Kindern zunimmt. Auch andere Drogen werden — vor allem von jungen Menschen — konsumiert, um dem Druck schwer zu bewältigender Lebensumstände zu entkommen.

Wer wenig gelernt hat, weiß sich schwer zu beschäftigen, und er gibt die auf Anordnung und widerspruchslosem Vollzug beruhenden autoritären Strukturen des Arbeitsprozesses an die Struktur der Beziehungen in seiner Familie weiter: Nach einer soziologischen Untersuchung der pädagogischen Hochschule Westfalen-Lippe sucht nur ein knappes Drittel der Eltern bei Konflikten mit den Kindern das klärende Gespräch; viele Eltern verhalten sich in der Praxis wesentlich anders, als sie es nach ihrem eigenen Erziehungsideal im Grunde vorhaben, und das Erziehungsklima

hängt ganz entscheidend von der Arbeitssituation der Väter ab<sup>19)</sup>.

Am einschneidendsten wirkt die Massenarbeitslosigkeit in die Lebensumstände von Familien hinein. An der Pädagogischen Hochschule Reutlingen wird z. Zt. ein auf drei Jahre angelegtes Forschungsprojekt durchgeführt, das bei Hauptschülern untersucht, welche Folgen die Arbeitslosigkeit eines Elternteils oder beider Eltern auf die Familie und auf das Lebensgefühl der jungen Menschen hat. Weil das Ergebnis dieser Untersuchung — in etwa 40% der Haushalte von Arbeitslosen, die älter als 25 Jahre sind, leben Kinder unter 18 Jahren — so bedrückend ist, gingen die Autoren der Studie vorzeitig an die Öffentlichkeit<sup>20)</sup>. Festzustellen war, daß einer Phase anfänglich verstärkter Solidarität der Familie bei Dauerarbeitslosigkeit nicht selten Entfremdung folgt und ein „Bedeutungsverlust des Vaters als Ehemann und Erzieher“. Die Kinder reagieren auf Arbeitslosigkeit und wachsende Armut ihrer Eltern unsicher und ängstlich.

Arbeitslose Mütter erleiden eine zusätzliche Einbuße an Selbstwertgefühl dadurch, daß ihnen nach einjähriger Arbeitslosigkeit nicht einmal die Arbeitslosenhilfe gewährt wird, weil das Einkommen des Ehemannes meist über der Bemessungsgrenze von Arbeitslosenhilfe liegt.

Bei der Frage, wie gesellschaftliche Umstände in die Familie hineinwirken, geht es auch darum zu klären, inwieweit Berufs- und Familienpflichten zu vereinbaren sind und was an der oft propagierten „Wahlfreiheit“ zwischen Beruf und Familie wirklich dran ist. Tatsache ist, daß Väter mit „Mutterpflichten“ in der Gesellschaft nur als Abweichung von der Norm akzeptiert werden und es als Abweichler nicht leicht haben. Für sie also existiert eine „Wahlfreiheit“ im Grunde nicht: Väter sind erwerbstätig, punktuell, für die Familie stehen sie nur ausnahmsweise zur Verfügung. Die Wahlfreiheit der Mütter muß gleichfalls mit einem großen Fragezeichen versehen werden, denn wenn eine Frau aus ihrem angestamm-

ten Beruf ausscheidet, um für kürzere oder längere Zeit Kinder zu erziehen, kann sie mit nahezu keiner Hilfestellung rechnen, wenn sie in den Beruf zurückkehren möchte; Zeiten der Kindererziehung wirken sich rentenrechtlich nicht positiv aus, eine Karriere mit „Pause“ ist eher die Ausnahme. Auch eine „Wahlfreiheit“ zwischen voller und Teilzeit-Beschäftigung existiert im Grunde nicht: Den Hunderttausenden von Müttern, die eine Teilbeschäftigung suchen, stehen nur Tausende von offenen Stellen gegenüber.

Über die Vereinbarkeit von Beruf und Familie machen sich weder Arbeitgeber noch Politiker z. Zt. konstruktive Gedanken, weil es Arbeitskräfte mehr als genug auf dem Markt gibt und die Bedürfnisse der Mütter dabei getrost vernachlässigt werden können. Einzig die Mütter selbst und ihre bescheidene Lobby weisen darauf hin, daß nach wie vor zu wenig Versorgungsmöglichkeiten für Kleinkinder gegeben sind, daß die Öffnungszeiten der Kindergärten und die betrieblichen Arbeitszeiten nicht abgestimmt sind, daß die Halbtagsschule und der Ganztagsberuf nicht zusammenpassen und daß es insbesondere an Beurlaubungsmöglichkeiten für die Eltern von Kleinkindern ganz erheblich mangelt. Wichtige empirische Ergebnisse über diesen Bereich der Familienpolitik liefert die Untersuchung „Mütter zwischen Beruf und Familie“<sup>21)</sup>.

In dieser Untersuchung wird vor allem herausgearbeitet, daß im Vergleich zu den anderen Ländern in der Bundesrepublik Deutschland besonders starre ideologische Fronten festzustellen seien, was die Bewertung der Müttererwerbstätigkeit und der Familienarbeit anbelangt<sup>22)</sup>. Praktischer Politik für Familien nutzt diese ideologische Konfrontation aber überhaupt nicht.

<sup>19)</sup> G. Erler/M. Jäckel/J. Sass, Mütter zwischen Beruf und Familie. München 1983.

<sup>22)</sup> Gerade der konservative Leser sollte stutzig werden über die Ergebnisse einer Untersuchung über berufstätige Mütter, die Elisabeth Noelle-Neumann angestellt hat. Sie hat Umfrageergebnisse von 1965 mit jenen von 1979 verglichen und kommt zu eindeutig positiven Ergebnissen für die familiären Auswirkungen von mütterlicher Erwerbstätigkeit. Ein Teil des unveröffentlichten Manuskriptes eines Vortrages über „Berufstätige Mütter“ wurde in der FAZ vom 8. 10. 1979 abgedruckt und verschiedentlich ausgewertet und zitiert, so beispielsweise von Prof. Dr. I. Langer/El Sayed in: Familienpolitik: Tendenzen, Chancen, Notwendigkeiten, Frankfurt/Main 1980.

<sup>19)</sup> G. Steinkamp/W. Stief, Lebensbedingungen und Sozialisation. Die Abhängigkeit von Sozialisationsprozessen in der Familie von ihrer Stellung im Verteilungssystem ökonomischer, sozialer und kultureller Ressourcen und Partizipationschancen, Opladen 1978.

<sup>20)</sup> Frankfurter Rundschau vom 26. 3. 1984, S. 1, Artikel: Arbeitslose Männer verlieren Bedeutung als Vater und Ehemann.



## VII. Was eine realistische Familienpolitik leisten soll

Von dem, was Sozialdemokraten seit Jahren fordern und durch Untersuchungen bestätigt sehen, sind fortschrittliche Konservative gar nicht weit entfernt. So schreibt beispielsweise Warnfried Dettling: „Alternativen *in* der Industriegesellschaft, das bedeutet dagegen: durch kürzere Arbeitszeiten, *Job-Sharing*, mehr Teilzeitarbeitsplätze für Frauen und Männer, mehr Wahlmöglichkeiten zu schaffen; es bedeutet die Chance, unterschiedliche Lebensweisen, Familie und Beruf, miteinander verbinden zu können, so daß sich der Status des Mannes/Vaters nicht allein von seinem Beruf, jener der Frau/Mutter, nicht alleine von Küche und Kindern ableiten müßte — eine Bereicherung vermutlich für Familie und Arbeitswelt.“<sup>23)</sup>

Was alles geschehen müßte, um den Familien in der Bundesrepublik Deutschland zu einer glücklicheren und zufriedenstellenden Existenz zu verhelfen, ist unter unterschiedlichen Aspekten in den vergangenen Jahren häufig dargestellt worden. An den ideologischen Fronten hat sich durch solche Darstellungen nichts geändert. Ich plädiere für folgendes:

1. Politiker sollten die gesellschaftliche Situation möglichst ideologiefrei zur Kenntnis nehmen. Dies bedeutet zuallererst, daß sie von ihrer eigenen Betroffenheit in familienpolitischen Fragen absehen müssen. Diese männlichen „Vertreter des ganzen deutschen Volkes“ sind nämlich nicht die „Norm“ der Gesellschaft, so gern sie es auch wären. Sie sollten offen wahrnehmen, wie sich die Gesellschaft im Laufe der letzten 20 Jahre verändert hat.

2. Daraus ergibt sich, daß diese Politiker, die den „mündigen Bürger“ so gern apostrophieren, doch auch an die mündige Bürgerin denken müßten und schlicht zur Kenntnis zu nehmen hätten, was an empirischen Befunden über die jüngere Frauengeneration in unserer deutschen Gesellschaft ermittelt wurde.

<sup>23)</sup> Warnfried Dettling, a.a.O. (Anm. 3), S. 64.

<sup>24)</sup> Der Forderungskatalog ist in verschiedenen Bundestags-Drucksachen und Untersuchungen niedergeschrieben; ich nenne: Bericht der Enquete-Kommission Frau und Gesellschaft, Drucksache 8/4461; Verbesserung der Chancengleichheit von Mädchen in der Bundesrepublik Deutschland — 3. Familienbericht — Drucksache 8/3121; Erler/Jäckel/Sass, a.a.O. (Anm. 21); Wahl/Tüllmann/Honig/Gravenhorst, a.a.O. (Anm. 11).

Diese Ergebnisse besagen eindeutig, daß stellvertretendes Handeln von männlichen Politikern in Familienfragen nicht erwünscht ist. Die mündige Bürgerin weiß, was sie will: eine gute Schulausbildung, eine Berufsausbildung mit Zukunftsperspektive, sozial abgesicherte Zeiten der Kindererziehung und sichere Rückkehrmöglichkeiten in den Beruf, abgefedert durch flexible Arbeitszeiten. „Mann“ sollte es ihr endlich gewähren.

3. Dies bringt mit sich, daß das politische Handeln in unserer Gesellschaft nach konkreten Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Männer und Frauen verlangt<sup>24)</sup>. Aus allen Untersuchungen ergibt sich, daß die Wünsche, Beruf und Familie zu vereinbaren, für Männer und Frauen den allerersten Rang einnehmen.

4. Aus den drei vorgenannten Punkten folgt schließlich die Hauptforderung an die Politiker: sie müssen endlich und ein und für allemal die Komplexität des Problems „Politik für die Familie“ anerkennen. Da ist es wirklich nicht damit getan, für das erste Lebensjahr eines Kindes Geld auszuschütten, und dies auch nur an Frauen, die während dieser Zeit nicht erwerbstätig sind, denn jeder denkende Mensch weiß, daß Kinder auch über das erste Lebensjahr hinaus Kosten verursachen, Beaufsichtigung brauchen und elterliche Zuwendung nötig haben. In dieser Hinsicht greifen alle jetzt in der Diskussion befindlichen familienpolitischen Maßnahmen zu kurz, weil sie immer nur am Geld ansetzen.

Die Zeiten, in denen man glaubte, mit einer Erhöhung des Kindergeldes oder mit Steuer-manipulationen zugunsten der Familie erstens die Geburtenfreudigkeit, zweitens die Kinderfreundlichkeit in unserer Gesellschaft schlagartig heben zu können, sollten endgültig vorbei sein. Niemand bekommt Kinder, nur wenige scheiden aus ihrem Beruf aus, weil sich dies „rechnet“, denn niemals können staatliche Entlastungsmaßnahmen so bemessen werden, daß eine Familie mit Kindern materiell genauso ausgestattet ist wie eine Familie ohne Kinder. Dies erwartet aber auch kein Ehepaar vom Staat, denn es möchte Kinder nicht haben, um dem Staat und dem Rentensystem wohlgefällig zu sein, sondern aus ganz anderen Gründen.

Männer und Frauen, die sich heute Kinder wünschen, sind bereit, auf manches an Be-

quemlichkeit und materiellem Wohlstand zu verzichten. Was sie nicht möchten, ist, daß ihnen mit der Geburt des ersten Kindes praktisch ein Leben ohne Alternative bis an ihr Lebensende vorgeschrieben wird. Deshalb muß politisches Handeln darauf gerichtet sein, möglichst seismographisch die Komplexität des Problems „Familie“ wahrzunehmen

und so offen darauf zu reagieren, daß Väter und Mütter bessere Möglichkeiten sehen, ihre Berufs- und Familienpflichten miteinander zu vereinbaren. „Keine Angst vor Alternativen“ überschreibt der Berliner Sozialsenator Ulf Fink ein von ihm herausgegebenes Buch. Dies müßte der Appell für eine Familienpolitik der Zukunft sein.

# Liberales Familienpolitik

## I. Grundsätze

Eine Vielzahl von Lebensformen und Ideen wächst nicht aus gleichgeschalteten Menschen, Verhalten und Organisationsformen. Die natürliche Grundlage einer liberalen Gesellschaft ist deshalb die unabhängige Familie. Sie erhält und schafft Pluralismus und Individualität. Totalitäre Gedanken und Philosophien haben deshalb ebenso wie totalitäre Systeme rechts und links versucht, in die Familie hineinzuwirken, um die Freiheit der Ideen zu beschneiden, zu kanalisieren und damit die Individuen zu gängeln. Kommunisten und Faschisten haben deshalb dafür gesorgt, daß die Erziehung möglichst von der Familie entfernt und von staatlichen Institutionen übernommen wird.

Die Familie entsteht aus dem freiwilligen Zusammenschluß von Individuen zum gemeinsamen Wirtschaften und Leben. Die Rechte der Familie gegenüber dem Staat begründen sich aus der Individualität und der Freiheit der Einzelpersonen. Nicht der einzelne und die Familie erhalten ihre Freiheit vom Staat, sondern der einzelne und die Familie übertragen dem Staat bestimmte Aufgaben und Rechte.

Deswegen ist zwar aus liberaler Sicht die Familie durch den Staat zu schützen, viel wichtiger aber ist der Schutz der Familie vor dem Eingriff des Staates. Nur die Eltern setzen ohne fremde Beeinflussung die Wertmaßstäbe und Ziele der Erziehung.

Dieses Elternrecht sehen Liberale weder als das Recht der Eltern über ihre Kinder wie eine Sache, noch hat der Staat den Eltern Vorgaben zu machen. Kinder sind nach liberaler Ansicht Träger eigener, wenn auch noch nicht voller, Persönlichkeitsrechte. Elternrecht ist also aus liberaler Sicht der Schutzzaun der Familie vor Beeinflussung durch Staat und Gesellschaft.

Nur dort, wo gegen die Persönlichkeitsrechte des Kindes verstoßen wird, gibt man — wie jedem Individuum — den Schutz des Grundgesetzes und des Staates.

### 1. Rollenbild und Rollenverständnis

Menschenbild und Rollenverständnis der Menschen in einer Gesellschaft sind ständig

im Wandel. Liberale schreiben weder Rollenbild noch menschliches Verhalten vor. Sie schaffen aber Raum, so daß jeder seinen Vorstellungen und Möglichkeiten nachgehen kann. Begrenzt wird diese Freiheit nur dort, wo der Freiraum des Nächsten in unzumutbarer Form eingeengt wird.

Ohne Festlegung einer bestimmten Rollenverteilung innerhalb der Ehe und zwischen den Ehepartnern geht es aber nicht, auch wenn beide alle Aufgaben partnerschaftlich übernehmen. Dies muß allerdings allein die Sache der Ehepartner bleiben.

Das Ideal der Liberalen ist also weder eine Frau, die nicht erwerbstätig ist und nur Kinder und Haushalt versorgt, noch sehen sie die Gleichberechtigung der Frau vor allem im Betrieb und beruflichen Leben. Sein Leitbild muß jeder selbst setzen können.

Zunehmend wird in isolierten Teilbereichen der Familie und Gesellschaft gedacht, d. h., es wird nach Lösungen für Einzelgruppen gesucht, ohne die Zusammenhänge für die Gesellschaft zu sehen. So schafft man getrennte Freizeiteinrichtungen und Lebensorte für Jugendliche, Erwachsene und Alte. Dies führt zu der Gefahr einer Separierung der Gesellschaft. Jede Altersgruppe, für die getrennt gesorgt wird, die getrennt gehalten wird, entwickelt ein eigenes Bewußtsein. Die daraus entstehenden Probleme sind Probleme einer Klasse, aber nicht mehr die Probleme der Gesamtgesellschaft. Diese Separierung der Gesellschaft ist inhuman, unnatürlich und führt zur Vereinsamung. Notwendige Maßnahmen für einzelne Altersstufen müssen daher auch im Zusammenleben der Generationen gesehen werden. Liberale machen keine Vorschriften oder stellen keine Idealrollen auf. Sie erhalten aber den Freiraum für Selbstbestimmung, damit jeder so leben kann, wie er es sich vorstellt.

### 2. Gesellschaft und Kinder

Eine Gesellschaft ohne Kinder ist inhuman und leer. Der Geburtenrückgang, aber auch geburtenreiche Jahrgänge — können Anpassungsprobleme für Wirtschaft, Beschäftigung,

für das Bildungswesen und für die Systeme der sozialen Sicherheit bringen. Eine gleichmäßige Geburtenentwicklung ist zwar erwünscht, aber aus liberaler Sicht darf die Entscheidung für Kinder nicht durch staatliches Handeln vorgegeben werden.

Auf der anderen Seite haben Kinder herausragende Bedeutung für die Gesellschaft. Deshalb geht es nicht an, daß die Gesellschaft die mit der Erziehung der Kinder verbundenen Leistungen in Anspruch nimmt, ohne sich an den Kosten für diese Leistungen zu beteiligen.

### 3. Familie und Beruf

Die Familie war immer mehr als Mann, Frau und Kinder, selbst noch für unsere Verfassungsväter. Sie war mehr als eine Liebesgemeinschaft; sie war auch ökonomische Grundzelle der Gesellschaft. Ursprünglich fiel der Arbeitsplatz, der Wohnort, der Ort der Kindererziehung von Mann und Frau zusammen. Heute ist dies nur noch in der Landwirtschaft und in einigen Handwerksfamilien der Fall. Die Arbeitsteilung brachte die Trennung dieser Lebensorte und damit Probleme für die Familie und das Zusammenleben von Mann und Frau. Dort, wo diese Trennung noch nicht vorgenommen wurde, übernimmt auch heute noch die Frau gleichberechtigt wichtige Aufgaben, wie z. B. Haushaltsführung, Geldverwaltung und Organisation. In dieser Struktur war es früher und ist es auch heute noch möglich, daß Mann und Frau sich gleichmäßig um die Kindererziehung kümmern.

Liberaler Familienpolitik muß auf diese Entwicklung eingehen, aber immer unter der

Voraussetzung, daß es jedem einzelnen frei überlassen bleibt, wie er sein Leben gestalten, welche Rolle er spielen will. Liberale gestalten deshalb die gesellschaftliche Umwelt so, daß ein Höchstmaß an Freiheit und Flexibilität erreicht wird, um den eigenen Lebensstil selbst zu suchen und zu finden. Der Staat darf keine Lebensform vorschreiben oder bevorzugen. Es sind aber die materiellen Grundlagen zu schaffen oder zu verbessern, daß jeder nach seinem Rollenbild oder Vorstellungen leben kann. Dies gilt vor allem für alleinerziehende Eltern oder neue Formen menschlichen Zusammenlebens.

### 4. Freiräume für die Familie

Die Familien brauchen mehr Freiräume, vor allem für die Kinder. Der finanzielle Freiraum muß über einen Familienlastenausgleich verbessert werden.

Unsere Gesellschaft muß mehr Raum zur Verfügung stellen, wo Kinder oder Familien mit Kindern sich wieder frei bewegen können. Dies gilt besonders in den Kerngebieten unserer Städte, wo zunehmend Freiräume eingegrenzt werden. Wer Freiheit beansprucht, wie Liberale dies tun, muß sich bewußt sein, daß er andererseits dafür mehr Verantwortung übernehmen muß.

Auch der rechtliche Freiraum muß erweitert werden. Es darf nicht sein, daß z. B. Kinderlärm eine Qualitätsminderung von Wohnungen darstellt, wie dies von Gerichten schon festgestellt wurde. Alle gesetzestechnischen Maßnahmen können jedoch Freiräume für Familien nicht schaffen, wenn diese Freiräume nicht emotional dem einzelnen von der Gesellschaft zugebilligt werden.

## II. Maßnahmen:

### 1. Familienlastenausgleich

Familien mit Kindern sind heute in vielfältiger Hinsicht benachteiligt. Da meist nur ein Ehepartner erwerbstätig sein kann, ist das pro Kopf zur Verfügung stehende Einkommen bei Familien mit Kindern wesentlich geringer. Auch die persönliche Freizeit nimmt entsprechend ab. Im Rentenalter steht darüber hinaus ebenfalls meist nur sehr viel weniger Einkommen zur Verfügung.

Eine weitere Benachteiligung erfolgt dann, wenn alte Menschen Pflegefälle werden. Bei

Personen ohne Kinder werden diese Kosten, wenn nötig, von der Sozialhilfe übernommen. Hat jedoch eine pflegebedürftige Person Kinder, so werden sie zu dieser Leistung herangezogen.

Gerade weil heute die Entscheidung für oder gegen Familie und Kinder leichter getroffen werden kann, müssen die Lasten der Familie ausgeglichen werden. Dies kann und darf nicht über Tarifverträge und Einkommen geschehen, sollten Arbeitnehmer mit Familie nicht schlechtere Chancen im Berufsleben haben. Der Ausgleich muß über Steuer oder Transferleistungen erfolgen.

## 2. Familiensplitting

Das Familiensplitting berücksichtigt die Steuerkraft pro Mitglied der Familie. Gleiches pro-Kopf-Einkommen wird steuerlich gleich behandelt. Von dieser Betrachtung her ist es ein sehr gerechtes System. Steuerlich gerechte und vernünftige Lösungen für Alleinerziehende sind einfach. Das Familiensplitting begünstigt aber besonders hohe Einkommen und benachteiligt solche, die mit ihrem Einkommen in der Proportionalzone liegen. Weil unser Einkommenssteuerrecht keinen Unterschied zwischen dem Einkommen macht, das für Konsum verwendet wird und dem Einkommen, das vermögenssteigernd durch Investitionen wirkt, ist eine Umsetzung beim heutigen Einkommensteuerrecht außerordentlich kompliziert und teuer; Ungerechtigkeiten sind nicht oder nur sehr schwer zu beseitigen. Erst bei einem gespaltenen Einkommenssteuerrecht ist Familiensplitting gerecht zu gestalten.

Aber auch dann muß ein Ausgleich geschaffen werden für diejenigen, die wenig oder keine Steuern zahlen, weil für diese Personengruppe kein finanzieller Vorteil aus dem Familiensplitting entsteht. Dieser Ausgleich ist die Transferleistung Kindergeld.

## 3. Kindergeld

Liberales sind für gleiches Kindergeld. Die bisherige Gestaltung entspricht nicht diesen Vorstellungen. Gerade für das erste Kind bekommt man den geringsten Betrag, obwohl es die höchste Belastung bringt. Dazu kommt meist der Wegfall eines Einkommens. Deswegen sind Liberale für eine kräftige Anhebung des Erstkindergeldes.

Viele Paare wollen mehr Kinder, aber beim ersten sehen sie die Einengung der Freizeit und vor allem die Reduzierung ihres Lebensstandards. Soziologen sprechen vom Erstkinderschock. Der Wunsch nach dem zweiten Kind wird also unterdrückt. Auch deswegen ist eine Anhebung des Erstkindergeldes geboten. Die zur Zeit geltenden Einkommensgrenzen sind ein Notbehelf, der aus der knappen Finanzlage begründet ist. Einkommensgrenzen sind aber bürokratisch und ungerecht für diejenigen, deren Einkommen an eine derartige Grenze kommt. Sie müssen wesentlich mehr verdienen, um das gleiche Nettogehalt zu erhalten, als lägen sie knapp unter dieser Einkommensgrenze.

## 4. Versteuertes Kindergeld

Die Versteuerung des Kindergeldes — wie übrigens aller Transferleistungen — kann ein Ausweg sein. Die Steuer berücksichtigt Leistungsprinzip und Leistungsfähigkeit besser als Einkommensgrenzen ohne Bürokratie, ohne Ungerechtigkeit bei den Übergängen. Wer wenig verdient, hat viel vom Kindergeld, wer viel verdient, bekommt dagegen weniger. Das geht aber nur über eine Finanzamtslösung. Selbst bei dem geringen Betrag von 5 Milliarden DM, die der Finanzminister für Familienlastenausgleich mehr als heute ausgeben will, kann bei einem versteuerten Kindergeld 180 DM für das erste und zweite Kind und 300 DM für das dritte und jedes weitere Kind ausbezahlt werden.

Gerade wenn man einmal zu einem gespaltenen Einkommensteuerrecht mit Familiensplitting für das Konsumeinkommen und Ehegattensplitting für Einkommen durch Vermögenssteigerungen kommen sollte, bildet die Kombination mit versteuerten Transferleistungen einschließlich Kindergeld eine ideale Ergänzung. Manipulationen mit Abschreibungen zur Erlangung von Sozialleistungen sind dann nicht mehr denkbar. Darüber hinaus werden Einblicke in wirtschaftliche Zusammenhänge und Notwendigkeiten deutlicher sichtbar.

## 5. Kinderbetreuungszuschlag

Die F.D.P. ist für einen Zuschlag zum Kindergeld. Dieser entwickelt dann den heutigen verlängerten Mutterschaftsurlaub auch hin zu einem Erziehungsgeld. Im Gegensatz zu anderen Vorstellungen — Mutterschaftsurlaub nur für Berufstätige — oder: Erziehungsgeld nur für Mütter, die nicht erwerbstätig sind — sollte der Zuschlag nach liberalen Vorstellungen unabhängig gezahlt werden, ob Mutter oder Vater des Kindes berufstätig sind. So wird auch nicht durch die Hintertür über eine finanzielle Leistung ein Rollenbild vorge-schrieben.

## 6. Erziehungszeiten in der Rentenversicherung

Zum Familienlastenausgleich gehört darüber hinaus ein Ausgleich für fehlende Beitragszeiten in der Rentenversicherung. Mindestens ein Jahr sollte für die Erziehung eines Kindes aus Steuermitteln gutgeschrieben werden. Wegen der finanziellen Lage könnte das auch in Stufen erfolgen.

## 7. Bafög für gleiche Startchancen

Um Jugendlichen für ihr Leben annähernd gleiche Startchancen zu gewähren, bedarf es der individuellen materiellen Unterstützung. Es ist für eine liberale Gesellschaft unerträglich, wenn Jugendliche auf Grund ihrer sozialen Herkunft in ihren Entwicklungsmöglichkeiten eingeschränkt werden. So ist die Unterstützung nach dem Bafög in der bestehenden Regelung für die Studenten den Kosten der Lebenshaltung anzupassen. Auch Schüler müssen Zuschüsse erhalten, wenn die Gefahr besteht, daß sie wegen mangelnder Finanzkraft der Eltern ihre Schulausbildung frühzeitig abbrechen müssen.

Liberaler erwarten von gleichen Startchancen nicht eine gleiche Gesellschaft, wie dies manche erhoffen, andere befürchten. Wegen der Individualität der Menschen bleiben bei gleichen Startchancen auch wieder unterschiedliche Menschen.

## 8. Wohnverhältnisse

Das heutige Mietrecht wurde mit besten Absichten geschaffen, um sozial Schwache zu schützen. Es wirkt sich aber oft gegen die zu Schützenden aus. Weil der Markt nicht mehr funktioniert, haben wir ein Zweiklassen-Mietrecht. Diejenigen, die lange genug in einer Wohnung leben, zahlen geringe Mieten, neue Mietverträge bringen aber hohe Belastungen. Davon sind vor allem junge Familien mit Kindern betroffen. Sozialer Wohnungsbau hilft wenig. Zu hohe Belastungen müssen deshalb über Wohngeld ausgeglichen werden.

## 9. Zusammenleben der Generationen

Auch heute gibt es noch vielfach den Wunsch, daß mehr als eine Generation zusammenleben will. Das ist ohne große Probleme vor allem im Eigenheim möglich und bringt Vorteile für Alt und Jung. Die Frau ist nicht so sehr an das Haus gebunden, die Großeltern können die Betreuung der Kinder mit übernehmen. Für die Erziehung der Kinder ist es von Vorteil, wenn sie das Zusammenleben der Generationen erfahren. Für die älteren Menschen ist es meist humaner, in der Familie zu leben als in Heimen. So bleibt oft auch die Selbständigkeit in höherem Lebensalter erhalten. Nicht zuletzt ist es auch billiger für die Gesellschaft.

Aber diese Lebensform ist durch die Wohngesetze benachteiligt. Bei der Förderung des Einfamilienhausbaues werden diejenigen be-

straft, die ihre Eltern aufnehmen wollen. Sie werden nur als „weitere Person“ in den Freibeträgen behandelt, d. h. wie Kinder.

Schon eine kleine Rente kann bewirken, daß eine Förderung wegfällt. Damit werden alte Menschen geradezu in Heime gedrängt. Die Gesetze sind deshalb dahin gehend zu ändern, daß Eltern, die ins Eigenheim aufgenommen werden, den gleichen Freibetrag erhalten wie der Ehepartner.

## 10. Freiräume für Kinder und Jugendliche

Für Kinder und Jugendliche ist kaum noch Platz in unseren Städten. Die F.D.P. fordert deshalb kindgerechte Spiel- und Abenteuerplätze und Spielmöglichkeiten in verkehrsberuhigten Zonen. Sie müssen aber so ausgestaltet sein, daß sie attraktiv für die ganze Familie sind. Familienspielplätze beugen der Gefahr der Separierung der Generationen vor.

Viel Freiraum geht auch verloren durch ein übertriebenes Sicherheitsbedürfnis. An vielen Orten ist das Betreten nur deshalb verboten, weil der Eigentümer das Haftungsrecht bei etwaigen Unfällen der Kinder fürchtet. Wer mehr Freiheit haben will, muß auch bereit sein, mehr Verantwortung für sein eigenes Tun zu übernehmen. Wer im Falle eines Schadens immer bei anderen die Ursachen sucht, Haftungsansprüche geltend macht, wer von einer Gesellschaft eine absolute Gerechtigkeit fordert, gibt Freiheit ab. Dies gilt für alle Bereiche menschlichen Handelns. Freiheit ohne Verantwortung gibt es nicht.

Eine Änderung des Haftungsrechts könnte Freiräume zurückbringen.

## 11. Jugendpolitik

Der Zeitraum, in dem man Jugendlicher ist, ist zeitlich sehr kurz. Es ist die Zeit — um in einem Bild zu sprechen — in der man aus dem Kinderzimmer ins Wohnzimmer geht. Aufgabe der Erwachsenen und auch der Politik ist es, jungen Menschen über „die Türschwelle“ zu helfen, damit sie sich im Leben als Erwachsener zurecht finden.

Jugendpolitik im engeren Sinn ist Politik für Erzieher und Jugendfunktionäre. Junge Leute interessieren sich dafür kaum. Sie interessieren sich — Gott sei Dank — mehr für ihre Zukunft. So ist es kein Wunder, daß sie Probleme wie Rechts-, Sicherheits-, Umwelt-, Wirtschaftspolitik mehr ansprechen. So gese-

hen ist Jugendpolitik nicht die Aufgabe der Jugendpolitiker, sondern die Aufgabe aller Politikbereiche und damit aller Politiker. Wer Jugendpolitik allein durch Detailregelungen lösen will, wird den Problemen nicht gerecht.

Junge Leute haben Angst, daß alles geregelt ist, sie eine Welt übernehmen müssen, die ihnen nicht gefällt, eine Welt, die sie nicht mehr oder nur schwer ändern können.

Aufgabe der Erwachsenen, nicht nur der Politiker ist es, zu zeigen, daß es in wenigen Jahren die heutige Jugend ist, die die Welt von morgen gestalten wird. Dazu sind Freiräume zu schaffen, daß dies wieder leichter möglich und vor allem sichtbar wird. Hauptaufgabe der Jugendpolitik ist das Öffnen von Zukunftsperspektiven, aber nicht auf dem Weg über ein fertiges Rezept, sondern als Möglichkeit, eigene Rezepte neu zu entwickeln und dann auch gestalten zu können.

## 12. Familie und Beruf

Die F.D.P. geht von einem Bild der partnerschaftlichen Familie mit den Grundlagen der Gleichberechtigung und der Freiheit von Rollenzwängen aus. Das erfordert gleichberechtigten Zugang von Männern und Frauen zu allen Berufen und ein erweitertes Angebot an Fortbildungsmaßnahmen, gerade auch zur Verbesserung der Beschäftigungschancen nach einer familienbedingten Berufsunterbrechung.

Nicht starre Vorschriften über die Wochenarbeitszeit, sondern flexible Arbeitszeiten, auch in qualifizierten Berufen, werden den Anforderungen der Familie gerecht.

## 13. Familienplanung und Bevölkerungspolitik

Es ist das Recht der Eltern, die Zahl ihrer Kinder selbst zu bestimmen. Dazu bedarf es eines ausreichenden und pluralistischen Beratungsangebots für Familienplanung sowie für Erziehungs- und Partnerschaftsprobleme. Es ist die Aufgabe der Familienpolitik, die soziale Notlage schwangerer Frauen zu beheben, um Schwangerschaftsabbrüche aus wirtschaftlichen Gründen zu verhindern. Die bestehende Regelung von § 218 muß erhalten bleiben, genauso wie die Erstattungsfähigkeit der Kosten eines legalen Schwangerschaftsabbruchs durch die Krankenkassen.

Die F.D.P. lehnt Familienpolitik als Bevölkerungspolitik ab. Die Entscheidung für Kinder

muß die höchstpersönliche Entscheidung zweier Menschen bleiben. Sie darf aus liberaler Sicht nicht durch staatliches Handeln bestimmt werden. Familienpolitik kann aber dazu beitragen, daß die Geburtenentwicklung gleichmäßiger verläuft und zu starke Schwankungen in der Vergangenheit geglättet werden. Damit werden daraus folgende Probleme entschärft. Keinesfalls darf aber von einem sterbenden Volk gesprochen werden. Deutschland ist dicht genug besiedelt. Selbst im Dritten Reich, als man von einem Volk ohne Raum sprach, war das Gebiet der Bundesrepublik halb so dicht besiedelt.

Mit den Folgen des Bevölkerungsaufbaus um die Jahrtausendwende, vor allem für die Rentenpolitik, werden wir leben müssen. Auch eine Maschinen- oder Wertschöpfungssteuer löst das Problem nicht, sondern verschleiert es nur, weil damit der ungünstige Bevölkerungsaufbau — das Verhältnis von Rentnern zu Erwerbstätigen — nicht geändert werden kann.

## 14. Frauenpolitik

Die Situation der Frau wird gerne im Bereich der Familienpolitik abgehandelt. Dies wird den Problemen der Frau nicht gerecht. Familienpolitik aus liberaler Sicht kann immer nur Männer und Frauen gemeinsam und gleichberechtigt ansprechen.

Politik für die Frau ist verknüpft mit den allgemein gültigen Persönlichkeitsrechten aller gleichberechtigt lebender Menschen, unabhängig von Geschlecht, Alter, Rasse, Klasse, Religion oder sonstigen Merkmalen.

Das gilt selbstverständlich auch für Jugendpolitik, soweit es sich um deren Persönlichkeitsrechte handelt und nicht um das „über die Schwelle helfen“ wie im Kapitel Jugendpolitik beschrieben.

## 15. Minderheiten und Randgruppen

Detailregelungen und Lösungen für einzelne Probleme und Problemgruppen in der Familienpolitik bergen nicht nur die Gefahr der Separierung der Gesellschaft; Sonderregelungen sind auch eine Gefahr für Sonderformen von Familienzusammenschlüssen. Alleinerziehende, Großfamilien in ursprünglicher und moderner Ausprägung werden erst zu Randgruppen, wenn sie als solche behandelt werden.

Gesetze sind erst dann gut, wenn niemand durch allgemein gültige Regelungen benach-

teilt wird und damit Sonderregelungen für bestimmte Gruppen nötig werden.

Niemand weiß, welche Minderheiten von heute die Mehrheit von morgen ist. Eine liberale Gesellschaft gibt Raum für Wandel und ist offen für Experimente.

Für das Verständnis von liberaler Gesellschafts- und Familienpolitik und damit auch für Randgruppen sind weniger konkrete Rezepte und Programme nötig, sondern die liberalen Grundsätze, aus denen die Triebkräfte für liberales Handeln kommen.



Michael Opielka

## Familienpolitik ist „Neue-Männer-Politik“

### Überlegungen zu einer ökologischen Familienpolitik

Wer sich mit dem Thema Familie und mit der Aufgabe beschäftigt, die die Politik zu ihrer Förderung zu erfüllen hätte, kann zwei Ansätze wählen: Für den ersten gilt die um die (monogame) Ehe gruppierte Familie als „Keimzelle der Gesellschaft“, aus der heraus Mann und Frau um die Erfüllung der vier „Grundfunktionen“ der Familie bemüht sein sollen: die Legitimierung sexueller Beziehungen, die wirtschaftliche Versorgung im Rahmen eines Haushalts, die Erzeugung und die Sozialisation des Nachwuchses. Je nach politischer Herkunft wird die dabei bestehende geschlechtliche Aufgabenteilung entweder als „natürlich“ bezeichnet oder man plädiert für eine „Gleichstellung“ der Frauen; dies bedeutet, daß sie *zusätzlich* die Aufgaben der Männer (vor allem im Erwerbsleben) übernehmen können oder sollen. Sämtliche Vertreter/-innen dieses Ansatzes stellen jedoch die Arbeitsteilung nach Geschlecht, die Herrschaft der Männer über die Frauen und ihre Gebärfähigkeit — also das Patriarchat — nicht grundsätzlich in Frage. Dieser Ansatz ist der heute herrschende.

Der zweite Ansatz sieht die Familie eher als „Gefängniszelle der Gesellschaft“ und stellt deshalb die bekannten Institutionen Ehe und Familie erst einmal radikal zur Diskussion. Er versucht, die Geschichte der Familie aus der Geschichte des Patriarchats zu lesen, um damit zu Folgerungen für heutige Familienpolitik zu gelangen. Dieser Ansatz wurde im wesentlichen durch die feministische und ökologische Kritik an Herrschaftsverhältnissen in

Familie, Gesellschaft, über Frauen und Natur entwickelt. Seine Perspektive ist die Suche nach Lebensformen, die jedem Menschen, unabhängig von Geschlecht, Alter und Herkunft, am meisten entsprechen.

Mit dem vorliegenden Beitrag soll der Versuch unternommen werden, diesen zweiten Ansatz 1. durch einen Blick auf die Wurzeln des Patriarchats anzudeuten, um damit 2. den „Preis“ der herrschenden Familienform für alle Beteiligten erfassen zu können. Die Konfrontation mit der regierungsamtlichen Familienpolitik „Neuer Mütterlichkeit“ macht vielleicht die unter 3. skizzierte Perspektive einer ökologischen Familienpolitik, als Teil einer umfassenden ökosozialen Politikalternative, plausibel: ihr oberstes Ziel ist die (Wahl-)Freiheit für alle Rollen und Tätigkeiten: eine radikale Perspektive gewiß, zu der erste Schritte diskutiert werden.

Vorneweg möchte ich noch persönlich anmerken, warum ich als Mann über Familie und gegen das Patriarchat schreibe: ich bin mittlerweile fest davon überzeugt, daß die Überwindung des Patriarchats auch für uns Männer notwendig ist. Ich möchte mich hier Ernest Bornemann, der die verdienstvollste männliche Arbeit über das Patriarchat verfaßte, anschließen: „Die Tragödie des Patriarchats ist nicht nur die Selbstzerstörung des Mannes als Resultat seines Versuches, die Frau zu seiner Sklavin zu machen, sondern die Zerstörung des weiblichen Bewußtseins seiner selbst“. <sup>1)</sup>

## I. Warum die patriarchale Familie das Ende verdient

### 1. Die Familie als letzte Bastion gegen die totale Erfassung?

Ihre erstaunliche Langlebigkeit scheint die Familie ganz spezifischen Grundcharakteri-

stika zu verdanken: „Die Vorteile der institutionalisierten Familienform gegenüber anderen Kooperationsformen liegen nicht allein in den Leistungen, die sie für die Gruppenmit-

---

Für die Anregungen und Hilfe danke ich Heidrun Stalb, Waltraut Schoppe und Anne Klein.

---

<sup>1)</sup> E. Bornemann, Das Patriarchat. Ursprung und Zukunft unseres Gesellschaftssystems, Frankfurt 1979, S. 542.

glieder erbringt und auch nicht allein in den Leistungen, die sie für die Gesellschaft erbringt. Der evolutionstheoretische Vorteil muß gerade in der Verknüpfung beider Leistungsmomente gesehen werden.<sup>2)</sup> In der Familie verwirklichte sich dabei das Bedürfnis der Einzelmenschen nach Intimität, Privatheit, Schutz, nach personaler Beziehung in besonders glücklicher Weise.

Gerade diese Funktion in der Familie als Hort des Privaten, als Schutzraum vor der kalten Rationalität der Industriegesellschaft, scheint der Grund für das derzeit wieder erstarkende Interesse an Familie zu sein<sup>3)</sup>. Es soll hier keineswegs bestritten werden, daß die Familie auch Vorzüge besitzt. Wer mit den Extremen sozialen Lebens Erfahrungen gemacht hat, beispielsweise in Psychiatrie und Heimerziehung, der weiß, daß selbst katastrophale Familienverhältnisse besser sind als keine, als die isolierte Existenz in einer Massengesellschaft. Und wie wir wissen, bietet die moderne Familie durchaus auch Chancen der Persönlichkeitsentfaltung, Individualisierung und Emanzipation, die in früheren Zeiten den Frauen und den Massen verschlossen waren.

## 2. Die Geschichte der Familie ist die Geschichte patriarchaler Herrschaft über Frauen und Natur — oder: die ökologische Krise beginnt bei der Geburt

Die Kritik des Patriarchats als Grundmuster der Mann-Frau-Beziehungen und der Familie kann helfen, zu den Ursprüngen des gesellschaftlichen Fehlwegs vorzustoßen, mit dessen potentielltem Ende wir derzeit konfrontiert sind: der weltweiten Selbstvernichtung der Menschheit, sei es durch militärische Aggressionen oder sei es durch die Zerstörung der natürlichen Grundlagen menschlicher Existenz. Erst vor dieser Folie läßt sich mit Ernsthaftigkeit bedenken, wohin die familiäre Gesellungsform weiterentwickelt werden soll. Diese Folie wurde von der französischen Feministin Françoise d'Eaubonne auf den Begriff des „Öko-Feminismus“ gebracht:

„Praktisch jeder weiß heute, die beiden unmittelbar tödlichsten Bedrohungen sind die

Überbevölkerung und die Zerstörung der Rohstoffquellen; schon weniger Personen wissen allerdings um die Verantwortlichkeit des männlichen (und nicht kapitalistischen oder sozialistischen) Systems für diese beiden Gefahren, nur sehr wenige haben aber bisher entdeckt, daß *beide* Bedrohungen die logische Folge von einer der *beiden* parallelen Entdeckungen sind, die vor fünfzig Jahrhunderten den Männern die Macht gegeben haben: ihre Möglichkeit, die Erde zu befruchten wie die Frauen, und ihre Teilnahme am Akt der Zeugung“<sup>4)</sup>.

Der Beginn des Patriarchats wird in dieser Perspektive in der *Vermännlichung der Mutter-Kind-Beziehung* gesehen:

„Das Recht ... geht auf einen historischen Urakt zurück: die Negation der Natur. Der natürliche Vorgang, der hier negiert wird, ist die Geburt. Die Frau weiß stets, daß das Kind, welches sie soeben geboren hat, ihr eigenes ist; der Mann dagegen kann seiner Vaterschaft nie sicher sein. Das Patriarchat konstituiert sich mit der Deklaration des Mannes, daß dieser Zustand hiermit aufzuheben habe“<sup>5)</sup>.

Jene „putschartige Machtergreifung knapp vor Beginn der geschichtlichen Zeit“<sup>6)</sup> durch das männliche Geschlecht stellt damit die *erste Stufe der Enteignung der Frauen um ihre Gebärfähigkeit* dar: Mit der Einführung des „Vaterrechts“ gebaren die Frauen nicht mehr ihre eigenen, sondern die Kinder des Mannes. Dies war die soziale und kulturelle Grundstruktur, in der Familie fortan mit verschiedenen Gesichtern herausgebildet werden konnte.

## 3. Vom „Eigensinn“ beim Kinderkriegen zur staatlichen Bevölkerungspolitik

Auf die Frage „Kinder oder keine, wann und wie viele?“ fanden die Menschen nie „natürliche“ Antworten. Vielmehr zeigt ein Blick in die Geschichte, daß die Aufzucht von Kindern „immer eine soziale Entscheidung erfordert, gleichgültig, ob sie dem Interesse des einzelnen entspricht oder ob sie ihm durch das jeweils in der Gesellschaft dominierende Interesse aufgeherrscht wird“<sup>7)</sup>. Bis ins Mittelal-

<sup>2)</sup> A. Herlth/F.-X. Kaufmann, Zur Einführung: Familiäre Probleme und sozialpolitische Intervention, in: F.-X. Kaufmann (Hrsg.), Staatliche Sozialpolitik und Familie, München-Wien 1982, S. 3.

<sup>3)</sup> Z. B. F. Mount, Die autonome Familie. Plädoyer für das Private, Weinheim-Basel 1982; B. Berger/P. L. Berger, In Verteidigung der bürgerlichen Familie, Frankfurt 1984, S. 202.

<sup>4)</sup> F. d'Eaubonne, Feminismus oder Tod. Thesen zur Ökologiedebatte, München 1975, S. 183; vgl. auch die Beiträge in R. Bahro, Pfeiler am anderen Ufer, Berlin 1984.

<sup>5)</sup> E. Bornemann, (Anm. 1), S. 13 f.

<sup>6)</sup> Ebd., S. 534.

<sup>7)</sup> G. Heinsohn/R. Knieper/O. Steiger, Menschenproduktion. Allgemeine Bevölkerungslehre der

ter, solange die agrarische Wirtschaft dominierte, bestimmte sich die Zahl von Kindern, die geboren werden und überleben sollten, nach dem individuellen ökonomischen Kalkül, wobei nur ansatzweise rekonstruiert werden kann, wie sie diese Steuerung der „Menschenproduktion“ im einzelnen verwirklicht haben: ein großer Teil des damaligen Wissens über Verhütung und Abtreibung, aber auch über die Praktiken des Kindermordes und der Kindesaussetzung wurde nicht schriftlich überliefert. Soweit Quellen vorliegen, ist gleichwohl ablesbar, daß die mittelalterlichen Frauen über eine Vielzahl von Praktiken zur Verhinderung des Kinderkriegens verfügten, um ihr Interesse an einer Begrenzung der Kinderzahl durchzusetzen. Allerdings verfügten die Frauen weder über ihren Körper noch über ihre Gebärfähigkeit. Die letzte Entscheidung über Leben und Tod des Kindes hatte nämlich seit jener ersten Stufe der Enteignung der Frauen um ihre Gebärfähigkeit durch die Einführung des Vaterrechts, der Hausvater.

Die *zweite Stufe der Enteignung der Frauen um ihre Gebärfähigkeit* läßt sich auf den Zeitraum zwischen dem 15. und dem 18. Jahrhundert datieren. Der Bevölkerungsrückgang in Europa seit dem 14. Jahrhundert aufgrund sich verschlechternder wirtschaftlicher Bedingungen, neue Theorien, denen zufolge der Reichtum eines Staates direkt und unmittelbar mit der Größe seiner Bevölkerung zusammenhänge, das Interesse der absolutistischen Fürsten an Auffüllung der neuen Manufakturen und Fabriken mit Arbeitskräften, an neuen Soldaten und Beamten, und die Interessen der Kirche, ihre schon früher formulierte Ablehnung von Verhütung, Abtreibung und Kindermord endlich durchzusetzen — alle diese Faktoren wendeten sich gegen den „Eigensinn“ der Bevölkerung in Nachwuchsfragen und forderten eine Unterordnung der Bevölkerungsproduktion *entgegen* dem individuell-ökonomischen Kalkül der Eltern. Diese zweite Stufe der Enteignung wurde durch ein Ereignis eingeläutet, das heutzutage dem „finsternen Mittelalter“ zugerechnet wird: durch die zwischen dem 15. und 18. Jahrhundert erfolgte Folterung und Ermordung von Frauen — legitimiert als „Hexen-

Neuzeit, Frankfurt 1979, S. 12; für diesen Abschnitt habe ich weiterhin mehrfach auf den sehr lesenswerten Beitrag der Feministinnen A. Wetterer/G. Walterspiel, *Der weite Weg von den Rabenmüttern zu den Wunschkindern*, in: M. Häussler u. a., *Bauchlandungen. Abtreibung, Sexualität, Kinderwunsch*, München 1983, S. 15—57 zurückgegriffen.

verfolgung“. Mit den „Hexen“ wurde „eine Blüte mittelalterlicher Naturwissenschaft, das physikalische und chemische Instrumentarium für die Geburtsheilkunde und vorrangig für die Schwangerschaftsverhütung und Fruchtabtreibung zerstört“<sup>8)</sup>. Neben diesem Massenmord gelang es den Staaten durch ein ganzes Bündel von juristischen, praktischen (z. B. Ersetzen der Hebammen durch männliche Ärzte) und polizeilichen Maßnahmen die Bevölkerungszahl „in den Griff“ zu bekommen. „Aus der Gebärfähigkeit war der polizeilich überwachte Gebärzwang geworden!“<sup>9)</sup> Der Gebärzwang wurde nun als „natürliche Fortpflanzung“ ausgegeben...

Im 17. und 18. Jahrhundert stellten sich nach den ersten Erfolgen der Menschenvermehrungspolitik große Probleme ein, da die Kinder zumeist nicht lange lebten: Findelkinder und das Ammenwesen waren weit verbreitet und führten zu einer extrem hohen Säuglingssterblichkeit, die den Staat zur nächsten ideologischen Offensive auf die Frauen blasen ließ: die „natürliche Mutterliebe“ wurde entdeckt und kräftig propagiert. Kinder sollten nicht ausgesetzt und selbst gestillt werden. Die „Mutterliebe“ stellte man gleichzeitig gegen die „sinnliche Befriedigung des Weibes“. Lustvolle Sexualität wurde aus dem weiblichen Geschlechtscharakter herausdefiniert: Geschlechtsverkehr sollte nur der Empfängnis, die Brüste nur der Säuglingsernährung dienen.

Es ist allerdings anzunehmen, daß diese Beherrschung der inneren Natur der Frauen kaum hätte durchgesetzt werden können, wenn nicht der Handlungsspielraum der Frauen durch die gleichzeitigen wirtschaftlichen Veränderungen wesentlich zusammengeschumpft wäre.

#### 4. Die Industrialisierung und die Entstehung einer sexistischen Ökonomie

In den vorindustriellen Epochen besaßen die Frauen im Rahmen der Hauswirtschaft eine gewisse Selbständigkeit. Es gab auf der Basis von Alter, Geschlecht und Stellung in der Familie eine ausgeprägte Arbeitsteilung *innerhalb* der Familie, doch bestand kaum eine Trennung *zwischen* der Familie einerseits und der Welt der Warenproduktion andererseits, zumindest nicht bis zum 19. Jahrhundert.

<sup>8)</sup> G. Heinsohn u. a., (Anm. 7), S. 15.

<sup>9)</sup> A. Wetterer/G. Walterspiel, (Anm. 7), S. 32.

In der städtischen Bevölkerung des 16. Jahrhunderts begann sich die einschneidende Veränderung des Alltagslebens durchzusetzen, die später den Industrialismus kennzeichnen sollte: Der Bereich der Berufsarbeit wurde aus dem Bereich des Wohnens und Haushaltes ausgegrenzt; die Einheit des „ganzen Hauses“, unter dessen Dach Produktion und Verbrauch zugleich stattfanden, wurde aufgelöst<sup>10)</sup>. Mit der Durchsetzung der Industrialisierung wurde dies zum massenhaften Prozeß. Nur im Bereich der Landwirtschaft und des Handwerks blieb die alte Einheit des „ganzen Hauses“ erhalten.

Die Grundprozesse der Warenproduktion wurden mit der industrialistisch-kapitalistischen Entwicklung tendenziell vergesellschaftet — damit wurde die materielle Produktion in ihre vergesellschaftete Form (den Bereich der Warenproduktion) und die überwiegend von Frauen im Haus verrichtete private Arbeit *aufgespalten*. Die Trennung von Beruf und Haushalt führte zu einer neuen und außerordentlich rigiden geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung.

Hier ist die Geburt der modernen Familie anzusiedeln. Für die Frauen, die ihre Funktion der vorindustriellen Produktion verloren hatten, brachte der Prozeß der Industrialisierung, unterstützt durch eine gleichzeitig zunehmende staatsbürokratische und wissenschaftliche Kontrolle (Bevölkerungspolitik, Medizin, Pädagogik, Psychologie), eine Reduktion auf ihre technisch nicht ersetzbare Funktion: zu gebären und Mutter zu sein. Durch die Anbindung ans Haus wurde sie aus der Geldwirtschaft ausgeschlossen. Als Folge verfiel die verbleibende weibliche Hausarbeit als unbezahlte und daher ökonomisch unsichtbare Arbeit und die weibliche Erziehungsarbeit als private, nicht-professionelle Arbeit völliger

Abwertung. Sie wurde zur „Schattenarbeit“.<sup>11)</sup> Hausarbeit verblieb also auf der elementaren Ebene von Arbeit, die den Lebensnotwendigkeiten, dem individuellen Überleben wie dem Fortbestehen der Gattung diene; als *Sorge-Arbeit* schafft sie kaum Bleibendes, kaum produziert, ist ihr Resultat bereits wieder verbraucht<sup>12)</sup>.

Was in den Blick kommen muß, ist die deshalb *gesamtgesellschaftliche Produktion*. Die aktuellen Tendenzen des Zusammenhangs von Hausarbeit und Ökonomie deuten mit Macht auf die Notwendigkeit einer Inblicknahme der gesamtgesellschaftlichen Arbeit hin: Claudia von Werlhof hat mit Blick auf die Weltökonomie und -bevölkerung den Anteil der „weiblichen“ Arbeit — die nicht nur von Frauen, sondern auch von anderen marginalen Gruppen getan wird — sehr hoch veranschlagt:

„Nicht 10 % freie Lohnarbeiter, sondern 90 % unfreie Nichtlohnarbeiter sind die Säule der Akkumulation und des Wachstums, sind die wahren Ausgebeuteten, sind die wahren ‚Produzenten‘, sind die ‚Norm‘, der allgemeine Zustand, in dem sich der Mensch im Kapitalismus befindet. Und das steht zu seinem Entsetzen nun auch dem Proletarier ganz real bevor.“<sup>13)</sup>

Angesichts von Weltwirtschaftskrise und Kriegsgefahr scheint derzeit eine neue Phase kapitalistischer Entwicklung anzustehen, in der die „freie“ Lohnarbeit westlicher Prägung weitgehend abgeschafft zu werden droht. Die neuen Formen der Lohnarbeit — vorexerziert in den Ländern der Dritten Welt — sind „weiblich“: „unfrei“, keine permanente Beschäftigung, Niedrigstlohn, keine Rechte, kein Aufstieg usf. Claudia von Werlhof analysiert deshalb eine Tendenz zur „Hausfrauisierung der Arbeit“. Ihre Auswirkungen auf die Familien sind unabsehbar.

## II. Welchen Preis die Familie heute fordert

Wenn nun der Blick auf die konkrete Familiensituation in der Bundesrepublik gerichtet wird, dann müssen die aktuellen Krisenphänomene vor dem Hintergrund der patriarcha-

lisch-industrialistischen Geschichte gedeutet werden. Ein ziemlich komplexes Unterneh-

<sup>10)</sup> Vgl. H. Rosenbaum (Hrsg.), Seminar: Familie und Gesellschaftsstruktur. Materialien zu den sozioökonomischen Bedingungen von Familienformen, Frankfurt 1980.

<sup>11)</sup> Vgl. grundlegend J. Illich, Genus, Frankfurt 1983.

<sup>12)</sup> vgl. H. Arendt, Vita Activa oder Vom tätigen Leben, München 1983<sup>3</sup>.

<sup>13)</sup> C. v. Werlhof, Der Proletarier ist tot. Es lebe die Hausfrau?, in: M. Opielka/M. Schmollinger/A. Fohmann-Ritter (Hrsg.), Die Zukunft des Sozialstaats (Band I), Stuttgart 1984<sup>3</sup>, S. 147; Zu diesem Themenkomplex vgl. auch zwei Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, 9/10, „Neue Verhältnisse in

men, das auch hier nur ansatzweise versucht werden soll, und womöglich am Ende mehr Fragen offen läßt ...

### 1. Der Preis der sexistischen Arbeitsteilung

Die Diskussion um das Verhältnis von Erwerbstätigkeit und Familie war in der Vergangenheit dadurch bestimmt, daß sie auf ein „Frauenproblem“ verengt wurde. In dieser verkürzten Sichtweise wird das Problem der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsleben/Beruf als ein wesentlich von Frauen zu lösendes Problem gesehen. Selbst in Phasen der Vollbeschäftigung wird ihre Rolle als Hausfrau und Mutter nie grundsätzlich in Frage gestellt, die Berufsrolle kommt lediglich *hinzu*<sup>14)</sup>.

Im Unterschied zu den Trends in anderen hochindustrialisierten Ländern ist die Frauenerwerbsquote in der Bundesrepublik erheblich langsamer gestiegen und lag 1982 bei 51 % der 15—65jährigen Frauen (zum Vergleich: Männer 83 %). Diese geringe Frauenerwerbsquote geht einher mit einem geschlechtsspezifischen Arbeitsmarkt, der Frauen tendenziell minderqualifizierte, prekäre, schlechter bezahlte Tätigkeiten zuweist und sie, wie aktuelle Daten belegen, deutlich häufiger in die Erwerbslosigkeit treibt.

Ein Blick nach Schweden, dem Land, das bislang am ehesten ein „gleichstellungspolitisches Gesamtkonzept, das die Berufs- und Familienrolle beider Eltern beinhaltet... entwickelt und ansatzweise realisiert“<sup>15)</sup> hat, zeigt das patriarchale Dilemma. So lauten die Schlußsätze aus einer neueren internationalen Vergleichsstudie zur Vereinbarkeit von Haus- und Berufsarbeit:

„Selbst hier zeigt sich, daß das faktische Verhalten von Eltern, vor allem von Vätern, hinter dem damit angestrebten Modell symme-

trischer Familien- und Berufsrollen für beide Geschlechter ‚nachhinkt‘. Dies ist nicht allein darauf zurückzuführen, daß die Entwicklung in den einzelnen Politikbereichen unterschiedlich fortgeschritten und insgesamt noch ungenügend ist, sondern vor allem auch auf die zähe Tradition der geschlechtsspezifischen Rollenerwartungen und -zuweisungen im Bewußtsein von Männern und Frauen — eine Barriere, die abzubauen weit über die Funktion und Wirkungsmöglichkeiten der hier diskutierten politischen Interventionsbereiche und Steuerungsinstrumente hinausgeht.“<sup>16)</sup>

Dieses bemerkenswerte Fazit über die Grenzen sozial- und arbeitsmarktpolitischer Kompensationsmöglichkeiten läßt den Preis der sexistischen Arbeitsteilung in Haus- und Erwerbsarbeit gar nicht hoch genug veranschlagen: Der Preis besteht darin, daß jener Hausarbeitssektor eben *keinen Preis* hat und damit *den Männern* als nicht attraktiv genug erscheint, sich in ihm einzurichten. Somit bleibt er denen, die bereits „drinnen“ sind.

Wenn nun allerdings sämtliche nationalen wie internationalen Studien deutlich machen, daß es den Frauen gerade um eine *Vereinbarung von beidem*, von Beruf und Haus-/Erziehungsarbeit geht, und daß dieses Bedürfnis nach Vereinbarkeit von den Männern so gut wie nie artikuliert wird, dann wird offensichtlich, daß eine *Vereinbarkeit allerhöchstens nach Maßgabe der Männer* stattfinden kann — und die werden gerade in Zeiten wirtschaftlicher Krise und Umbrüchen traditionell handeln: ihre Interessen eher wahrnehmen als diejenigen der Frauen. Den Preis für die derzeitige „Krise der Arbeit“ zahlen folglich in erster Linie die Frauen.

### 2. Wessen Wunschkinder? Der Preis von § 218 und die Bevölkerungspolitik

Daß die doppelte Enteignung der Frauen um ihre Gebärfähigkeit bis heute fort dauert, läßt sich exemplarisch an der Praxis des § 218 und der Bevölkerungspolitik demonstrieren. Beide gehören zu den elementaren Bausteinen bundesdeutscher Familienpolitik — und scheinen doch vergangenen Epochen zuzugehören. Denn eigentlich leben wir im ‚Zeitalter der Wunschkinder‘. Zum individuellen wirtschaftlichen Überleben sind Kinder angesichts von Industrialisierung und Sozialstaatlichkeit nicht mehr notwendig, und wer keine

Technopatria“, Köln 1983; H. Rose, Weltweite Feminisierung der Lohnarbeit, in: Das Argument, (1984) 144, S. 185—198.

<sup>14)</sup> Zu diesem Abschnitt habe ich mich im wesentlichen auf drei neuere Untersuchungen bezogen, die beiden erstgenannten sind intern. Vergleichsstudien: Gruppe Politik-Information am IIMV/Arbeitsmarktpolitik, Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, IIM/LMP 83—7, Wissenschaftszentrum Berlin 1983; G. Erler/M. Jaekel/J. Sass, Mütter zwischen Beruf und Familie, München 1983; C. Borm/Ch. Vollmer, Familienfreundliche Gestaltung des Arbeitslebens (Schriftenreihe des BMJFG 135), Stuttgart u. a. 1983.

<sup>15)</sup> Gruppe Politik-Information ... (Anm. 14), S. 40.

<sup>16)</sup> Ebd., S. 43 f.

Kinder haben möchte oder den Zeitpunkt des Kinderkriegens selbst bestimmen möchte, der kann dies auch umsetzen.

Jene „Befreiung vom Naturzwang“, die Sigmund Freud einst herbeigesehnt hatte<sup>17)</sup>, war vor allem durch die extrem hohe Verhütungssicherheit der Pille seit den sechziger Jahren möglich geworden. Die Konsequenzen für die Sexualmoral waren erheblich und zwiespältig: „Die neue Moral heißt bewußte, rationale, technisch-sichere Verhütung... Verhütung wird vom notwendigen Übel zur aufgeklärten Staatsbürgerpflicht“<sup>18)</sup>. Sexualität wurde nämlich auch verfügbarer. So ließen sich die Imperative der „sexuellen Revolution“ der Studentenbewegung leicht in die herrschende Ordnung einpassen — ohne daß diese, wie von den ‚Revolutionären‘ eigentlich erhofft, dabei gesprengt würde.

Und zu dieser herrschenden Ordnung gehört es gleichfalls, daß die Frauen, die ihren Körper dem technischen Verhütungseingriff nicht aussetzen wollten oder konnten, mit dem Folgeproblem unerwünschter Schwangerschaft allein gelassen und — was das Herrschaftliche dieser Ordnung noch sichtbarer werden läßt — im Falle des Schwangerschaftsabbruchs noch kriminalisiert werden. Die von der Bundesregierung bereits wiederholt unternommenen Versuche zur Wiedereinführung der seit 1976 eingeschränkten Strafbarkeit der Abtreibung sind ein deutlicher Indikator dafür, daß die männliche Verfügung über den Körper der Frau höchstens eine Verschnaufpause eingelegt hatte<sup>19)</sup>; zumal auch der jetzige Rechtszustand mit seinem Institutionenhürdenlauf und der quasi-Psychiatisierung der Frauen nicht auf den Herrschaftsgestus verzichtet: „Die Zwangsberatung, der Schwangere heute unterworfen sind, kennt man sonst nur bei Geistesgestörten.“<sup>20)</sup>

Daß Abtreibung nicht mit Verhütung zu verwechseln ist, das wissen die betroffenen Frauen sehr genau und soll hier auch nicht

weiter diskutiert werden. Was hier festzuhalten bleibt ist die Tatsache, daß die Kontrolle über die Nachwuchsproduktion modernisiert wurde und, wo immer es möglich scheint, in der Hand der Männer bzw. des Staates bleiben soll.

Nun war „in der Vergangenheit... das staatliche Interesse an der Familie in der Hauptsache bevölkerungspolitisch motiviert“<sup>21)</sup>, und Deutschland hat in der Kultivierung dieses Interesses durch Kaiserreich und Faschismus eine besonders elende Tradition vorzuweisen. Äußerungen wie die Adolf Hitlers — „wenn uns dieser Krieg eine Million Tote... kostet, sie sind uns in dem Geburtenüberschuß wiedergeschickt, den das deutsche Volk seit der Machtübernahme aufweisen kann“<sup>22)</sup> — sollten uns eigentlich klar machen, daß weder Kinderreichtum als Strategie gegen Arbeitskräftemangel noch Kinderreichtum als Nachschub an Kanonenfutter akzeptable bevölkerungspolitische Begründungen darstellen können. Leider scheint dies keineswegs politischer common sense zu sein. Wissenschaftlich abgedeckt beispielsweise durch die Daten des „Berichts über die Bevölkerungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland“ der Bundesregierung<sup>23)</sup> ertönt hierzulande wieder die Mär vom „aussterbenden Volk“. Als ob der dort mit einer Modellrechnung angekündigte Bevölkerungsrückgang — von 61,5 Mio. (1983) über 59,1 Mio. (2000) auf 45,7 Mio. (2030), darunter 4,5/7,0/7,5 Mio. Ausländer — ein wirkliches Problem darstellen würde. Verglichen mit dem Anpassungsbedarf auf weltweiter Ebene nach dem US-Präsidentenbericht „Global 2000“ wird die Weltbevölkerung allein bis zum Jahr 2000 (im Vergleich zu 1975) um 55 % auf 6,35 Milliarden Menschen zunehmen — scheinen die zweifellos nicht unbedeutenden Anpassungsprozesse für ein Land wie die Bundesrepublik durchaus leistbar. Zumal wenn wir bedenken, mit welchen ökologischen und sozialen Kosten die Bevölkerungsvermehrung hier und in der Dritten Welt bezahlt werden mußte und muß. Jedwede bevölkerungspolitische Panikmache — besonders beliebt sind Visionen einer Bundeswehr ohne Soldaten oder einer pleitegehenden Rentenversicherung — ist daher unberechtigt und eher ein Vehikel für fragwürdige Ziele. Es

<sup>17)</sup> S. Freud, Die Sexualität in der Ätiologie der Neurosen, in: Sammlung kleiner Schriften zur Neurosenlehre (1893—1906), Gesammelte Werke, Bd. 1, Frankfurt 1952, S. 307.

<sup>18)</sup> M. Häussler, Von der Enthaltensamkeit zur verantwortungsbewußten Fortpflanzung, in: Häussler u. a., (Anm. 7), S. 65.

<sup>19)</sup> Vgl. S. v. Paczensky/R. Sadrozinski (Hrsg.), Die neuen Moralisten, Reinbek 1984.

<sup>20)</sup> B. Knieper, zit. nach C. Helfferich, „Mich wird es schon nicht erwischen“, in: Häussler u. a., (Anm. 7), S. 102.

<sup>21)</sup> C. Tophoven/J. Wasem, Bevölkerungspolitische Steuerung als Aufgabe einer familienpolitisch orientierten Sozialpolitik?, in: Sozialer Fortschritt, (1984) 2, S. 26.

<sup>22)</sup> Zit. nach Tophoven/Wasem, ebd.

<sup>23)</sup> BT-Drucksache 10/863 vom 5. 1. 1984.

nimmt nicht Wunder, daß die aktuelle Familienpolitik der Bundesregierung<sup>24)</sup> ständig bevölkerungspolitisch begründet wird, versucht man hier doch auf Kosten der Frauen gleichzeitig mehrerer Probleme Herr zu werden: 1. die Frauen sollen zumindest teilweise den Arbeitsmarkt räumen und ihn zugunsten der Männer entlasten. Die seit je bestehenden geschlechtsspezifischen Diskriminierungen auf dem Arbeitsmarkt werden durch ideologische Kampagnen (z. B. gegen „doppelverdienende“ Ehefrauen) und immer unverhohlenerer Bevorzugung der reichlich vorhandenen männlichen Erwerbssuchenden (z. B. im Bereich der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen) erheblich verschärft. 2. Weil die Bevölkerungsentwicklung in etwa 30 Jahren zu wenig Deutsche und zu viele Ausländer verheißt, wird nun den deutschen Frauen die „Neue Mütterlichkeit“ durch eine geschickt dosierte Mischung von Peitsche und Zuckerbrot nahegebracht<sup>25)</sup>. Einerseits wird der Schwangerschaftsabbruch auf allen Ebenen erschwert (z. B. Kürzung/Streichung der Zuschüsse an „pro familia“, öffentliche Diffamierung der sozialen Indikation) und Schwangerschaftsurlaubs- und Kindergeld werden empfindlich gekürzt. Andererseits werden symbolische Aktionen unternommen beziehungsweise geplant, wie die neue „Stiftung für Mutter und Kind — Schutz des ungeborenen Lebens“ (mit einem angesichts der genannten Kürzungen geradezu lächerlichen Startkapital von 50 Mio. DM), oder wie die geplante Familienbriefmarke und die öffentliche Förderung von Patenschaften zwischen „reichen“ und „armen“ kinderreichen Familien. Gleiches gilt für das noch diskutierte ‚Erziehungsgeld‘, von dem man sich unverhohlen eine „arbeitsmarktentlastende“ Wirkung verspricht. Die genannte Stiftung zeigt exemplarisch die nur vordergründig ambivalente Wirkung der familienpolitischen Maßnahmen im Stil der „Neuen Mütterlichkeit“: Gerhard Amendt nannte in einem Gutachten die Methode dieser Stiftung zu Recht ein „Gebärprämiensystem.“<sup>26)</sup>

<sup>24)</sup> Eine präzise, zusammenfassende Kritik dieser familienpolitischen Entwicklung leistet E. Beck-Gernsheim, Frauen zurück in die Familie?, in: WSI-Mitteilungen, (1984) 1, S. 23—32.

<sup>25)</sup> Ein enthüllendes Dokument für die ideologische Indienstnehmung der Frauen bietet der „Bericht der Interministeriellen Arbeitsgruppe zum Programm ‚Schutz des ungeborenen Lebens‘“, der im November 1983 bekannt geworden ist.

<sup>26)</sup> Pro Familia Bremen (Hrsg.), Gutachten von Prof. Dr. Gerhard Amendt zum Bericht der Interministeriellen Arbeitsgruppe zum Programm „Schutz des ungeborenen Lebens“, Bremen 1984.

### 3. Der Preis der Kinder

Das Kernproblem der patriarchalischen Familie ist die Definition der Kinder als „natürliche“ Aufgabe der Frauen. Die Erziehungsarbeit wurde jedoch in einem langwierigen geschichtlichen Prozeß und unter ideologischem Nebel ins gesellschaftliche Abseits verwiesen. In dem Maße, wie man(n) Frauen gesellschaftlichen Einfluß entzog, wurde damit Kindern die Erfahrung gesellschaftlicher Normalität vorenthalten. Sie wachsen vor allem in den ersten Lebensjahren in einer reduzierten Welt auf — was für sie und für die Welt nicht ohne Auswirkungen bleibt. Erst mit der professionalisierten Erziehungsarbeit treten Männer wieder auf den Plan. Ob das nun in der Schule oder in den Erziehungsreichen neueren Gepräges, Sozialarbeit, -pädagogik oder Jugendstrafrecht ist — hier überall „natürlich“ in leitenden Stellungen —, dort, wo es darum geht, Kinder und Jugendliche für die gesellschaftlichen Erfordernisse *zuzurichten*, halten Männer die Erziehungsarbeit durchaus für wichtig genug, um sich an ihr — gegen Bezahlung versteht sich — zu beteiligen.

Den Preis dafür zahlen allerdings alle Beteiligten:

— die Frauen mit Unfreiheit, weil sie, sofern sie Kinder haben möchten (— und nicht als mit Amme und Putzhilfe die Sorgearbeit auf andere Frauen delegieren können —), keine Wahl mehr haben;

— die Kinder, weil sie in einer „vaterlosen Gesellschaft“ (Alexander Mitscherlich) aufwachsend der männlichen Teilkultur nur projektiv oder durch spätere Zurichtung teilhaftig werden können, und nicht durch frühe Nachahmung und reale Gemeinsamkeit. Sie bezahlen mit einseitiger Förderung, seelisch-körperlichen Defiziten bis dahin, daß sie mißhandelt, mißbraucht werden;

— und keineswegs zuletzt bezahlen die Männer: Indem sie das Kind in seiner „Nutzlosigkeit“ geringschätzen, indem sie die Sorgearbeit als „weibische“ Arbeit und damit die Frau verachten, verachten sie auch den weiblichen Teil ihrer selbst.

Die Konsequenzen der *Weigerung* der Männer, sich gleichermaßen dem Erziehungs- und Sorgegeschäft zuzuwenden, sind kaum absehbar; sie konnten hier nur angedeutet werden. Ihre Weigerung, die sie sich selbst und gegenüber der Welt mit der „Natur“ rechtfertigen, lassen sie dabei mit moralischem Druck an

die Frauen einhergehen. Was die Männer den Frauen als ‚höchstes Glück der Erde‘ anpreisen, das lehnen sie für sich selbst völlig ab. Zwar gibt es eine Reihe von Belegen dafür, daß diese männliche Weigerung sich abschwächt. Immer mehr Männer übernehmen einen immer größeren Anteil von Haus- und Erziehungstätigkeiten; die hierzu vorliegenden empirischen Untersuchungen zeigen jedoch deutlich, daß von einer gleichen Teilhabe in diesem Bereich nicht im entferntesten die Rede sein kann<sup>27)</sup>.

Wenn es um den „Preis der Kinder“ geht, soll schließlich auch der ganz nackte „Preis“, die mit Kindern verbundenen finanziellen Kosten, nicht vergessen werden. Sie sind, wie vielfach nachgewiesen wurde<sup>28)</sup>, beträchtlich: Je nach Alter dürften die Monatsausgaben 1984 zwischen 320 DM (1. Lebensjahr) und 940 DM (16.—18. Jahr) betragen. Demgegenüber machen sich die Kindergeldsummen geradezu lächerlich almosenhafte aus. Die Verantwortung für die ökonomische Sicherung der Kinder liegt folglich fast ausschließlich in der Hand (bzw. dem Geldbeutel) der Familie — damit fixiert die sozialstaatliche Ordnung den Zustand privater Verantwortlichkeit und familiärer Herrschaft über die Kinder. Sie nimmt aber auch billigend in Kauf, daß — zumal angesichts der Kürzungen im Sozialbereich — diese ökonomische Benachteiligung der Kinder aus Familien im unteren Einkommensbereich zu Lasten der Kinder selbst geht. Vor allem gilt dies, wie schon 1979 im 3. Familienbericht der Bundesregierung<sup>29)</sup> aufgezeigt wurde, für kinderreiche Familien: Ihr Pro-Kopf-Einkommen verringert sich eklatant mit zunehmender Kinderzahl, während es bei Familien mit einem Kind 82 % des Pro-Kopf-Einkommens eines kinderlosen Ehepaars betrug, veränderte sich die Relation bei zwei Kindern auf 60 % und bei drei Kindern auf 57 %.

#### 4. Der Preis der Gewalt

##### ... den die Frauen bezahlen

Die Herrschaftsverhältnisse des Patriarchats sind Gewaltverhältnisse. Nur: „Der patriar-

<sup>27)</sup> So belegen die Daten des „Wohlfahrtssurveys 1980“ ein Verhältnis von Erwerbs- und Haushaltstätigkeiten zwischen bundesdeutschen Männern und Frauen von 1,0 zu 4,3 bei Haushaltstätigkeiten, hingegen von 71,0 zu 28,9 bei Erwerbstätigkeit; W. Glatzer/H. Herget, Ehe, Familie und Haushalt, in: W. Glatzer/W. Zapf (Hrsg.), Lebensqualität in der Bundesrepublik, Frankfurt-New York 1984, S. 127.

<sup>28)</sup> C. Leggewie, Lieb und teuer. Eine Nachwuchs-kostenanalyse, in: Kursbuch 72, Juni 1983, S. 101.

<sup>29)</sup> BT-Drucksache 8/3120, S. 48ff., S. 137ff.; die em-

pirischen Daten entstammen dem Jahr 1973.

chalischen Ideologie ist es immer wieder gelungen, Gewalt gegen Frauen als Ausnahme, als feudalen Überrest darzustellen.“<sup>30)</sup> Gewalt gegen Frauen ist die Realität hinter dem verlogenen bürgerlichen Gebot, die Männer sollten die Frauen ehren — auf das Adorno schrieb: „Der Affekt, der zur Praxis der Unterdrückung paßt, ist Verachtung, nicht Verehrung.“<sup>31)</sup> Frauen erleben sich als Freiwild, als den Männern verfügbares Sexualobjekt. Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz<sup>32)</sup> und die sexuelle Sklaverei im öffentlichen Geschäft mit der Pornographie: „Gemeinsamer Nenner aller Gewaltformen öffentlicher Bereiche ist die Botschaft, daß jede Frau *allen* Männern zur Verfügung steht. *Mißhandlung* in der Ehe, Partnerschaft bestätigt die ausschließlichen Rechte *eines* Mannes, über eine Frau zu verfügen.“<sup>33)</sup> Die Rede von der „Kampfgruppe Familie“ (Dieter Claessens) läßt sich empirisch unschwer bestätigen<sup>34)</sup>: Eine 1978 durchgeführte Untersuchung von US-Soziologen unter 2 143 Paaren brachte ans Licht, daß es in 28 von 100 Ehen wenigstens einmal jährlich zu körperlicher Gewalt kommt; der Jahresdurchschnitt liegt bei neun Angriffen. Allein in den USA, so das US-Magazin „Time“ im September 1983, würden jährlich sechs Millionen Frauen von ihren Männern mißbraucht, 2 000—4 000 totgeschlagen; bis zu einem Drittel ihrer Dienstzeit brächten amerikanische Polizisten damit zu, Hilferufen wegen ehelicher Gewalttaten nachzugehen. Auf den vergleichbaren Preis der Gewalt in der Familie, den die bundesdeutschen Frauen zu entrichten haben, deutet die Zahl von 2 500 Frauen (und ebensovielen Kindern) hin, die im ersten Berliner Frauenhaus in den ersten zwei Jahren (seit 1976) Schutz suchen mußten.

##### ... den Kinder bezahlen

„Gerade die Familie bietet die Chance, die Erfahrung von Verlässlichkeit und das Bewußtsein persönlicher Zusammengehörigkeit zu vermitteln, wie sie ansonsten kaum noch er-

pirischen Daten entstammen dem Jahr 1973.

<sup>30)</sup> C. Hagemann-White, Stichwort „Gewalt“, in: J. Beyer u. a. (Hrsg.), Frauenhandlexikon, München 1983, S. 114.

<sup>31)</sup> Zit. nach B. Sichtermann, Weiblichkeit. Zur Politik des Privaten, Berlin 1983, S. 110.

<sup>32)</sup> S. Plogstedt/K. Bode, Übergriffe. Sexuelle Belästigung in Büros und Betrieben. Eine Dokumentation der Grünen Frauen im Bundestag, Reinbek 1984.

<sup>33)</sup> C. Hagemann-White, (Anm. 30), S. 116.

<sup>34)</sup> Die folgenden Zahlen stammen aus: „psychologie heute“, April 1984, S. 10.



lebt werden.“<sup>35)</sup> Diese Formulierung aus dem Bericht der Jugend-Enquête-Kommission des Deutschen Bundestags ist kennzeichnend für eine euphemistische, verschleiende Familienideologie. Denn die Familie besitzt eben sowohl eine durchaus positiv zu bewertende Fähigkeit zu Erziehung und Sozialisation des Nachwuchses, wie sie gleichzeitig Anpassung, Konformität und Leiden produziert. Die Spitze des Eisbergs alltäglicher familiärer Gewalt gegen Kinder läßt das Ausmaß des verdrängten Unglücks erahnen: 30 000 Fälle schwerer Kindesmißhandlung werden jährlich registriert, auf mehr als 400 000 Kinder wird die tatsächliche Zahl geschätzt. Die Gewalttäter sind vorwiegend die Eltern; bis zu tausend Kinder werden jährlich von ihren Eltern getötet bzw. sterben unmittelbar an den Verletzungsfolgen. Auch hier ist die Dunkelziffer erheblich, weil die Mißhandlung Monate oder länger danach als sol-

che nicht mehr erkannt wird. 18 000 Kinder und Jugendliche fliehen jährlich in die Selbsttötung. Nach Schätzungen werden 300 000 Mädchen im Jahr sexuell mißbraucht; die Täter fanden sich überwiegend im Verwandten- und Bekanntenkreis. Bei den registrierten Akten sexueller Gewalt an Kindern (77 % davon sind Mädchen) waren nur 6,2 % Fremde, über 25 % waren Väter oder Stiefväter.

Zwar ist das Kind als Grundrechtsträger anerkannt, gesetzliche Bestimmungen schränken diese Rechte jedoch empfindlich ein. *Das Kinderrecht ist dem Elternrecht untergeordnet.* Die Kinder sind der *Besitz* der Eltern.<sup>36)</sup> Es gibt kein Scheidungsrecht von den Eltern, kein elternunabhängiges Kindereinkommen und gegen die körperlichen Züchtigungen finden die unmündigen und rechtlosen Kinder meist keinen sie unterstützenden anwaltlichen Erwachsenen.

### III. Welche Perspektiven eine ökologische Familienpolitik bietet

Dieser Beitrag erhebt nicht den Anspruch, die Familienpolitik der GRÜNEN erschöpfend oder repräsentativ zu diskutieren, zumal explizite Programmaussagen zur Familie (oder ihren Alternativen) weder auf Bundes- noch auf Länderebene vorliegen. Diskutiert wird über Familie nur im Konzept grüner Frauenpolitik, dort jedoch mit ziemlicher Intensität. Insbesondere an der Frage des § 218 ist die Debatte seit jeher begleitet von heftigen Kontroversen zwischen den eher feministischen und den sogenannten „wertkonservativen“ Mitgliedern. Während die einen klar für die Streichung des § 218 votieren, möchten die anderen zwar nicht explizit die Kriminalisierung der abtreibenden Frauen, haben aber unter dem Zeichen des „Lebensschutzes“ Bedenken gegenüber einer politischen Interpretierbarkeit der Abtreibung als Verhütungsmaßnahme und fürchten häufig auch eine abschreckende Wirkung auf bestimmte Wählerklientele. Die Kontroverse ist ungelöst und zieht bis heute durch die Parteigremien, wobei es übrigens — ohne empirischen An-

spruch — eher Männer zu sein scheinen, die Zweifel an der Notwendigkeit anmelden, den § 218 ersatzlos zu streichen.

Vielleicht hat es sich daher auch als Segen erwiesen, daß die (grünen) Männer bislang vom sonstigen Nachdenken über Familie quasi „befreit“ waren. Wer weiß, was aus „Rücksicht“ vor dem Wahlvolke — und nicht zuletzt vor ihnen selbst — alles für Aussagen gemacht worden wären. Doch der Spott über die männliche Ängstlichkeit beziehungsweise über den gleichfalls anzutreffenden männlichen Opportunismus („wir waren schon immer für euch Frauen“) wird hier nur dosiert ausgegossen. Denn ich glaube, daß die Selbstklärung der Frauen über sich und ihre Rechte Voraussetzung und Grundlage alternativer Überlegungen zur Familie bilden muß.

Doch das allein genügt nicht, zumindest nicht im Hinblick auf die Familie. In sie sind nämlich auch die Männer verwickelt. Ein Anzeichen dafür, daß dies auch bei den GRÜNEN gesehen wird, dürfte die dort geführte Diskussion um die „Zukunft der Arbeit“ sein. Ins-

<sup>35)</sup> Bericht der Enquête-Kommission „Jugendprotest im demokratischen Staat“, BT-Drucksache 9/2390 vom 17. 1. 1983, S. 34. Die nachfolgenden Daten stammen aus: B. Kavemann/I. Lohstätter, Gewalt gegen Kinder als Teil familiärer Interaktion, Berlin 1984 (Manuskript).

<sup>36)</sup> Zwar wurde aus der „väterlichen“ die „elterliche Gewalt“. Die Gewalt blieb. Nicht weiter bedacht werden kann in diesem Beitrag, inwieweit die Eigentumsstruktur auch Verantwortlichkeit für die Kinder erzwingt.

besondere an der Frage der Bewertung von „Eigenarbeit“, „Selbsthilfe“ oder „Hausarbeit“ scheiden sich z. T. die Geister. Während viele GRÜNE-Frauen vor deren Überschätzung warnen, weil sie damit traditionelle Frauenrollen zementieren, sehen andere GRÜNE in der Aufwertung der Nicht-Erwerbstätigkeit die leuchtende Zukunft, ohne sich die zentrale Frage nach einer gesamtgesellschaftlichen Neugestaltung des Verhältnisses von Erwerbs- und Eigenarbeit zu stellen.

Die folgenden Überlegungen, die sich größtenteils auf ungesichertem, teils spekulativem Boden bewegen, versuchen sich an einer *ökologischen Familienpolitik* entlang zweier Hauptziele:

1. sollen Alternativen zur sexistischen Arbeitsteilung des Industrialismus diskutiert werden, wozu eine ökologische Umorientierung von Produktion und Verbrauchsgewohnheiten, eine Abkopplung von Arbeit und Einkommen und eine Expansion von Selbstverwaltungs- und Subsistenzwirtschaft erforderlich wird,

2. sollen Alternativen zur Unterdrückung von Eros und Sexualität in der traditionellen Ehe- und Familienstruktur angedeutet werden.

Daß der Begriff „ökologische Familienpolitik“ verwendet wird, bedarf einer kurzen Erklärung: „ökologisch“ heißt sie, weil sie integraler Bestandteil eines Konzeptes „ökologischer Sozialpolitik“ (und ökologischer Politik) ist, das an anderer Stelle vorgestellt wird<sup>37)</sup>, und weil sie auf eine bewußte Gestaltung der „sozialen Ökologie“ der Menschen zielt. „Familienpolitik“ heißt sie aus Trotz: Weil nämlich das herrschende Verständnis von Familie keinesfalls unumstößlich ist und die mit dem Begriff „Familie“ belegten, andernorts beobachteten Gesellungsformen durchaus einen erweiterten Familienbegriff<sup>38)</sup> zulassen. Unter Familie würde dann das *primäre Netzwerk* verstanden, in dem sich freie Frauen und Männer, allein, zu zweit oder im Dutzend einrichten.

### 1. Schritte zur Wahlfreiheit

*Weder Proletarier noch Hausfrau: Für eine nicht-industrialisierte Arbeit*

Strategien einer Abschaffung der sexistischen Arbeitsteilung ließen sich am besten

<sup>37)</sup> Vgl. die Arbeiten in M. Opielka u. a., (Anm. 15); M. Opielka (Hrsg.), *Die ökosoziale Frage. Alternativen zum Sozialstaat*, Frankfurt 1984 (i. E.).

<sup>38)</sup> Vgl. L. Liegle, *Familie und Kollektiv im Kibbuz*, Weinheim 1977<sup>4</sup>.

entwickeln, wenn sie an *notwendige* Systemveränderungen im Bereich der Arbeit anknüpfen könnten. Die Massenarbeitslosigkeit in den Metropolen des westlichen Industrialismus scheint dabei solche Veränderungen zu provozieren. Denn angesichts des neuen Faktums technologischer Arbeitslosigkeit, daß Arbeitslosigkeit gleichermaßen das Produkt von Depressionen und Prosperitätsphasen ist („jobloses Wachstum“), und daß schließlich die doppelte Aufgabe des Arbeitsmarktes, nämlich Arbeitskräften Arbeitsaufgaben und Einkommen den Arbeitskräften zuzuordnen, nicht mehr recht erfüllt werden kann, gerät der Arbeitsmarkt selbst in eine grundlegende Krise: „Vielleicht liegt die Lösung der Beschäftigungskrise nicht mehr in einer Verschiebung von Verteilungsrelationen, sondern in einer Neukonstruktion der ‚industriellen Beziehungen‘, die über die Grenzen der Arbeits- und Erwerbsgesellschaft hinausführt. Nur eine prinzipielle Kursänderung kann den Fehler im System, das Versagen des Arbeitsmarktes beheben.“<sup>39)</sup>

Den Kern dieses Arbeitsmarktes bildete die Durchsetzung der Lohnarbeit als dominante Form der Existenzsicherung im Zuge der Durchsetzung des Industrialismus. Die Wirtschaftsgeschichte unterscheidet dabei vier „lange Wellen“ der Konjunktur, große Entwicklungsschübe, deren letzte (1950—1973) nochmals einen außerordentlichen Wachstums- und damit „Proletarisierungs-“Schub vor allem für den Dienstleistungsbereich und damit für die Frauen-Lohnarbeit mit sich brachte<sup>40)</sup>. Die nächste „Lange Welle“ dürfte nach recht plausiblen Vermutungen zwei Perspektiven des Arbeitsmarktes eröffnen: Entweder die Wieder-Vergrößerung der industriellen Reservearmeen, was beispielsweise von Claudia von Werlhof mit ihrer These der „Hausfrauisierung der Arbeit“ befürchtet wird — oder es werden Alternativen zum Arbeitsmarkt entwickelt.

Weil es viele Gründe gibt, die für eine *Zurücknahme* der faktischen Abhängigkeit der Mehrheit der Bevölkerung vom Arbeitsmarktgeschehen sprechen, also für eine *Zu-*

<sup>39)</sup> J. Berger, Alternativen zum Arbeitsmarkt, in: *MittAB*, (1984) 1, S. 65f.

<sup>40)</sup> Vgl. I. Ostner/A. Willms, Strukturelle Veränderungen der Frauenarbeit in Haushalt und Beruf, in: J. Matthes (Hrsg.), *Krise der Arbeitsgesellschaft? Verhandlungen des 21. Deutschen Soziologentages in Bamberg 1982*, Frankfurt-New York 1983, S. 206—227.

*rückdrängung der Lohnarbeit*, könnte auch ihre Chance steigen:

— offenkundigster Grund ist das Versagen des Arbeitsmarktes und das Legitimationsproblem einer Dauer-Massenarbeitslosigkeit;

— die sexistische Arbeitsteilung soll und will abgeschafft werden;

— die Gefährdung der natürlichen Lebensgrundlagen durch den per se wachstumsorientierten Industrialismus macht die unverzügliche Einstellung ganzer Produktionszweige notwendig;

— die Expansion der Lohnarbeit ließ andere Formen der Existenzsicherung, den Bereich marktunabhängiger, bedarfsdeckender Subsistenzwirtschaft z. T. völlig verschwinden, womit das Potential derer, die auf Lohnarbeit angewiesen sind, vermehrt und auch der Bedarf an (sozialstaatlichen) Versorgungsleistungen gesteigert wird.

Wie nun und auf welche Weise Alternativen zum, im oder neben dem Arbeitsmarkt geschehen könnten, kann ich angesichts dieses voraussetzungsvollen Themas nur in zwei Perspektiven andeuten.

1. als eine *Abkopplung von Arbeitsmarkt und Lohnarbeit* und damit eine (mehr oder minder weitgehende) *Abkopplung von Arbeit und Einkommen*.

Dieser Schritt kann auf der *individuellen Ebene* durch eine „alternative Ökonomie“ getan werden, wie dies bereits jetzt häufig geschieht. Einer massenhafteren Ausbreitung selbstverwalteter Produktionsformen stehen in der Bundesrepublik allerdings noch eine große Zahl rechtlicher (rückständiges Genossenschaftsrecht!), subventionspolitischer und auch politisch-kultureller Hemmnisse entgegen, die hier nicht weiter ausgeführt werden müssen. Die Konsequenzen einer irgendwann vielleicht umfassenden „Selbstverwaltungswirtschaft“ wären wohl erheblich kleinere Wirtschaftseinheiten und eine Regionalisierung von Märkten, was mit Sicherheit ökologisch und sozial sinnvolle Wirkungen haben dürfte.

Da aber die Kopplung von Einkommen und Arbeit eine Grundlage für die sexistische Ökonomie darstellt, weil nur spezifische Produktionsbereiche überhaupt als einkommensfähige Arbeit betrachtet werden, müßte eine anti-patriarchalische Familienpolitik parallel zur Arbeitsmarktpolitik auf *(sozial-)staatlicher Ebene* eine *grundlegende Reform der Sozialtransfer-Strukturen* anstreben.

Innerhalb der GRÜNEN wird deshalb die Perspektive eines *garantierten Mindesteinkommens* diskutiert: ein arbeitsloses Einkommen auf bedarfsdeckendem Subsistenzniveau, also oberhalb der Armutsgrenze, das allen Bürger/-innen des Staates einfach aufgrund ihrer Existenz zusteht. Konkret könnte ein solches Mindesteinkommen aus

— einem (elternunabhängigen) *Kindereinkommen* für Kinder bis zum 14. Lebensjahr in Höhe von etwa 400 DM/Monat,

— einem *garantierten Bürgerhalt* ab dem 14. oder 16. Lebensjahr in Höhe von ca. 800 DM/Monat (plus Wohngeld) und

— einer *Mindestrente* ab dem 60. Lebensjahr in Höhe von ca. 1 200 DM/Monat bestehen. Zwar müßte eine Reihe von Problemen gelöst werden, z. B. die Frage nach der Festsetzung der Mindesteinkommenshöhen oder die Frage nach den Konsequenzen einer derartigen Erweiterung des staatlichen Transfervolumens. Doch gibt es, wie andernorts diskutiert wurde<sup>41)</sup>, durchaus Ideen dafür. Die Geldmittel selbst wären vorhanden — sie sind allerdings ungerecht verteilt und verschwinden z. T. in einem undurchschaubaren Steuer- und Transfersystem.

Auf einem ordentlichen Mindesteinkommen könnten dann öffentlich organisierte Zusatzsysteme aufbauen. Für den Bereich der Alterseinkommen schlägt das „Alternative Rentenmodell für Alle!“ einer Arbeitsgruppe der Bundestagsfraktion der GRÜNEN<sup>42)</sup> eine obligatorische Zusatzversicherung als voll eigenständige Rentenversicherung vor, die jedem/r Bürger/in, unabhängig von seinem/iherem Familienstatus ein eigenständiges Alterseinkommen gewährleistet.

Nachdem wir die Perspektive einer Abkehr von der entwürdigenden Existenz des Proletariats andeutungsweise diskutierten, geht es

<sup>41)</sup> Z. B. M. Opielka, Das Garantierte Einkommen — ein sozialstaatliches Paradoxon?, in: T. Schmid (Hrsg.), Garantiertes Einkommen (AT), Berlin 1984 (i. E.).

<sup>42)</sup> E. Bueb/M. Schreyer/M. Opielka, Das alternative Rentenmodell für Alle!, in: M. Opielka u. a. (Anm. 13), S. 295—299; das Modell wird derzeit beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung mit einem Computermodell durchgerechnet, die Ergebnisse werden für Sommer 1984 erwartet. Eine voll eigenständige und im Grundbereich nicht beitragsfinanziert, sondern wie hier vorgeschlagen über Wertschöpfungssteuern finanzierte Rentenstruktur würde auch das Gerede um den „2- oder 3-Generationen-Vertrag“ — welchen Beitrag leisten die Kinderproduzenten gegenüber den Kinderlosen? — beenden.

## 2. um den Abschied von der Hausfrau und einer Teilhabe der Männer an der Haus- und Erziehungsarbeit.

Ohne ein Hineingehen der Männer in die Sorgearbeit können die Frauen aus ihr nicht heraus. Also muß auf allen Ebenen dafür geworben und gekämpft werden. Weniger dirigistische Maßnahmen wie

— die Förderung von kommunitären und anderen kollektiven Wohn- und Lebensformen und damit die Förderung eines größeren Haushaltstyps, der nicht nur um die patriarchale Ehe zentriert ist und die Trennung von Haus- und Berufstätigkeit nicht mehr institutionalisiert, könnten und müßten dabei mit dirigistischeren Maßnahmen einhergehen, wie

— einer radikalen Arbeitszeitverkürzung im Lohn-Bereich auf etwa 15-Wochen-Stunden für jeden, was zur Bedarfsdeckung der Gesellschaft genügen würde<sup>43</sup>); im Zusammenhang mit der Diskussion um Teilzeit(lohn)arbeit heißt das: Teilzeitarbeit ja — aber gezielt als Förderung männlicher Teilzeittätigkeit<sup>44</sup>);

— einer 50%-Männerquote in allen Bereichen vergesellschafteter Haus- und Erziehungsarbeit, die je nach Gegebenheiten durchaus radikal gehandhabt werden könnte: Wenn sich nicht eine hinreichende Zahl von Männern beispielsweise für diesen Kindergarten findet, dann bleibt er geschlossen ...

### Weder Nur-Mann noch Nur-Frau: Für eine neue Kultur der Liebe und des Eros

Wir haben gesehen, daß der beschämendste Preis, den vor allem Frauen und Kinder für das Patriarchat bezahlen, in der Vergewaltigung besteht. Alle Forderungen nach einer verschärften Strafverfolgung von Vergewaltigern haben deshalb zwar ihre volle Berechtigung. Sie greifen jedoch an den Symptomen, nicht an den Ursachen des Problems.

„Die gesamte Geschichte der patriarchalen Epoche ist gekennzeichnet von einem Sadismus, vor dem wir aufschreien, weil wir ihn nicht mehr ignorieren können. Die Opfer wurden vergewaltigt, erniedrigt, geschlachtet, der Eros, der auf die Vereinigung der Seelen und des Fleisches drängt, ist eine gewaltige Triebkraft der Geschichte. Wo die Vereinigung nicht möglich wird, da verwandeln sich

die aufgestauten Energien in Vernichtungsenergien.“<sup>45</sup>).

Die Totalität, die alle Strukturen sprengende Entfesselung und Grenzauflösung der Sexualität wurde von den männlichen Mythen seit je als Eigenschaft „weiblicher“ Sexualität abgewehrt. Man mag darüber spekulieren, ob die Ursache dieser Abwehr eher in der biologischen Überlegenheit des weiblichen Erregungs- und Erholungsablaufes oder in der darüber phantasierten Potenzangst der Männer zu suchen sind. Entscheidend ist ihr Effekt: die gewaltsame Fesselung der sexuellen Gewalt durch eine männliche Sexualkultur, die sich in unserer Gesellschaft durch das Grundmuster von Dominanz und Unterwerfung auszeichnet. Sexualität wurde reduziert auf einen planbaren und beherrschbaren Geschlechts-„verkehr“. Der diese männlich-reduzierte Sexualität legitimierende Ort ist die patriarchale Familie.

Die scheinbar radikalsten Kritiker<sup>46</sup>) erhofften die Befreiung der gefesselten Sexualität durch die Abschaffung der Familie, indem ihr Kern, die Fortpflanzung der Kinder, beseitigt würde. Sozusagen durch die „Befreiung“ von der Natur: Schwangerschaft, Geburt und Stillen erfolgten dann im „Reagenzglas“ — und so könnte technologisch der biologische „Nachteil“ der Frauen ausgeglichen werden. Die absolute Freiheit setzte in diesem Gedanken-gang die absolute Befreiung von der sexuellen Natur voraus und forderte geschlechtslose Neutras: „die endgültige Befreiung der Frau kann nur in der Befreiung von der Geschlechtlichkeit liegen“<sup>47</sup>).

Mir scheint eine andere Option allerdings fruchtbarer. Diese Position versucht in Weiterentwicklung des erwähnten „Öko-Feminismus“ den schwierigen Weg einer (Wieder-)Aneignung von Sexualität und Körperlichkeit und gleichzeitiger Überwindung patriarchaler Strukturen zu gehen. Barbara Sichtermann hat<sup>48</sup>) die Voraussetzungen dafür prägnant benannt: anlässlich einer Reflexion „über die verlorengegangene Erotik der Brüste“ plädiert sie für eine Art Pansexualismus, die (Wieder-)Entdeckung sexueller Vor-

<sup>45</sup>) D. Duhm, Aufbruch zur neuen Kultur, München 1982, S. 84.

<sup>46</sup>) So S. Firestone, Frauenbefreiung und sexuelle Revolution, Frankfurt 1975, S. 180ff.

<sup>47</sup>) E. Bornemann, (Anm. 1), S. 534.

<sup>48</sup>) Z. B. B. Sichtermann, (Anm. 31); zur, leider recht mißverstehenden, Kritik vgl. Häußler u. a., (Anm. 7), S. 117ff.

<sup>43</sup>) Vgl. A. Gorz, Wege ins Paradies, Berlin 1983.

<sup>44</sup>) Vgl. dazu die Vorschläge in der erwähnten Projektgruppe, (Anm. 14).

gänge beispielsweise in der Interaktion zwischen Mutter und Kind:

„*Still-Stunden* — Vermischung von Körperen und Körpersäften, ein sexuelles Tun, das (Weiter-)Leben zeugt und Lust schenkt, wie wir es alle aus dem Koitus kennen (oder zu kennen wünschen) und wie es fast niemanden um die ‚Fortpflanzung‘ und um die ‚Mutterpflichten‘ gruppierten Pflegehandlungen von Frauen an Kindern zutraut“<sup>49)</sup>.

Ihr Plädoyer für eine Erotisierung des Alltags richtet sich nun aber, und das ist entscheidend, ausdrücklich auch auf die Männer ein<sup>50)</sup>.

Eine *gleichberechtigte Teilhabe an vielfältigen Lustmöglichkeiten* wird damit zur *Voraussetzung für eine Gleichberechtigung bei den Pflichten*, die in der bereits diskutierten Teilhabe an der Erziehungs- und Hausarbeit bestehen muß. Damit wäre der Raum für die nächste Stufe menschlicher Entwicklung geschaffen:

„Wenn das soziale Leben in seinen Basisorganisationen Liebes- und Familienleben nicht mehr in Fixierungen an eine Ideologie polarer Begabungen der Geschlechter eingeschnürt ist, können ganz andere Polaritäten, Unterschiede und Differenzierungen eine größere Rolle spielen: die des *Individuellen* als geschlechtsunabhängiger Persönlichkeitsbilder. In diesen jenseits der biologischen Geschlechtszugehörigkeit zu entfaltenden individuellen Eigentümlichkeiten schlummert übrigens ein großer Teil unserer erotischen Potenzen.“<sup>51)</sup>

Familienpolitisch gewendet: Das Ziel einer Politik „*Neuer Väterlichkeit*“ fände in einer solchen neuen Kultur des Eros, in der die Grenzen von Mann und Frau allein durch die jeweilige Individualität bestimmt würden, seine wirkliche Grundlage. Sie wäre Teil einer Kulturerneuerung, die in gelebten Utopien herrschaftsfreie Formen des Zusammen-

lebens verwirklicht und, von unten nach oben wachsend, gesellschaftliche Bedeutung erlangen mag<sup>52)</sup>.

Dann verknüpften sich die sozial-ökologischen Ansätze im weiten Umfeld der Familienpolitik — die auch in ihrem engeren ‚Resort‘ wirksam zur Unterstützung einer derartigen Erneuerung beitragen könnte wie:

— durch *Initiativen zur Erleichterung nicht-ehelicher Formen des Zusammenlebens* mit dem Ziel, *sämtliche* familienrechtlichen Vorschriften entsprechend auf sie anzuwenden<sup>53)</sup>; die Gleichstellung hätte sich dabei auch auf gleichgeschlechtliche oder mehrere Personen umfassende Familien zu erstrecken; das heißt aber auch, die Institution „Ehe“ zu überdenken, sie zumindest dem pädagogischen Zugriff des Staates (z. B. „Schuldprinzip“ bei Scheidung) abzulehnen und so für eine „*Entstaatlichung der Liebe*“ einzutreten;

— gleichzeitig ist das *Sozialleistungssystem vom Haushalt- auf das Individualprinzip umzustellen*, womit die Wahl der Gesellungsformen nicht mehr vom Geldbeutel abhinge;

— und die Aufgabe öffentlicher Erziehungsinstitutionen (Schule, Ausbildung, Kindergärten etc.) läge in einer Entdeckung der je individuellen Fähigkeiten, was ihre Neugestaltung fordert, aber nicht ihre Zerstörung.

## 2. Ökologische Familienpolitik ist „Neue-Männer-Politik“

Mit den vorhandenen Männern, so scheint ein vorsichtiges Resümee erlaubt, dürfte die „Familie“ anti-patriarchalischer Utopien schwer zu machen sein. Es fordert von ihnen Anstrengung — obwohl sie viel zu gewinnen haben: die andere Hälfte der Welt.

Wenn die Männer nicht wollen, dann müssen die Frauen eben verlangen, daß aus den massenhaften (Klein-)Patriarchen der Gegenwart „neue Männer“ werden. *Familienpolitik wäre dann nicht zuletzt „Neue-Männer-Politik“.*

<sup>49)</sup> B. Sichtermann, (Anm. 31), S. 61.

<sup>50)</sup> Ebd., S. 68.

<sup>51)</sup> Ebd., S. 112f.

<sup>52)</sup> Dazu H. v. Gizycki, Arche Noah '84, Frankfurt 1983.

<sup>53)</sup> Vgl. dazu ansatzweise von R. Scholz, Die nicht-eheleiche Lebensgemeinschaft in der Rechtspraxis, Bonn 1982.

## **Irmgard Karwatzki: Politik zugunsten der Familie**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 20/84, S. 3—13

Das Fundament für eine Gesellschaft der Mitmenschlichkeit ist die Familie. Hier lernen die Menschen Verhaltensweisen, die unsere Gesellschaft prägen: Liebe und Vertrauen, Toleranz und Rücksichtnahme, Opferbereitschaft und Mitverantwortung. Solidarität, Gleichberechtigung und Partnerschaft lassen sich in der Familie verwirklichen, man kann diese Werte in der Familie erfahren.

Eine an demokratischen und pluralistischen Prinzipien orientierte Familienpolitik muß viele Formen von Familie und Gestaltungsmöglichkeiten des Familienlebens zulassen. Es ist Aufgabe der Familienpolitik, Bedingungen und Voraussetzungen zu schaffen, die es den Menschen ermöglichen, ihr Leben in der Familie so zu gestalten, wie es ihren Vorstellungen entspricht.

Die Familien sind finanziell, in der Arbeitswelt, bei der Befriedigung von Wohnbedürfnissen und in anderen Bereichen benachteiligt. Die gesellschaftspolitische Schieflage zu Lasten der Familien muß durch ein neues Gleichgewicht der Gesellschaftspolitik, das Familien gerecht behandelt, abgelöst werden.

Die Bundesregierung sieht in der Familienpolitik eine Schwerpunktaufgabe mit absoluter Priorität. Sie wird die Benachteiligungen der Familien beseitigen.

## **Anke Martiny: Plädoyer für eine realistische Familienpolitik**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 20/84, S. 15—27

In der öffentlichen familienpolitischen Diskussion wird weniger an die Familie gedacht, wenn von Familie die Rede ist, vielmehr hingegen an die Entwicklung der Bevölkerungszahl und an die Sicherung des Rentensystems. Das politische Handeln und die Betroffenheit der Familien klaffen immer mehr auseinander.

Dies führt zu der Folgerung, endlich von dem auszugehen, was ist: In nicht einmal der Hälfte aller als Familie registrierten Haushalte gibt es Kinder. Knapp zwei Drittel aller Mehrpersonenhaushalte und ein gutes Drittel aller Mehrpersonenhaushalte mit Kindern leben von mehr als einem Einkommen. Dabei liegen Arbeitnehmerehepaare mit Kindern um fast ein Viertel unter dem durchschnittlichen Einkommen.

Kindererziehung ist teuer, und sie wird überwiegend von Frauen geleistet. Dabei wird die Lösung des Problems, Beruf und Familie zu vereinbaren, fast ausschließlich den Familien selbst überlassen, d. h. überwiegend: den Frauen.

Die Generation der jungen Mädchen hat feste Vorstellungen von der Zukunft: Eine gute Berufsausbildung, eine partnerschaftliche Ehe, die Möglichkeit, Kindererziehung und Beruf zu vereinbaren. Die Forderung nach einer realistischen Familienpolitik muß die Erwartungen der heute jungen Menschen an ihre Zukunft berücksichtigen, eine leistungsfähige Industriegesellschaft muß um ihrer selbst willen darauf bedacht sein, die Berufswelt und die Familienwelt stärker nach den Bedürfnissen der Familie aneinander anzunähern.

### **Norbert Eimer: Liberale Familienpolitik**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 20/84, S. 28—33

Eine Vielzahl von Ideen und Lebensformen wächst nicht aus gleichgeschalteten Menschen, Verhaltensweisen oder Organisationsformen. Dies ist darauf begründet, daß Menschenbild und Rollenverständnis der Menschen in einer Gesellschaft einem ständigen Wandel unterliegen und sich nach liberaler Vorstellung jeder selbständig denkende Mensch sein Leitbild selber setzt.

Gerade in der Familie müssen mehr Freiräume geschaffen werden, sei es in finanzieller Hinsicht durch die Verbesserung des Familienlastenausgleichs, sei es durch die Wiederherstellung des Freiraums für die Familie in seiner ursprünglichsten Bedeutung. Wer mehr Freiheit beansprucht, muß allerdings bereit sein, mehr Verantwortung zu übernehmen.

Für das Verständnis von liberaler Gesellschafts- und Familienpolitik und damit auch für Randgruppen sind weniger konkrete Rezepte und Programme nötig, sondern *die* liberalen Grundsätze, aus denen die Triebkräfte für liberales Handeln kommen.

### **Michael Opielka: Familien-Politik ist „Neue-Männer-Politik“. Überlegungen zu einer ökologischen Familienpolitik**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 20/84, S. 34—46

Auf der Grundlage einer kritischen Einschätzung der modernen Familie, die als patriarchalische Familie verstanden wird, diskutiert der Beitrag entlang einzelner Erlebnisfelder von Familie (Arbeit, Sexualität, Kinder, Gewalt) den „Preis“, den die herrschende Familienstruktur den beteiligten Personen abfordert. Besonderer Wert wird darauf gelegt, daß der von den Männern erlebte, aber durch herrschaftliche Verkehrsformen und eine sexistische Arbeitsteilung zwischen Haus- und Berufsarbeit verdrängte Verlust an Erfahrungsbereichen herausgearbeitet wird. Dieser „Preis“ wird weiterhin mit den aktuellen Tendenzen in der Familienpolitik konfrontiert. Der Beitrag endet in der Skizze eines Entwurfes „Ökologischer Familienpolitik“, zu der ökonomische, psychosoziale und kulturelle Anmerkungen sowie konkrete Vorschläge gemacht werden.